



Institut für  
Angewandte  
Wirtschaftsforschung e.V.



Prof. Dr. Claudia Buch  
Direktorin des Instituts für Angewandte  
Wirtschaftsforschung (IAW)

Prof. Dr. Hans-Peter Burghof  
Lehrstuhl für Bankwirtschaft  
und Finanzdienstleistungen

## **Untersuchung zu den Standortfaktoren des Finanzplatzes Stuttgart/Baden-Württemberg**

Januar 2008

Hans-Peter Burghof, Uta Herbst und  
Raimund Krumm

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung  
72074 Tübingen  
Ob dem Himmelreich 1  
Tel. 07071/9896-0, Fax -99  
E-mail: [iaw@iaw.edu](mailto:iaw@iaw.edu)  
E-mail: [raimund.krumm@iaw.edu](mailto:raimund.krumm@iaw.edu)

Lehrstuhl für Bankwirtschaft und  
Finanzdienstleistungen an der  
Universität Hohenheim  
70593 Stuttgart  
Tel. 0711/459-22900, Fax -23448  
E-mail: [burghof@uni-hohenheim.de](mailto:burghof@uni-hohenheim.de)

## I n h a l t

	Seite
1. Verständnis und Bedeutung von Finanzplätzen	3
2. Regionalwirtschaftliche Bedeutung des Finanzplatzes Stuttgart und des Finanzsektors Baden-Württemberg	8
2.1 Regionalwirtschaftliche Bedeutung in Bezug auf die Beschäftigung	8
2.1.1 Die Beschäftigung im Finanzsektor des Finanzplatzes Stuttgart und im Finanzsektor Baden-Württembergs	9
2.1.2 Der Beschäftigungsbeitrag des Finanzsektors am Finanzplatz Stuttgart und in Baden-Württemberg	15
2.1.3 Konzentration der Beschäftigung des deutschen Finanzsektors auf den Finanzplatz Stuttgart und Baden-Württemberg	18
2.2 Regionalwirtschaftliche Bedeutung in Bezug auf die Wertschöpfung	20
2.2.1 Die Wertschöpfung im Finanzsektor des Finanzplatzes Stuttgart und im Finanzsektor Baden-Württembergs	20
2.2.2 Der Wertschöpfungsbeitrag des Finanzsektors am Finanzplatz Stuttgart und in Baden-Württemberg	24
2.2.3 Konzentration der Wertschöpfung des deutschen Finanzsektors auf den Finanzplatz Stuttgart und Baden-Württemberg	26
3. Der Finanzplatz Stuttgart im europäischen Standortvergleich auf der Wahrnehmungsebene	28
3.1 Zielsetzung	28
3.2 Vorgehensweise	28
3.2.1 Auswahl geeigneter Untersuchungsmethoden	28
3.2.2 Gestaltung der Erhebung	35
3.3 Ergebnisse und Interpretation	35
3.3.1 Ergebnisse der Positionierungsanalyse	35
3.3.2 Ergebnisse der Präferenzanalyse	38
4. Der Finanzplatz Stuttgart im europäischen Standortvergleich auf der Faktenebene	44
4.1 Immobilienpreise und Lebenshaltungskosten	45
4.2 Infrastrukturelle Ausstattung	49
4.3 Steuer- und Angabenbelastung	51
4.4 Internationalität und innere Sicherheit	56
4.5 Image und Potenzial des Wirtschaftsstandortes	58

5. Der Finanzplatz Stuttgart im europäischen Standortvergleich auf der Wahrnehmungs- und Faktenebene – eine Gesamtschau	64
6. Schlussbemerkungen	67
Literaturverzeichnis	70
Anhang: Conjoint-Design der HILCA-Studie	72

## 1 Verständnis und Bedeutung von Finanzplätzen

Das Wesen eines Finanzplatzes hat sich durch verschiedene wirtschaftliche Prozesse grundlegend gewandelt. Verstand man in der Vergangenheit unter einem Finanzplatz den räumlichen Ort, an welchem Kapitalangebot und -nachfrage zusammenkommen (so noch Kürten 2006, S. 26), so ist heute der Kontakt zum Kunden (oder auch zwischen Finanzdienstleistern) über die verschiedensten Medien und damit losgelöst vom Standort eines Finanzdienstleisters möglich. Die Begegnung erfolgt in einem virtuellen Raum, der nicht standortgebunden ist. Aber auch wo der Kundenkontakt persönlich, etwa in einer Zweigstelle einer Bank, erfolgt, führen diese Aktivitäten zu einer Präsenz in der Fläche und zu keiner Konzentration auf einen bestimmten Finanzplatz. Damit entfällt die klassische, an Theorien der Regionalökonomik anknüpfende und auf die Entfernungsabhängigkeit von Transaktionskosten rekurrierende Hierarchisierung nach nationalen, regionalen und lokalen Finanzplätzen (vgl. zu diesem letztlich auf Thünen zurückzuführenden Denkansatz etwa Meyer-Lindemann 1951, für Finanzzentren Thießen 1988).

Die Relativierung der Relevanz der räumlichen Dimension gilt aber auch für das Zusammenwirken der Finanzintermediäre untereinander und für die Aufgabenteilung innerhalb der häufig an vielen verschiedenen Finanzplätzen präsenten Finanzunternehmen. Finanzplätze erfüllen nicht in Isolation ihre Intermediärsfunktionen, sondern als Teil eines internationalen, unternehmensintern oder unternehmensübergreifend organisierten Netzwerks. Sie nutzen daher auch die Ressourcen anderer Finanzplätze und können einzelne betriebliche Funktionen mit den zu ihrer Erfüllung erforderlichen Ressourcen an geeignete Plätze verlagern. Die große Mobilität von Kapital und Information, aber auch der Finanzplatzakteure selbst schränkt daher die Aussagekraft eines an den am jeweiligen Finanzplatz vorhandenen Ressourcen orientierten Beschreibungsansatzes (vgl. Dietl/Pauli/Royer 1999) erheblich ein.

Ein Finanzplatz ist in der von uns verwendeten Definition dadurch gekennzeichnet, dass er von vielen Finanzdienstleistern als realer Standort der Unternehmen und damit als zumindest überwiegender Ort der Tätigkeit ihrer Mitarbeiter ausgewählt wird. Bei dieser Standortentscheidung sind für viele betriebliche Funktionen die räumliche Nähe zum Endkunden, aber auch die ursprünglich an diesem Platz vorhandenen Ressourcen nur noch von untergeordneter Bedeutung. Man könnte Finanzplätze demnach danach unterscheiden, welche betrieblichen Funktionen typischerweise an diesem Ort ausgeführt werden. Alternativ denkbar ist eine Kategorisierung nach der Höhe der mit diesen Aktivitäten verbundenen Wertschöpfung. Diese Vorgehensweise scheint einen hohen Erklärungsgehalt zu versprechen, da die an einem bestimmten Standort mit wirtschaftlichem Erfolg durchführbaren Aktivitäten eine Funktion der Höhe der damit verbundenen Wertschöpfung sowie der spezifischen Rahmenbedingungen des jeweiligen Standortes darstellen. Beide Kategorisierungen würden allerdings eine umfassende Beschreibung und Quantifizierung der Aktivitäten von Finanzdienstleistern erforderlich machen, die im Rahmen der vorliegenden Studie nicht zu leisten ist. Daneben bietet sich als dritte Strukturierungsdimension eine Einordnung nach dem Umfang der an einem bestimmten Finanzplatz stattfindenden finanzwirtschaftlichen Aktivitäten

an, wobei sich allerdings keine Messzahl für diese Einordnung unmittelbar aufdrängt. Eine grobe Unterteilung in große und kleine Finanzplätze ist aber bei einiger Marktkenntnis möglich. Auch für an kleineren Finanzplätzen angesiedelte Finanzdienstleister hat das Konzept der Regionalität allerdings eine nur sehr eingeschränkte Bedeutung und trägt nicht zur Funktion eines bestimmten Ortes als Finanzplatz bei.

Die Bedeutung der Finanzplätze in der Weltwirtschaft hat in der jüngsten Vergangenheit weiter zugenommen. Die heute global erfolgende Allokation von Kapital ist eine der zentralen Treiber der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Ursächlich für eine verstärkte Konzentration der finanzwirtschaftlichen Aktivitäten auf einzelne Finanzplätze ist, wie im Folgenden erläutert, ein intensiver Prozess der Spezialisierung und Effizienzsteigerung. Dadurch werden einerseits die in die Fläche wirkenden Vertriebsoberflächen gegenüber Kapitalanbietern und -nachfragern immer flacher und kostengünstiger, und andererseits verlängern sich die Intermediationsketten für Kapital und Information. Diese Intermediationsketten sind heute das konstitutive Merkmal einer Finanzindustrie, deren Aufgabe es ist, als Kapital- oder Informationsintermediär Kapitalangebot und -nachfrage weltweit bestmöglich zusammen zu bringen.

Sowohl Kapital als auch Informationen gehen auf dem Weg vom Anbieter zum Nachfrager heute durch die Hände einer immer länger werdenden Kette von Spezialisten, die die Zahlungsströme und Informationen gemäß der Natur ihrer jeweiligen Spezialisierung und nach den Bedürfnissen der Märkte umformen (vgl. den empirischen Nachweis Hackethal 2000). Spezialisierung und Effizienzsteigerung verlagern dabei einen immer größeren Anteil der Wertschöpfung auf die Aktivitäten innerhalb der Intermediationsketten. Die Finanzindustrie erzielt in diesem Prozess nicht nur immer größere Überschüsse. Ein wachsender Anteil dieser Überschüsse wird an wenigen zentralen Plätzen erwirtschaftet, an denen die Unternehmen typischerweise diese Aktivitäten innerhalb der Intermediationsketten konzentrieren. Finanzplätze entfalten daher auch auf dem heutigen Niveau wirtschaftlicher Aktivitäten eine gewaltige ökonomische Strahlkraft und sind in der Lage, wesentlich zum Wohlstand ganzer Regionen und Staaten beizutragen.

Es stellt sich nun die Frage, warum sich diese Aktivitäten in einer arbeitsteiligen Welt mit einer äußerst effizienten Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur an einigen wenigen Plätzen konzentrieren. Dafür mag es verschiedene Gründe geben, so etwa das einzigartige Zusammentreffen idealer Rahmenbedingungen an bestimmten Standorten, aber auch die große Bedeutung von persönlichen Netzwerken in der Finanzindustrie sowohl für die Geschäftstätigkeit auf den verschiedenen Stufen der Intermediation als auch für die Entwicklung der individuellen Karrieren der Beschäftigten. Eine der zentralen Aufgaben dieses Gutachtens wird es sein, die für diese Konzentration auf einen bestimmten Finanzplatz ausschlaggebenden Gründe zu identifizieren. Dazu wird die individuelle Entscheidungsperspektive nach subjektiven und objektiven Kriterien für oder gegen einen bestimmten Finanzplatz durchleuchtet.

Entgegen der ersten Erwartung lässt dieser Konzentrationsprozess Spielraum für kleinere Finanzplätze. Die übersteigerte Intensität der wenigen zentralen Finanzplätze (im wesentlichen New York und London) geht mit einer hohen Verdichtung und extremen Kostenstruktur einher. Daher sind diese Finanzplätze für finanzwirtschaftliche Aktivitäten mit etwas geringerer Wertschöpfung eher unattraktiv. Das Leben an diesen extremen Standorten ist aber auch nicht in jeder Lebensphase besonders angenehm und hinsichtlich einer angemessenen Balance zwischen Arbeitsbeanspruchung und Lebensqualität äußerst fragwürdig, was auch sehr negative Konsequenzen für Produktivität und Kreativität haben kann (vgl. Florida 2007, S. 202 f., oder die Beiträge in Zeghal 2005). Dementsprechend kann sich bereits heute eine ganze Reihe kleinerer Finanzplätze behaupten, die durch Kostenvorteile, regulatorische Vorteile oder schlicht eine besonders hohe Lebensqualität auszeichnen. Es gibt eine Reihe von Faktoren, die dafür sprechen, dass die relative Bedeutung dieser Finanzplätze und die an diesen Plätzen erfolgende Wertschöpfung gegen den Konzentrationstrend eher zunimmt. So verstärkt das weitere Wachstum der Finanzindustrie die Verdichtungstendenzen in den großen Finanzplätzen und erzeugt einen Auslagerungsdruck. Daneben dürften sich für viele Mitarbeiter, die sehr jung in die Expansion der Finanzindustrie an den zentralen Plätzen hineingewachsen sind, in der später folgenden Familienphase neue Standortargumente ergeben, die gegen eine Tätigkeit in New York, London oder anderen allzu verdichteten Standorten spricht. Und schließlich kann die weitere Verdichtung der Verkehrsinfrastruktur in Europa die Netzwerknachteile einer dezentralen Aufstellung verringern, sofern der dann gewählte Standort hinreichend an das europäische Verkehrsnetz angebunden ist.

Die letztgenannten Argumente deuten auf die große Bedeutung der individuellen Entscheidung von Mitarbeitern für oder gegen einen Standort hin. Der erreichte hohe Grad der Spezialisierung und Technisierung der Finanzwirtschaft bewirkt für viele Aufgaben ein äußerst anspruchsvolles Anforderungsprofil, dem nur wenige potentielle Arbeitnehmer entsprechen. Viele dieser besonders qualifizierten Mitarbeiter sind noch sehr jung und an keinen bestimmten Standort gebunden. Finanzunternehmen können daher ihre Standortentscheidungen nicht gegen die Standorteinschätzung ihrer aktuellen oder potenziellen Mitarbeiter treffen. Standorte, die sich behaupten wollen, müssen daher aus objektiver, insbesondere jedoch auch aus Mitarbeiterperspektive attraktiv erscheinen. Eine Untersuchung der Standortfaktoren von Finanzplätzen sollte daher als wesentliche Dimension die Wahrnehmungsperspektive dieses Personenkreises berücksichtigen.

Die Konzentration auf die individuelle Lebensperspektive der ausschlagenden Akteure ist ein neuerer Zweig der Standortforschung (vgl. Florida 2005, für Europa Boschma/Fritsch 2007, für Deutschland Fritsch 2007). Im Mittelpunkt dieser Betrachtungsweise steht die „kreative Klasse“ einer Gesellschaft, die als wesentlicher Leistungsträger der wirtschaftlichen Entwicklung verstanden wird. Die Mitglieder dieser Gruppe lassen sich in ihrer Entscheidung für einen bestimmten Standort von einer Vielzahl von Faktoren leiten, die sich ihrem Charakter nach von den klassischen Standortfaktoren deutlich unterscheiden. Dabei sind das Vorhandensein entsprechender technologischer Kompetenz und hoher Bildungsqualifikation in einer Region allein nicht ausreichend. Kulturelle Vielfalt und gesellschaftliche Toleranz haben, so

zeigen diese Studien, großen Einfluss auf die Wachstumsperspektiven einer Stadtregion, weil sie ein entscheidendes Argument im nationalen wie internationalen Wettbewerb um die besten Kreativkräfte darstellen (vgl. auch Florida 2007).

Unter kreativer Klasse versteht Florida zunächst einen Kern hochkreativer Forscher in Unternehmen und an Universitäten sowie Mitarbeiter in bestimmten, besonders innovativen Branchen. Die überwiegende Zahl der Mitarbeiter der Finanzbranche dürfte er dagegen in die Kategorie der „creative professionals“ einordnen. (Daneben nennt er als weitere Untergruppe „Bohemians“, d.h. im Bereich von Kunst und Design tätige Menschen.) Während wir hinsichtlich der hohen Relevanz der persönlichen Perspektive für Standortentscheidungen und damit der Entwicklung von Standorten der Grundidee von Florida in unserer Analyse uneingeschränkt folgen, stellt sich die Frage, in welcher Modifikation und in welcher Konkretisierung die von Florida hervorgehobenen drei Dimensionen der Einschätzung von Standorten durch Mitglieder der kreativen Klasse (Technology, Talent und Toleranz) auch für die Finanzbranche von Bedeutung sind.

Ein weiteres Merkmal dieser Literatur ist die Konzentration auf Städte bzw. Stadtregionen als Träger dieser Reputation. Gelegentlich finden sich Aussagen, die den Finanzplatzbegriff auf bestimmte größere Regionen beziehen, so etwa auf einen Finanzplatz Europa, Deutschland oder Nordrhein-Westfalen. Eine solche Begriffsbildung ist sinnvoll, soweit sie im Kontext der Gestaltung von für diese Region über mehrere Finanzplätze hinweg einheitlichen Rahmenbedingungen erfolgt. Kürten (2006, S. 27 f.) merkt die Bedeutung solcher Begriffsbildung zur Schaffung eines politischen Konsenses an, die auch in vielen Fällen ursächlich für diese Begriffsbildung sein dürfte. Aus der in der vorliegenden Studie verfolgten, an der individuellen Einschätzung von Finanzplätzen orientierten Perspektive ist eine solche auf Regionen bezogene Definition von Finanzplätzen jedoch wenig sinnvoll. Damit ist aber keine Negierung der häufig ausgesprochen intensiven wirtschaftlichen Impulse eines erfolgreichen Finanzplatzes in die umliegende Region gemeint. Diese ist aber nicht Träger des Images eines Finanzplatzes, die Entscheidung für einen Finanzplatz bezieht sich in den allermeisten Fällen auf eine bestimmte Stadt oder Stadtregion und erfolgt in Konkurrenz mit anderen Städten oder Stadtregionen.

Vor diesem Hintergrund zielt die vorliegende Studie darauf ab, die aus Mitarbeiterperspektive relevanten Einflussfaktoren für die Standortentscheidung und damit die für den Erfolg eines Finanzplatzes relevanten Faktoren zu ermitteln. Die Kombination aus den empirisch erhobenen Marktinformationen sowie der objektiven Datengrundlage soll dabei – im Vergleich mit anderen Finanzplätzen – als Basis für die Ableitung geeigneter Maßnahmen zur Förderung des Finanzplatzes Stuttgart als einem möglichen wesentlichen Impulsgeber in der „Region“ Baden-Württemberg fungieren.

Die vorliegende Studie ist wie folgt aufgebaut: Nach der an dieser Stelle bereits erfolgten Schilderung der Bedeutung von Finanzplätzen im Allgemeinen wird in Kapitel 2 die wirtschaftliche Bedeutung des Finanzplatzes Stuttgart/Baden-Württemberg für die Region Stutt-

gart und Baden-Württemberg im Speziellen herausgearbeitet. Aus der geschilderten Relevanz dieses Finanzplatzes wird deutlich, dass ein gezieltes Management der bedeutsamen Einflussfaktoren empfehlenswert ist, da nur so ein ganzheitliches Ausschöpfen seiner Potenziale möglich erscheint. Eine Analyse zu den entsprechenden Standortfaktoren findet sich in Kapitel 3. Dieser zwischen den Finanzplätzen auf der Wahrnehmungsebene durchgeführte Standortvergleich wird in Kapitel 4 dadurch ergänzt, dass auch noch ein Standortvergleich auf der Faktenebene erfolgt, der auf empirische Daten abstellt. Im Schlussteil folgen dann noch einige abschließende Bemerkungen.

## **2 Regionalwirtschaftliche Bedeutung des Finanzplatzes Stuttgart und des Finanzsektors Baden-Württemberg**

Die regionalwirtschaftliche Bedeutung eines Finanzplatzes lässt sich insbesondere an seinem Beitrag zur Beschäftigung und Wertschöpfung der betreffenden Raumeinheit messen. Dem entsprechenden Finanzplatz wird im Hinblick auf dessen Beschäftigungs- und Wertschöpfungsbeitrag die Gesamtheit der dort ansässigen Finanzdienstleistungsunternehmen, also insbesondere Banken, Versicherungen und Börsensektor, zugerechnet. Insofern wird für den hier als Untersuchungsgegenstand vorliegenden Finanzplatz Stuttgart/Baden-Württemberg der auf diesem Gebiet angesiedelte Finanzsektor mit seinen Unternehmen und Beschäftigten zugrunde gelegt, wobei der Finanzplatz in zwei verschiedenen räumlichen Abgrenzungen abgehandelt wird: Zum einen als Finanzsektor Baden-Württemberg, zum anderen als Finanzsektor der Region Stuttgart. Zusätzlich wird an geeigneter Stelle auch noch die Stadt Stuttgart als Standort der Finanzbranche ausgewiesen, da dort eine starke regionsinterne Konzentration gegeben ist. Letztlich ist es diese Konzentration, welche Stuttgart als Finanzplatz gegenüber der bloßen Präsenz der Finanzindustrie in der Fläche der Bundesrepublik Deutschland kennzeichnet.

### **2.1 Regionalwirtschaftliche Bedeutung in Bezug auf die Beschäftigung**

Möchte man die regionale Bedeutung eines Finanzplatzes anhand von dessen Beschäftigungsbeitrag messen, dann stellt sich die Frage nach dem zugrunde zu legenden Beschäftigungs-„Begriff“. Da im vorliegenden Fall auf räumlich und sektoral stark disaggregierte Daten zurückgegriffen werden muss, kommt als Datenbasis nur das Konstrukt der „Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung“ in Frage, das in der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit erfasst wird. Nicht erfasst ist damit allerdings zum Beispiel die Gruppe der bei Versicherungsunternehmen angestellten freien Mitarbeiter, die zwar in der Erwerbstätigenrechnung enthalten wäre, dort aber nicht in der notwendigen sektoralen und räumlichen Tiefe verfügbar ist. Insofern gibt es zur Datenbasis „Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten“ keine sinnvolle Alternative.

Die nachstehenden Auswertungen zur beschäftigungspolitischen Bedeutung des Finanzplatzes Stuttgart und der Finanzindustrie Baden-Württembergs basieren auf einer Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit aus der Beschäftigtenstatistik, und zwar für die Jahre 1999 bis 2006. Der Datenzeitraum endet 2006, da zum Zeitpunkt der Gutachtenerstellung die Daten für 2007 in der notwendigen räumlich-sektoralen Gliederung noch nicht zur Verfügung standen. Die Zeitreihe beginnt mit dem Jahr 1999, da die Bundesagentur ab dem Jahr 1998 eine neue Wirtschaftszweigsystematik zugrunde legt, die 1998er-Werte jedoch EDV-technisch nur noch eingeschränkt nutzbar sind. Insofern ergab sich als Untersuchungszeitraum die Periode von 1999 bis 2006.

Die Beschäftigtenstatistik gliedert den Finanzsektor (bzw. den Bereich der Finanzdienstleister) in drei Hauptgruppen: das Kreditgewerbe, das Versicherungsgewerbe und den Bereich der „mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundenen Tätigkeiten“.

### **2.1.1 Die Beschäftigung im Finanzsektor des Finanzplatzes Stuttgart und im Finanzsektor Baden-Württembergs**

Die Zahl der am Finanzplatz Stuttgart und in Baden-Württemberg bei Finanzdienstleistern sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Nimmt man als Referenzjahr das Jahr 1999, so ergibt sich für den Finanzsektor der Region Stuttgart bis zum Jahr 2006 ein Beschäftigtenrückgang um 3,0%. Dabei verlief die Entwicklung über diesen Zeitraum durchaus nicht einheitlich. So gab es von 1999 bis 2002 zunächst einen kontinuierlichen Beschäftigungsaufbau um insgesamt 5,5%. Ausgehend von diesem Höchststand im Jahr 2002 folgte bis 2006 ein Rückgang um 8,0%.<sup>1</sup> Der für die Region Stuttgart in Bezug auf die Beschäftigungsentwicklung gegebene Zyklus entspricht auch dem des Stadtkreises Stuttgart, wobei Abbildung 1 zeigt, dass die dortige Entwicklung durchgehend auf einem höheren Niveau verlief. Am Ende des Betrachtungszeitraums (2006) erfolgte jedoch eine deutliche Annäherung auf den niedrigeren Regionspfad (Stadt -2,8% versus Region -3,0% für den Zeitraum von 1999 bis 2006).

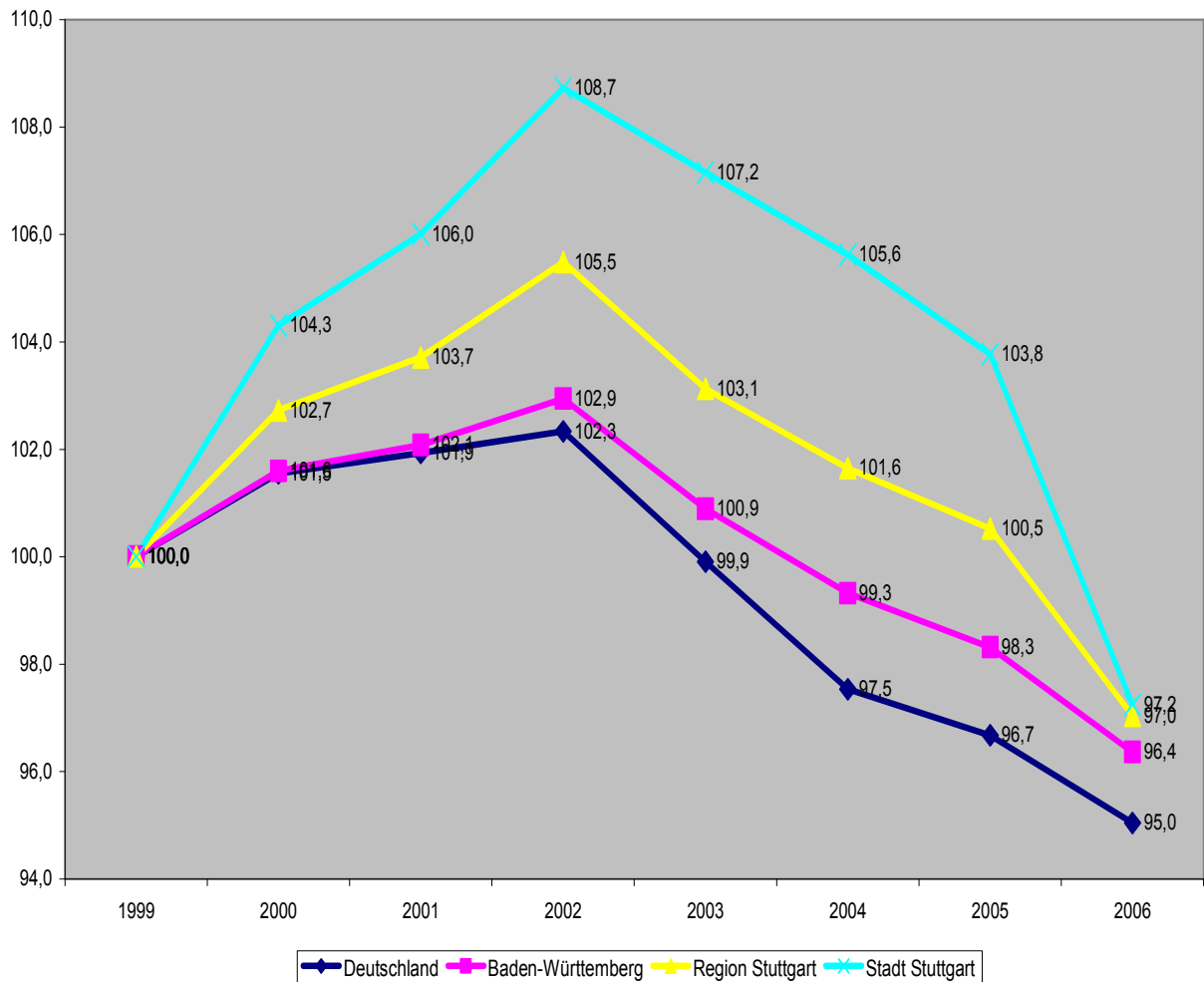
Betrachtet man die Beschäftigungsentwicklung des Finanzsektors in Baden-Württemberg, so zeigt sich auch hier dasselbe Zyklusmuster mit einem zeitweiligen Hoch wie in der Region Stuttgart, das darüber hinaus mit der bundesdeutschen Gesamtentwicklung übereinstimmt. Während die Beschäftigung im Finanzsektor des Landes über den gesamten Zeitraum 1999 bis 2006 um 3,6% abnahm, waren es auf der Bundesebene sogar 5,0%.

Insgesamt zeigt sich also, dass am Finanzplatz Stuttgart und in Baden-Württemberg in den letzten Jahren Arbeitsplätze verloren gingen. Seit 1999 waren es in der Region Stuttgart 3,0% und in Baden-Württemberg 3,6%. Im Vergleich zur Entwicklung auf Bundesebene (mit -5,0%) fiel der Beschäftigungsabbau am Finanzplatz Stuttgart und in Baden-Württemberg allerdings unterdurchschnittlich aus.

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu auch Krumm (2006) in Bezug auf die Region Stuttgart, u.a. mit einem Vergleich der Beschäftigungsentwicklung im Finanzsektor mit der in anderen Dienstleistungsbranchen.

Abbildung 1: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Finanzsektor (1999=100)



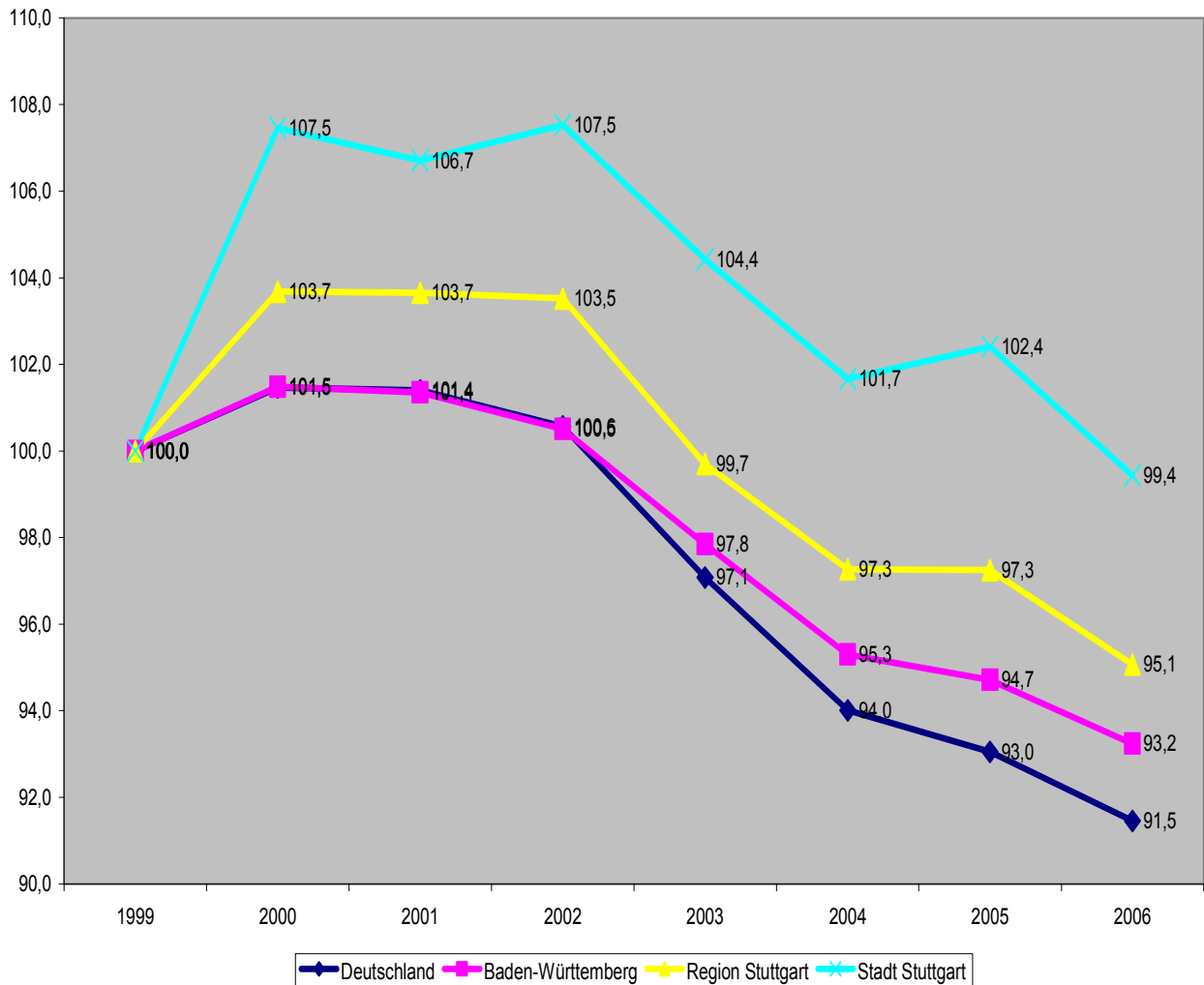
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, IAW-Berechnung und -Darstellung

Zuletzt (2006) waren im Finanzsektor in Baden-Württemberg 139.400 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, in der Region Stuttgart 51.500 (davon allein 31.200 in der Stadt Stuttgart). Im gesamten Bundesgebiet waren im Finanzsektor im Jahr 2006 noch 999.500 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, damit wurde die Millionengrenze unterschritten. Es wird zu diskutieren sein, welche wirtschaftlichen oder methodischen Ursachen für die negative Entwicklung der Beschäftigtenzahl verantwortlich sind.

Im Folgenden soll nun untersucht werden, wie die Entwicklung in den einzelnen Teilbranchen des Finanzsektors verlief. Dabei wird zunächst auf das Kreditgewerbe eingegangen. Im Gegensatz zur Beschäftigungsentwicklung in der gesamten Finanzbranche setzte im Teilbereich Kreditgewerbe der Negativtrend bereits früher ein und war zudem auch noch stärker ausgeprägt. Während von 1999 auf 2000 noch ein Beschäftigungszuwachs zu verzeichnen war, stagnierte die Entwicklung vorübergehend (2001/2002) und mündete anschließend in einen kontinuierlichen Stellenabbau, der bis zum aktuellen Rand immer noch anhält. So gingen im baden-württembergischen Kreditgewerbe von 1999 bis 2006 6,8% der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze verloren, auf Bundesebene fiel der entsprechende Rückgang

mit 8,5% noch höher aus. Die Verlaufsstruktur für die Beschäftigungsentwicklung im Kreditgewerbe in der Region Stuttgart war weitgehend identisch mit der auf der Bundes- und Landesebene, jedoch verlief die regionale Entwicklung stets etwas besser als im Bundes- und Landesdurchschnitt. 2006 stellte sich für die Region schließlich ein Rückgang um 4,9% ein. Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass das Kreditgewerbe in der Stadt Stuttgart kaum einen Beitrag zu diesem regionalen Beschäftigungsabbau geleistet hat. So gingen in der Stadt im Bankenbereich lediglich 0,6% der betreffenden Stellen verloren. Damit zeigt sich auch für den Bankensektor, dass hier die Beschäftigungseinbußen des Finanzplatzes Stuttgart und Baden-Württembergs (Region: -4,9%, Land: -6,8%) unter dem Bundesdurchschnitt von -8,5% lagen.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Kreditgewerbe (ohne „mit dem Kreditgewerbe verbundene Tätigkeiten“) (1999=100)



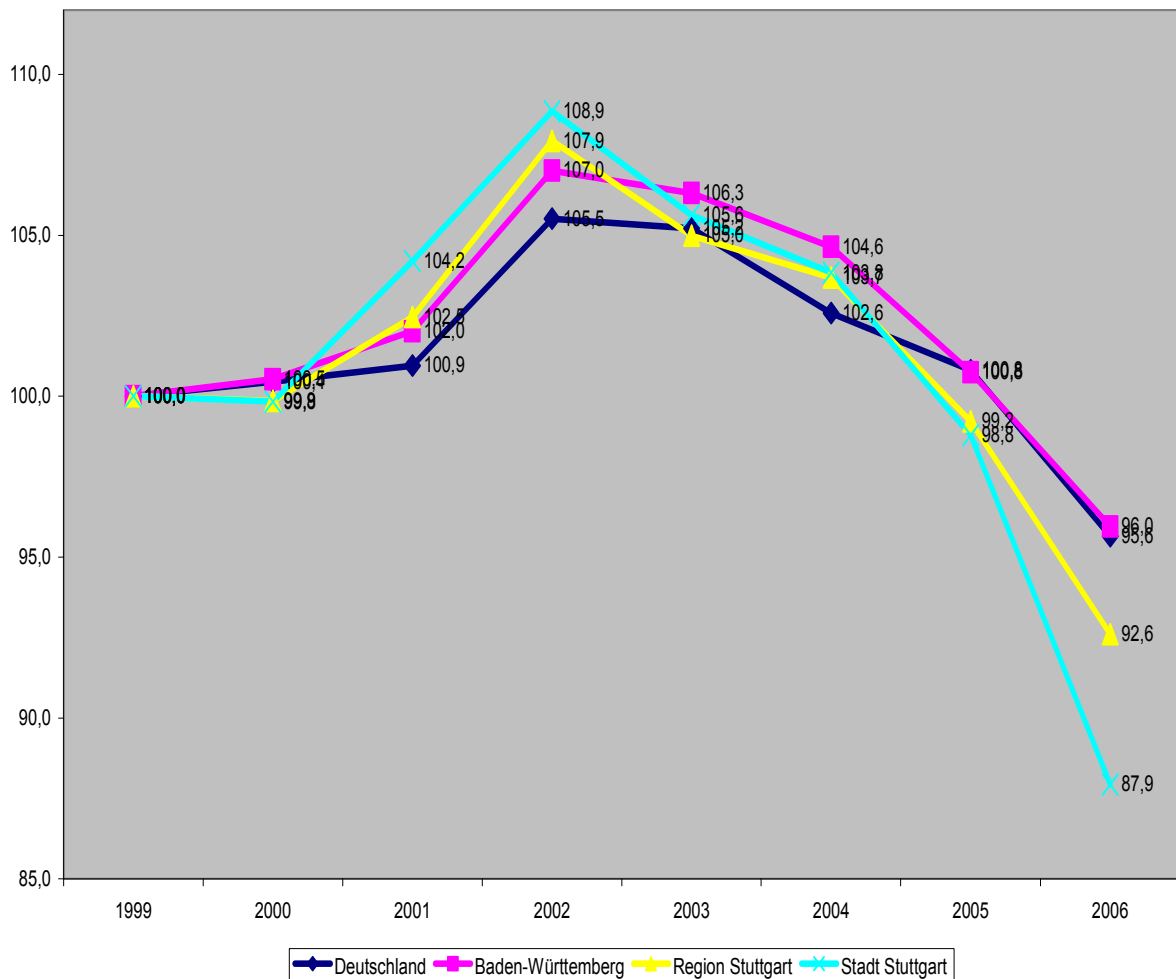
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, IAW-Berechnung und -Darstellung

Im Jahr 2006 waren bundesweit 675.700 Personen im Bankensektor beschäftigt. In Baden-Württemberg wurde 2006 mit 99.700 Beschäftigten die 100.000-Personen-Schwelle unterschritten. Von den baden-württembergischen Bankbeschäftigten entfiel allein ein Drittel

(33.700) auf die Region Stuttgart (wobei die Stadt Stuttgart mit 16.800 Arbeitsplätzen regionsintern die Hälfte stellte).

Im Gegensatz zur Beschäftigungsentwicklung im Kreditgewerbe weist die Entwicklung im Versicherungsgewerbe eine hohe zyklische Ähnlichkeit mit derjenigen auf, die für die gesamte Finanzdienstleistungsbranche festzustellen war. Ausgehend vom Basisjahr 1999 erfolgte ein Beschäftigungsaufbau bis zum Jahr 2002, der dann in einem Stellenabbau mündete, der bis zuletzt (2006) angehalten hat. Auf Bundesebene gingen im Versicherungsgewerbe in der Zeit von 1999 bis 2006 4,4% der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze verloren. Die Entwicklung am Finanzplatz Stuttgart und in Baden-Württemberg weist zwar dasselbe Zyklusmuster auf wie auf Bundesebene, es ergaben sich jedoch gewisse Niveauabweichungen. So verlief die baden-württembergische Entwicklung stets oberhalb des bundesdeutschen Pfades, mit der Folge, dass am Ende des Betrachtungszeitraums der Beschäftigungsrückgang in der baden-württembergischen Versicherungswirtschaft mit 4,0% um 0,4 Prozentpunkte niedriger ausfiel als im Bundesdurchschnitt. Legt man nur die Region Stuttgart zugrunde, dann kommt man auf einen überdurchschnittlichen Stellenabbau. So sind in der Region Stuttgart in der Versicherungsbranche während des Betrachtungszeitraums 7,4% der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze abgebaut worden. „Treiber“ dieser Negativentwicklung waren die in der Stadt Stuttgart angesiedelten Versicherungsunternehmen, die ihre Belegschaft um nicht weniger als 12,1% reduziert haben.

Abbildung 3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Versicherungsgewerbe (ohne „mit dem Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten“) (1999=100)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, IAW-Berechnung und –Darstellung

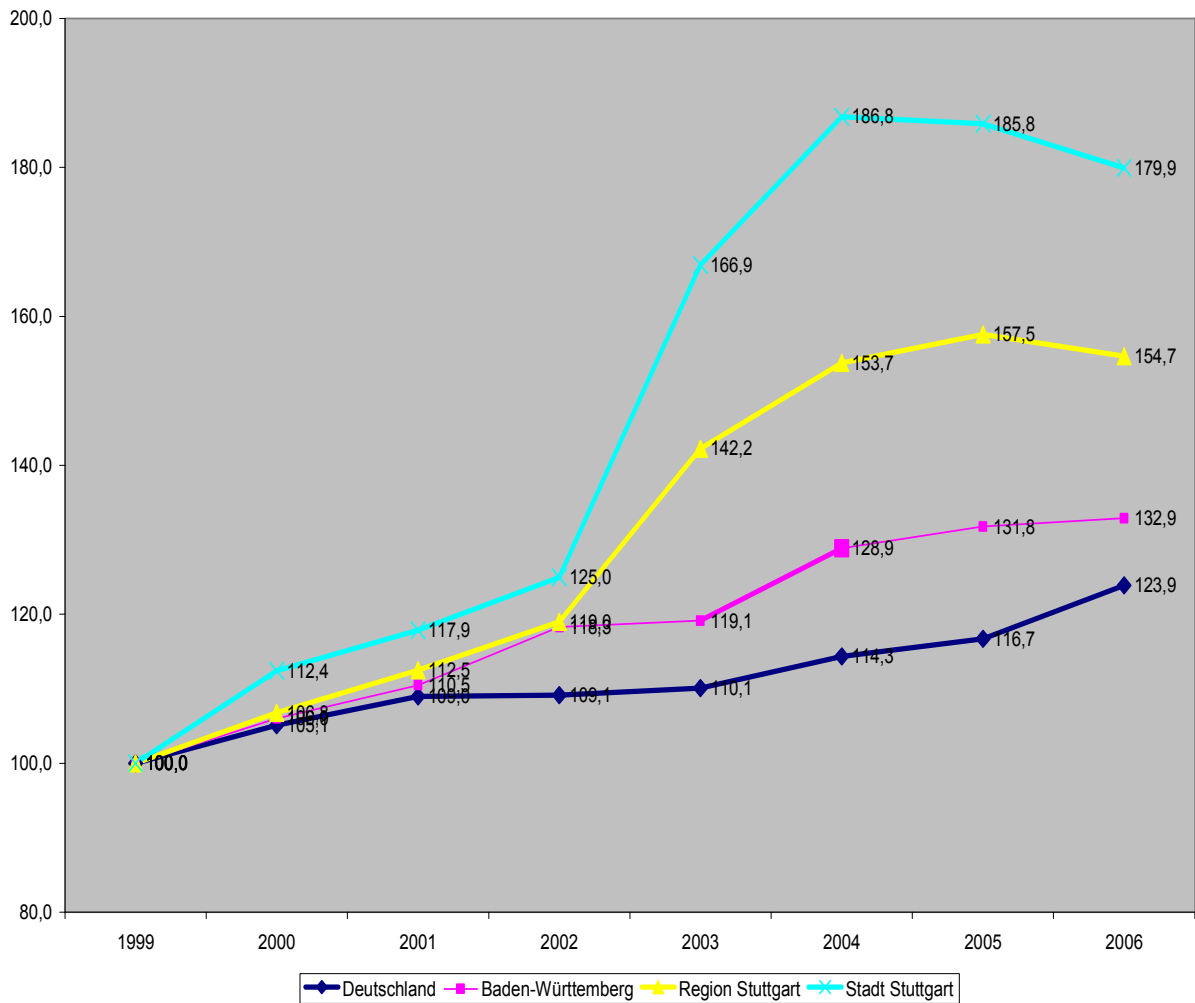
Bundesweit waren 2006 noch 216.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Versicherungsgewerbe tätig, in Baden-Württemberg waren es 27.100. Die Region Stuttgart kommt auf 14.100, wobei allein 12.300 bzw. 87,2% auf die Stadt Stuttgart entfallen.

Neben dem Kreditgewerbe und dem Versicherungsgewerbe bildet der Bereich der „mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten“ den dritten in der amtlichen Statistik ausgewiesenen Teilsektor der Finanzbranche. Darunter fallen in Bezug auf das Kreditgewerbe etwa die Effekten- und Warenbörsen, in Bezug auf das Versicherungsgewerbe z.B. Versicherungsvertreter und –makler. Aus der Perspektive des oben entwickelten Finanzplatzbegriffs sind diese Tätigkeiten von besonderem Interesse, soweit sie als Teil der sich verlängernden Intermediationsketten für Kapital und Information zu verstehen sind. Leider fallen unter dieses Aggregat aber auch reine Vertriebsfunktionen, die typischerweise in der Fläche besonders ausgeprägt sind.

Abbildung 4 zeigt, dass diese Teilbranche der Finanzdienstleister bundesweit seit 1999 kontinuierlich Beschäftigung aufgebaut hat. Die Beschäftigungssteigerung liegt auf Bundesebe-

ne bei 23,9%. Damit hat sich diese Teilbranche im Gegensatz zum Negativtrend der beiden anderen Teilbranchen (Kredit- sowie Versicherungsgewerbe) positiv entwickelt, und das vom Niveau her ausgesprochen deutlich. Aufgrund des bisher relativ geringen (Beschäftigungs-)Gewichts innerhalb der Gesamtbranche, konnte dies aber nicht hinreichend auf das Ergebnis der Gesamtbranche durchschlagen.

Abbildung 4: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Bereich „der„mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten“ (1999=100)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, IAW-Berechnung und –Darstellung

Für den Finanzplatz Stuttgart und für Baden-Württemberg ergab sich in diesem Finanzbereich ein noch wesentlich stärkerer Beschäftigungsaufbau als im Bundesdurchschnitt. So wurde in Baden-Württemberg in diesem Zweig der Finanzbranche eine Beschäftigungssteigerung von 32,9% erreicht, in der Region Stuttgart sogar von 54,7%, wobei die hauptsächlichen Impulse von den Standorten in der Stadt Stuttgart (79,9%) kamen. Um aus dem erheblich größeren Wachstum in der Region und Stadt Stuttgart eine Stärkung der Finanzplatzfunktion abzuleiten, wäre allerdings eine genauere Untersuchung der hinter diesem Beschäftigungsaufbau stehenden Tätigkeiten erforderlich.

Bundesweit hat die Teilbranche „der mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten“ beim Beschäftigungsniveau bereits 2005 die 100.000er-Marke überschritten und kam 2006 auf 107.800 Beschäftigte. In Baden-Württemberg waren es 12.600 Beschäftigte, in der Region Stuttgart 3.700 (davon 2.000 in der Stadt Stuttgart).

### 2.1.2 Der Beschäftigungsbeitrag des Finanzsektors am Finanzplatz Stuttgart und in Baden-Württemberg

Innerhalb des Finanzsektors ist das Kreditgewerbe der Beschäftigtenzahl nach die größte Teilbranche. Am Finanzplatz Stuttgart und in Baden-Württemberg machten im Jahr 2006 die Beschäftigten des Bankensektors 71,5% bzw. 65,5% der Finanzdienstleistungsbeschäftigten aus, je nachdem, ob man als Raumeinheit die Region Stuttgart oder Baden-Württemberg zugrunde legt. Der für die Region Stuttgart festgestellte Anteilswert entspricht in etwa dem Zweidrittelanteil (67,6%) auf Bundesebene. Der Anteilswert der Versicherungswirtschaft liegt in der Region Stuttgart deutlich über dem Bundes- und noch weiter über dem Landesdurchschnitt. Dieses Ergebnis kommt maßgeblich dadurch zustande, dass in der Stadt Stuttgart die Versicherungsunternehmen 39,5% der bei Finanzdienstleistern sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stellen. Die Beschäftigtenanteile der Teilbranche „der mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundenen Tätigkeiten“ liegen dagegen durchweg im Bereich zwischen 6,5% (Stadt Stuttgart) und 10,8% (Deutschland).

Abbildung 5: Beschäftigtenanteile der einzelnen Teilbereiche des Finanzsektors (2006)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, IAW-Berechnung und –Darstellung

Ein Blick auf die untenstehende Tabelle 1 verdeutlicht Folgendes: In der Zeit von 1999 bis 2006 ist die Zahl der bei Banken und Versicherungen angestellten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in allen hier betrachteten Gebietseinheiten zurückgegangen. Lediglich der dritte Teilsektor der Finanzbranche, die „mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundenen Tätigkeiten“, konnte ein Beschäftigungsplus aufweisen. Obwohl dieses zum Teil au-

ßerordentlich hoch ausgefallen ist (zwischen 23,9% und 79,9%), ergab sich für die Finanzbranche als Ganzes eine Negativentwicklung, und zwar deshalb weil die rückläufigen Branchen Kreditgewerbe und Versicherungsgewerbe deutlich höhere Beschäftigungsgewichte in die Finanzbranche einbringen und damit stärker auf das Gesamtergebnis „durchschlagen“.

Tabelle 1: Beschäftigungsentwicklung im Finanzsektor und seinen Teilbranchen 1999 – 2006

	Finanzsektor	Kreditgewerbe	Versich.gewerbe	Verbund. Tätigk.
Deutschland	- 5,0%	- 8,5%	- 4,4%	+ 23,9%
Baden-Württ.	- 3,6%	- 6,8%	- 4,0%	+ 32,9%
Region Stuttgart	- 3,0%	- 4,9%	- 7,4%	+ 54,7%
Stadt Stuttgart	-2,8%	- 0,6%	- 12,1%	+79,9%

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, IAW-Berechnungen

Die Unternehmen der Finanzbranche stellten im Jahr 2006 in Baden-Württemberg 3,7% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.<sup>2</sup> Dies liegt knapp unter dem Bundesdurchschnitt von 3,8%. In der Region Stuttgart waren es dagegen 5,0%, wobei in der Stadt Stuttgart nahezu jeder zehnte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (9,2%) dem Finanzsektor zuzurechnen ist.

Tabelle 2: Anteil der Beschäftigten bei Finanzdienstleistern an allen SVP-Beschäftigten

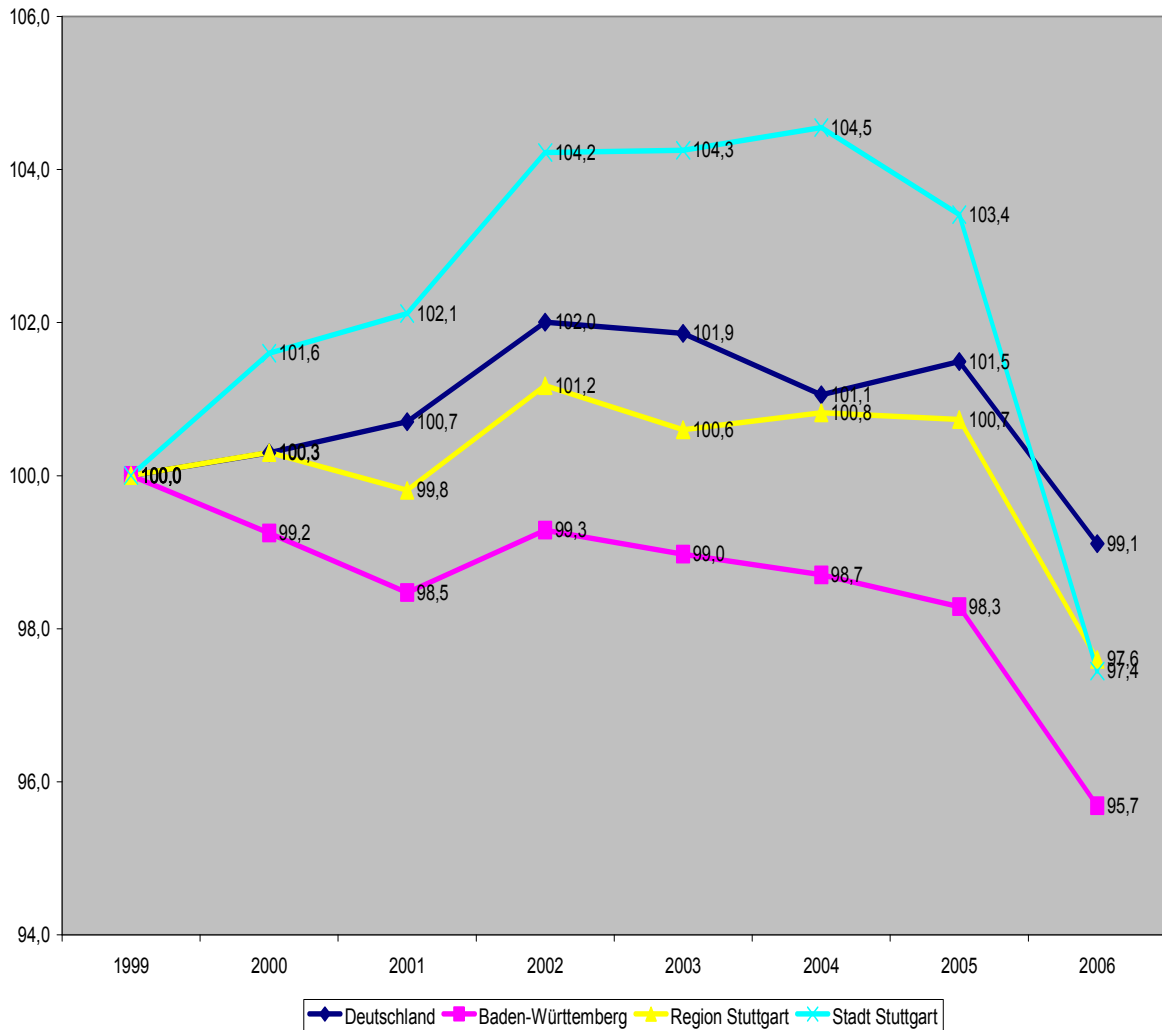
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutshl.	3,8%	3,8%	3,9%	3,9%	3,9%	3,9%	3,9%	3,8%
Baden-Wü	3,9%	3,9%	3,8%	3,9%	3,9%	3,8%	3,8%	3,7%
Region St	5,1%	5,2%	5,1%	5,2%	5,2%	5,2%	5,2%	5,0%
Stadt Stgt	9,4%	9,6%	9,6%	9,8%	9,8%	9,8%	9,7%	9,2%

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, IAW-Berechnungen

Die folgende Abbildung 6 zeigt, wie sich in den einzelnen Raumeinheiten der Anteil der sozialversicherungspflichtig Finanzdienstleistungsbeschäftigten an der Gesamtbeschäftigung entwickelt hat. Es wird deutlich, dass in Baden-Württemberg der Beschäftigungsanteil der Finanzbranche deutlich stärker zurückgegangen ist als im Bundesdurchschnitt (-4,3 gegenüber -0,9%). Aber auch bei der Region Stuttgart gibt es mit -2,4% einen Anteilsverlust, der über dem bundesweiten Vergleichswert liegt. Dies ist auf den ersten Blick kaum nachvollziehbar, da in Baden-Württemberg und in der Region Stuttgart die Beschäftigung im Finanzsektor doch im Vergleich zur Bundesebene nur unterdurchschnittlich zurückgegangen ist. Der vermeintliche Widerspruch klärt sich jedoch durch die Tatsache auf, dass in der Zeit von 1999 bis 2006 die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bundesgebiet um 4,1% zurückgegangen ist, während sie in Baden-Württemberg und in der Region Stuttgart (mit +0,7% bzw. -0,6%) relativ stabil war.

<sup>2</sup> In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass im Versicherungsgewerbe viele freie Mitarbeiter tätig sind, die von der Beschäftigtenstatistik nicht erfasst werden. Insofern gibt es eine gewisse Untererfassung des Beschäftigungsbeitrages des Finanzsektors.

Abbildung 6: Anteil der Finanzdienstleistungsbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (1999=100)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, IAW-Berechnung und -Darstellung

Insgesamt zeigt sich für alle Raumeinheiten, dass sich die Beschäftigung im Finanzsektor in der Zeit von 1999 bis 2006 schlechter entwickelt hat als im gesamtwirtschaftlichen Bereich (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von 1999 bis 2006

	Finanzsektor	Alle Branchen
Deutschland	- 5,0%	- 4,1 %
Baden-Württemberg	- 3,6 %	+ 0,7%
Region Stuttgart	- 3,0%	- 0,6%
Stadt Stuttgart	- 2,8%	- 0,2%

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, IAW-Berechnungen

Der beschäftigungspolitische Beitrag des Finanzsektors ist durch den hier ausgewiesenen – direkten – Beschäftigtenanteil des Finanzsektors an der Gesamtwirtschaft nur unvollständig erfasst. Vielmehr sind ergänzend auch „indirekte“ Beschäftigungseffekte zu berücksichtigen, die sich daraus ergeben, dass der Finanzsektor in anderen Branchen als Nachfrager von

Waren und Dienstleistungen auftritt und damit dort Beschäftigung schafft. Dies gilt u.a. in Bezug auf die Unternehmensdienstleister.

Die indirekten Beschäftigungseffekte dürften sich in den letzten Jahren insoweit eher erhöht haben, als es im Zuge von Outsourcing zu einer Verlagerung von Tätigkeiten vom Finanzsektor insbesondere in den Bereich unternehmensbezogener Dienste gekommen ist.<sup>3</sup> Während etwa Wirtschaftsprüfungsgesellschaften schon vor dem Outsourcing-Boom von Aufträgen der Finanzbranche profitiert haben, hat sich zum Beispiel der Bereich der EDV-Dienste dadurch ausgeweitet, dass die Finanzbranche im Zuge des Outsourcing-Booms bestimmte DV-Tätigkeiten „nach außen“ verlagert hat. Insofern gab es durch die entsprechenden Auslagerungen eine sektorale Verschiebung der Beschäftigung: Was bisher dem Finanzsektor zugerechnet wurde, wird jetzt zum Teil bei den Unternehmensdiensten erfasst. Damit ist zumindest ein Teil der im Finanzsektor rückläufigen Beschäftigung dem Outsourcing zuzuschreiben. Outsourcing-Maßnahmen des Finanzsektors haben sich also negativ auf die direkten Beschäftigungseffekte und positiv auf die indirekten Beschäftigungseffekte ausgewirkt.

Die entsprechenden indirekten Beschäftigungseffekte lassen sich aufgrund fehlender Daten allerdings nur schwer abschätzen.<sup>4</sup> An dieser Stelle soll jedoch für einen Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen, nämlich den Bereich Unternehmensberatung, eine entsprechende Abschätzung der indirekten Beschäftigungseffekte angedeutet werden. Laut einer Mitteilung des Bundesverbandes deutscher Unternehmensberater (BDU) gaben Banken und Versicherungen im Jahr 2006 3,51 Mrd. Euro für Consulting aus (Bereich Managementberatung), das entspricht für die Unternehmensberater einem Umsatzanteil von 23,9%. Vor diesem Hintergrund könnte man die durch den Finanzsektor bei den Unternehmensberatern induzierte Beschäftigtenzahl abschätzen, indem man für die Bundesebene die Beschäftigtenzahl des Bereichs Unternehmensberatung heranzieht und den entsprechenden Beschäftigtenanteil (auf Basis des Umsatzanteils) ermittelt. Die sich daraus ergebende bundesweite Beschäftigtenzahl wäre dann noch auf die baden-württembergische Landesebene bzw. die Region Stuttgart herunter zu brechen.

### **2.1.3 Konzentration der Beschäftigung des deutschen Finanzsektors auf den Finanzplatz Stuttgart und Baden-Württemberg**

Eine interessante Fragestellung in Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Bedeutung des Finanzplatzes Stuttgart und der Finanzindustrie Baden-Württemberg ist auch, wie stark der bundesdeutsche Finanzsektor räumlich auf Baden-Württemberg bzw. die Region Stuttgart konzentriert ist. Im Jahr 2006 betrug der baden-württembergische Anteil an der im Finanzsektor in Deutschland sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung 13,9% (vgl. Tabelle 4). Dieser Wert weicht nur 0,2 Prozentpunkte von dem baden-württembergischen Beschäftigungsanteil aller Branchen ab. Einen leicht überproportionalen Anteil hat Baden-Württem-

<sup>3</sup> Dies impliziert zudem, dass im Finanzsektor die „Wertschöpfungstiefe“ tendenziell abgenommen hat.

<sup>4</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Feststellung der Helaba (2006), S. 35f, wonach sich kaum quantifizierbare Aussagen über entsprechende indirekte Beschäftigungseffekte des Finanzsektors machen lassen.

berg beim Kreditgewerbe (14,8%), das Versicherungsgewerbe ist mit einem Beschäftigtenanteil von 12,6% dagegen nur unterproportional vertreten. Eine besondere Konzentration der Finanzindustrie auf Baden-Württemberg ist demnach nicht festzustellen.

Nimmt man dagegen den Anteilswert der Region Stuttgart an der gesamtdeutschen Beschäftigung im Finanzsektor von 5,2%, so erkennt man die deutliche räumliche Konzentration auf diesen Raum. Mit 6,5% ist der regionale Anteil am Versicherungsgewerbe deutlich überproportional, während die Region Stuttgart immerhin jeden zwanzigsten bundesdeutschen Bankbeschäftigten stellt (5,0%). Für die Region Stuttgart ergeben sich für den Finanzsektor also deutlich höhere Anteile an der bundesdeutschen Beschäftigung als wenn man auf alle Sektoren abstellt (3,9%). Bemerkenswert ist auch, dass ein Drittel (33,8%) der Beschäftigten des baden-württembergischen Kreditgewerbes in der Region Stuttgart konzentriert ist, beim Versicherungsgewerbe sind es sogar mehr als die Hälfte (52,0%). Innerhalb der Region besteht eine starke Konzentration auf die Stadt Stuttgart, die bei der Versicherungswirtschaft mit einem Anteilswert von 87,3% am höchsten ausfällt.

Tabelle 4: Räumliche Beschäftigtenkonzentration im Finanzdienstleistungsbereich 2006

	BaWü / BRD	Reg. / BRD	Reg. / BaWü	Stadt / Reg.
Alle Sektoren	14,1%	3,9%	27,6%	33,2%
Finanzsektor insg.	13,9%	5,2%	36,9%	60,5%
Kreditgewerbe	14,8%	5,0%	33,8%	49,9%
Versich.gewerbe	12,6%	6,5%	52,0%	87,3%

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, IAW-Berechnungen

In der Zeit von 1999 bis 2006 hat im Finanzsektor der Anteil der baden-württembergischen Beschäftigung an der gesamtdeutschen Beschäftigung um 1,4% zugenommen, der entsprechende Anteil der Region Stuttgart um 2,1%. Dieser relative Bedeutungsgewinn des Finanzplatzes Stuttgart und Baden-Württembergs liegt nun allerdings nicht daran, dass dort die Beschäftigung überproportional zugenommen hätte. Vielmehr resultiert die entsprechende Entwicklung aus einem im Vergleich zum Bundesdurchschnitt nur unterdurchschnittlichen Stellenabbau.

Während beim Teilssektor Kreditgewerbe sowohl Baden-Württemberg als auch die Region Stuttgart einen Zuwachs bei ihrem Bundesanteil realisieren konnten (2,0 bzw. 3,9%), fiel die Entwicklung für den Finanzplatz Stuttgart und für Baden-Württemberg beim Versicherungsgewerbe – je nach räumlicher Definition des Finanzplatzes – unterschiedlich aus. Während Baden-Württemberg mit einem Plus von 0,3% immerhin noch einen Zuwachs vorweisen kann, ergab sich für die Region Stuttgart beim betreffenden Anteilswert ein Rückgang um 3,2%.

## 2.2 Regionalwirtschaftliche Bedeutung in Bezug auf die Wertschöpfung

Der Finanzsektor der Region Stuttgart bzw. des Landes Baden-Württemberg leistet nicht nur einen großen Beitrag zur Beschäftigung in den entsprechenden Wirtschaftsräumen, sondern auch einen beträchtlichen Wertschöpfungsbeitrag. Dies soll im Folgenden gezeigt werden.

### 2.2.1 Die Wertschöpfung im Finanzsektor des Finanzplatzes Stuttgart und im Finanzsektor Baden-Württembergs

Für die Berechnung der Wertschöpfungsbeiträge des Finanzsektors in der Region Stuttgart bzw. im Land Baden-Württemberg besteht das Problem, dass die amtliche Statistik weder für die regionale noch für die Landesebene die Wertschöpfung des Finanzsektors separat ausweist. Vielmehr erfolgt der Ausweis der Wertschöpfung für das Branchenkonglomerat „Kredit- und Versicherungsgewerbe, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen“. Vor diesem Hintergrund muss die auf der baden-württembergischen Landesebene bzw. die in der Region Stuttgart im Finanzsektor realisierte Wertschöpfung abgeschätzt werden. Dabei kommen aus theoretischer Sicht insbesondere die beiden nachfolgend erläuterten Abschätzverfahren in Betracht.

#### *Abschätzverfahren 1 (Wertschöpfungsanteile-Identität)*

Bei der ersten Verfahrensoption macht man sich den Umstand zunutze, dass für die Bundesebene die Wertschöpfung sowohl für das Branchenkonglomerat „Finanzsektor, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen“ als auch für die Branche „Finanzsektor“ ausgewiesen wird. Damit ließe sich berechnen, welchen Wertschöpfungsanteil der Finanzsektor an dem genannten, umfassenderen Branchenkonglomerat hat. Geht man nun von der Hypothese aus, der sich für die Bundesebene ergebende Wertschöpfungsanteil des Finanzsektors am umfassenderen Branchenkonglomerat würde auch für die baden-württembergische Landesebene und die Region Stuttgart gelten, dann könnte man die auf Landes- bzw. Regionsebene durch das Branchenkonglomerat „Finanzsektor, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen“ realisierte Wertschöpfung mit dem entsprechenden auf die Bundesebene bezogenen Wertschöpfungsanteil gewichten und so einen Schätzwert zur Wertschöpfung des Finanzsektors in Baden-Württemberg bzw. in der Region Stuttgart erhalten.

Es stellt sich nun allerdings die Frage, ob vernünftigerweise davon ausgegangen werden kann, dass die landesweite bzw. regionale Relation zwischen der Wertschöpfung des Finanzsektors und der Wertschöpfung des umfassenderen Branchenkonglomerats der bundesweiten Relation zumindest annähernd entspricht. In diesem Zusammenhang ergeben sich jedoch erhebliche Zweifel. Für die Wertschöpfung des Branchenkonglomerats „Finanzsektor, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen“ gilt

$$WS_{Konglom} = WS_{Finanz} + WS_{Vermiet} + WS_{Untern}$$

und damit

$$WS_{Konglom} = \frac{WS_{Finanz}}{Besch_{Finanz}} \cdot Besch_{Finanz} + \frac{WS_{Vermiet}}{Besch_{Vermiet}} \cdot Besch_{Vermiet} + \frac{WS_{Untern}}{Besch_{Untern}} \cdot Besch_{Untern}$$

Man sieht also, dass hier von der Produktivitätsseite nicht nur die Beschäftigtenproduktivität (Wertschöpfung pro Beschäftigtem) des Finanzsektors eingeht, sondern auch die entsprechenden Produktivitäten der Wirtschaftszweige Vermietung und Unternehmensdienstleistungen. Damit kommen zu den zwischen der Bundes-, Landes- und Regionsebene für den Finanzsektor zweifellos zu vermutenden Produktivitätsabweichungen auch noch entsprechende Abweichungen für die Bereiche Vermietung und Unternehmensdienstleistungen hinzu. So ist z.B. zu bedenken, dass der Wirtschaftssektor Unternehmensdienstleistungen recht heterogen zusammengesetzt ist. Dies zeigt sich etwa daran, dass der dort vertretene EDV-Spezialist eine deutlich höhere Arbeitsproduktivität erreicht als ein dort ebenfalls erfasster Gebäudereiniger. Insofern kommt es für die im Bereich Unternehmensdienste realisierte Wertschöpfung sehr stark auf die strukturelle Zusammensetzung der Branche an. Hier ist etwa zu vermuten, dass in der Region Stuttgart bei den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen der Anteil der Tätigkeiten mit hoher Arbeitsproduktivität größer ist als im Bundesdurchschnitt, so dass die Beschäftigtenproduktivität zwischen den betreffenden Gebietseinheiten nicht hinreichend ähnlich ist.

Die mit der Einbeziehung weiterer, über den Finanzsektor hinausgehenden Wirtschaftszweige (nämlich Vermietung und Unternehmensdienstleistungen) zwischen den Gebietseinheiten verbundenen Verzerrungen lassen uns die angeführte ersten Verfahrensoption zur Abschätzung der im Finanzsektor in Baden-Württemberg bzw. in der Region realisierten Wertschöpfung verwerfen. Stattdessen soll die nachfolgend angeführte Alternative herangezogen werden, bei der lediglich solche zwischen Gebietseinheiten bestehenden Verzerrungen eine Rolle spielen können, die sich auf den Finanzsektor allein beschränken.

#### *Verfahrensoption 2 (Arbeitsproduktivitäten-Identität)*

Bei diesem Alternativkonzept wird als Ausgangsbasis die Wertschöpfung des Finanzsektors auf Bundesebene herangezogen. Da die entsprechenden Wertschöpfungsdaten in den letzten Jahren mitunter recht starken Schwankungen unterlagen (vgl. Abbildung 7), werden für die daraus abzuleitende Abschätzung mehrjährige Durchschnittswerte zugrunde gelegt.

Für die Abschätzung der Wertschöpfung des Finanzsektors in Baden-Württemberg wird zunächst die sich für den Finanzsektor auf der Bundesebene ergebene Arbeitsproduktivität berechnet, welche die Wertschöpfung je sozialversicherungspflichtig Beschäftigten abbildet. Die Ergebnisse der entsprechenden Berechnungen zeigt Tabelle 10, welche für die Bundesebene die Beschäftigungsproduktivitäten der Finanzbranche und ihrer Teilsektoren sowie ausgewählte Vergleichsproduktivitäten enthält.

### Exkurs: Wertschöpfungsentwicklung im Finanzsektor in Deutschland

Die nachstehende Abbildung zeigt die Entwicklung der im Finanzsektor in Deutschland realisierten Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) für die Zeit von 1995 bis 2004 (bzw. 2005). Besonders auffällig sind die bereits angesprochenen starken Schwankungen, die insbesondere in der letzten Hälfte der 1990er Jahre auftraten, während von 2001 bis 2004 der Entwicklungstrend eindeutig nach oben verläuft (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7: Bruttowertschöpfung im Finanzsektor in Deutschland in jeweiligen Preisen (1995=100)



Quelle: VGR der Länder, IAW-Berechnung und -Darstellung

Über den gesamten Betrachtungszeitraum von 1995 bis 2004 hat sich im Kreditgewerbe die Wertschöpfung um 28,1% erhöht, während das Versicherungsgewerbe nur um 14,8% zulegen konnte. Die für den gesamten Finanzsektor ermittelte Zuwachsrate von 31,4% (1995 bis 2004) kommt nur dadurch zustande, dass die Wertschöpfung in der Teilbranche „mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten“ um beachtliche 96,6% zugenommen hat. Der Einfluss dieser Teilbranche auf die Wertschöpfungsentwicklung der Gesamtbranche war jedoch insofern begrenzt, da diese auch im Jahr 2004 – gemessen an ihrem Wertschöpfungsanteil von 13,1% an der Gesamtbranche – noch relativ „klein“ war (im Gegensatz zum Kreditgewerbe mit 69,2% und dem Versicherungsgewerbe mit 17,7%).

Tabelle 5: Beschäftigtenproduktivitäten in Deutschland

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	Durchschn	Vgl. zu alle
Finanzsektor	91100	72810	72566	78504	87457	98632	83367	119,6%
Kreditgewerbe	92696	71416	73878	82891	91428	100794	85269	122,3%
Versich.gewerbe	77901	65208	55101	53642	64863	77232	65575	94,1%
Verbund. Tätigkeit	111802	103088	104181	106549	113751	133356	112357	161,1%
Alle Branchen	65870	66708	68465	70116	72236	75185	69715	100,0%

Quelle: VGR der Länder, Bundesagentur für Arbeit, IAW-Berechnungen

Man erkennt, dass die Arbeitsproduktivität im Finanzsektor in den Jahren 1999 bis 2004 um ein Fünftel (19,6%) höher ausfiel als die Durchschnittsproduktivität aller Branchen. Während das Kreditgewerbe 22,3% über diesem Durchschnittswert lag, weist das Versicherungsgewerbe einen Produktivitätsrückstand von 5,9% auf. Ganz herausragend ist dagegen die Arbeitsproduktivität des relativ kleinen Teilssektors „mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundenen Tätigkeiten“. Die entsprechende Arbeitsproduktivität liegt bei nicht weniger als 112.400 Euro pro sozialversicherungspflichtig Beschäftigtem und Jahr, sie fällt damit um 61,1% höher aus als die Beschäftigtenproduktivität der Gesamtwirtschaft. Wie bereits angesprochen, beinhaltet dieser Teilssektor der Finanzbranche sowohl vertriebsbezogene Tätigkeiten, für die eine eher mäßige Beschäftigtenproduktivität unterstellt werden kann, als auch hoch spezialisierte Tätigkeiten innerhalb der Intermediationsketten. Diese müssen offenkundig ein herausragendes Produktivitätsniveau aufweisen, um die durchschnittliche Produktivität des Aggregats auf das schon für sich genommen bemerkenswerte Niveau anzuheben.

Im nächsten Schritt wird die deutsche Beschäftigtenproduktivität des Finanzsektors mit der Zahl der im Land Baden-Württemberg im Finanzsektor tätigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten „gewichtet“. Daraus ergibt sich ein Schätzwert für die Wertschöpfung des Finanzsektors in Baden-Württemberg. Bei dieser Vorgehensweise ist implizit unterstellt, dass die für den Finanzsektor gegebene Beschäftigtenproduktivität des Landes der auf der Bundesebene entspricht. Diese Hypothese erscheint vertretbar, wenngleich sich aus dieser Annahme eine gewisse Unterschätzung der betreffenden Wertschöpfung des Landes ergeben kann. So dürfte auch im Finanzsektor die Arbeitsproduktivität in den alten Bundesländern über der in den neuen Bundesländern liegen, so dass für die alten Bundesländer die bundesdurchschnittliche Produktivität tendenziell zu niedrig angesetzt ist. Gleichwohl erscheint – mangels geeigneter Alternativen – die beschriebene Vorgehensweise sinnvoll. Auf dieser Grundlage ergibt sich für den Zeitraum von 1999 bis 2005 für den Finanzsektor in Baden-Württemberg im Durchschnitt eine geschätzte jährliche Bruttowertschöpfung von 12,46 Mrd. Euro (zum Vergleich: auf der Bundesebene waren es 89,87 Mrd. Euro). Wie oben angeführt, dürfte aus methodischen Gründen für die Landesebene eine gewisse Unterschätzung vorliegen, so dass der Wertschöpfungsbetrag mehr oder weniger deutlich über 12,46 Mrd. Euro liegen dürfte. Aus diesem Grunde ist in Tabelle 6 der Wert „12,46 Mrd. Euro + x<sub>1</sub>“ ausgewiesen.

Bei der Abschätzung der Wertschöpfung des Finanzsektors der Region Stuttgart wird analog wie bei der Vorgehensweise zur Landesebene verfahren. In diesem Zusammenhang ist allerdings zu bedenken, dass die relative Unterschätzung der Wertschöpfung hier noch größer ausfallen dürfte als im „Landes-Fall“, weil jetzt noch ein zweiter Grund für eine Unterschätzung hinzukommt. Die Region Stuttgart stellt ein Finanzzentrum dar, und an einem solchen räumlich konzentrierten Finanzplatz dürften die Tätigkeiten im Kredit- und Versicherungsgewerbe wertschöpfungsintensiver sein als außerhalb des eigentlichen Finanzzentrums. Für die Region Stuttgart ist daher von einer überdurchschnittlichen Arbeitsproduktivität in der Finanzbranche auszugehen. Mangels sinnvoller methodischer Alternativen soll aber auch für die Region die beschriebene Vorgehensweise beibehalten werden - jedoch wird bei der Interpretation der ermittelten Wertschöpfungsbeträge noch mehr als beim „Landes-Fall“ zu berücksichtigen sein, dass die entsprechenden Schätzwerte nach unten verzerrt sein dürften bzw. eine Untergrenze darstellen. Auf dieser Grundlage ergibt sich für den Zeitraum von 1999 bis 2005 für den Finanzsektor in der Region Stuttgart im Durchschnitt eine jährliche Bruttowertschöpfung von 4,65 Mrd. Euro, wobei zwei Gründe (vgl. oben) dafür sprechen, dass eine Unterschätzung vorliegt. Die zweifache Unterschätzung wird dadurch korrigiert, dass der Wert von 4,65 Mrd. Euro um den Betrag  $y_1$  erweitert wird.

Tabelle 5: Bruttowertschöpfung im Finanzsektor (in jeweiligen Preisen) im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2005 – in Mrd. Euro

Deutschland	Baden-Württemberg	Region Stuttgart
89,87	12,46 + $x_1$	4,65 + $y_1$

Quelle: VGR der Länder, IAW-Berechnungen

## 2.2.2 Der Wertschöpfungsbeitrag des Finanzsektors am Finanzplatz Stuttgart und in Baden-Württemberg

Es stellt sich nun die Frage, wie groß in Baden-Württemberg und in der Region Stuttgart der Beitrag der Finanzbranche zur Wertschöpfung der dortigen Raumeinheiten ist. Auf der Grundlage der soeben für Baden-Württemberg abgeschätzten Wertschöpfung des Finanzsektors folgt, dass in den Jahren 1999 bis 2005 in Baden-Württemberg der Finanzsektor mindestens 4,4% der dortigen Wertschöpfung erwirtschaftet hat. Berücksichtigt man die Tatsache, dass für die Abschätzung der baden-württembergischen Finanzdienstleister-Wertschöpfung von einer zumindest leichten Unterschätzung auszugehen ist, dann muss gefolgert werden, dass der Anteil des Finanzsektors an der baden-württembergischen Wertschöpfung mehr oder weniger über 4,4% liegt und somit in Tabelle 7 als „4,4% +  $x_2$ “ ausgewiesen wird.

$$\frac{WS_{Finanz}^{BW}}{WS^{BW}} \quad \text{mit} \quad WS_{Finanz}^{BW} = \frac{WS_{Finanz}^{BRD}}{Besch_{Finanz}^{BRD}} \cdot Besch_{Finanz}^{BW}$$

Tabelle 7: Anteile des Finanzsektors an der Bruttowertschöpfung (zu jeweiligen Preisen), Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2005

Deutschland	Baden-Württemberg	Region Stuttgart
-------------	-------------------	------------------

4,7%

4,4% + x<sub>2</sub>5,8% + y<sub>2</sub>

Quelle: VGR der Länder, IAW-Berechnungen

Für die Region Stuttgart ergibt sich bei analoger Vorgehensweise ein Anteilswert von 5,8%. Da in diesem Fall bei der Wertschöpfung des Finanzsektors sogar von zwei Unterschätzungsfaktoren auszugehen ist, wird der entsprechende Wert mit „5,8% + y<sub>2</sub>“ ausgewiesen, wobei der Zuschlagswert y<sub>2</sub> (in Prozentpunkten) die beiden Unterschätzungsaspekte erfasst.

Zur Absicherung der Güte der für Baden-Württemberg und die Region Stuttgart vorgenommenen Abschätzung zur Wertschöpfung des Finanzsektors wird im Rahmen eines Exkurses noch eine Untervariante der Abschätzmethode 2 „durchgespielt“ (Variante 2.b).

### Exkurs: Variante 2.b zur Berechnung der Wertschöpfung im Finanzsektor

In dieser Variante (2.b) wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die deutschen Beschäftigtenproduktivitäten der Teilsektoren Kreditgewerbe, Versicherungsgewerbe und „Verbundene Tätigkeiten“ deutlich von der Beschäftigtenproduktivität für den gesamten Finanzsektor abweichen. Insofern soll bei der Berechnung der Wertschöpfung für den Finanzsektor in Baden-Württemberg und in der Region Stuttgart zusätzlich folgender differenziertere Ansatz herangezogen werden. Dabei gilt beispielsweise für Baden-Württemberg der nachstehende Zusammenhang:

$$WS_{Finanz}^{BW} = \frac{WS_{Kredit}^{BRD}}{Besch_{Kredit}^{BRD}} \cdot Besch_{Kredit}^{BW} + \frac{WS_{Versich}^{BRD}}{Besch_{Versich}^{BRD}} \cdot Besch_{Versich}^{BW} + \frac{WS_{Verbund}^{BRD}}{Besch_{Verbund}^{BRD}} \cdot Besch_{Verbund}^{BW}$$

Auf dieser Basis ergeben sich die folgenden Wertschöpfungsergebnisse, wobei hier nicht bis 2005 gerechnet werden konnte, da für Deutschland die Wertschöpfungsdaten der Teilbereiche des Finanzsektors nur bis 2004 vorliegen.

Tabelle 8: Bruttowertschöpfung im Finanzsektor (in jeweiligen Preisen) im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2004 – in Mrd. Euro

Deutschland	Baden-Württemberg	Region Stuttgart
88,15	12,19 + ...	4,42 + ...

Quelle: VGR der Länder, IAW-Berechnungen

Für die Anteilswerte der Wertschöpfung des Finanzsektors ergeben sich damit:

Tabelle 9: Anteile des Finanzsektors an der Bruttowertschöpfung aller Sektoren (zu jeweiligen Preisen), Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2004

Deutschland	Baden-Württemberg	Region Stuttgart
4,6 %	4,4 % + ...	5,5 % + ...

Quelle: VGR der Länder, IAW-Berechnungen

Im Vergleich zu den Resultaten des zuvor verwendeten Abschätzverfahrens 2.a zeigt sich eine große Ähnlichkeit, so dass eine hohe Ergebnisstabilität gegeben ist. (Die notwendigen Korrekturfaktoren sind hier lediglich durch den Zusatz „+...“ angedeutet.)

Wie bereits in Zusammenhang mit dem Beschäftigungsbeitrag des Finanzsektors angedeutet, erfasst der hier ermittelte Wertschöpfungsbeitrag nur die direkten Wertschöpfungseffekte

des Finanzsektors. Die Finanzbranche sorgt jedoch auch für *indirekte* Wertschöpfungseffekte, indem sie – insbesondere an Unternehmensdienstleister – Aufträge vergibt bzw. an diese Tätigkeiten auslagert. Durch entsprechendes Outsourcing nimmt im Finanzsektor die Wertschöpfungstiefe ab und es kommt zu einer gewissen intersektoralen Umschichtung vor allem zu den unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

Die Abschätzung dieser indirekten Wertschöpfungsbeiträge des Finanzsektors ist aufgrund der schlechten Datenbasis kaum möglich. Abschätzungen ließen sich höchstens für den einen oder anderen Beispielfall vornehmen (vergleiche dazu die Ausführungen zur Abschätzung der indirekten *Beschäftigungseffekte* am Ende von Abschnitt 2.1.2).

### 2.2.3 Konzentration der Wertschöpfung des deutschen Finanzsektors auf den Finanzplatz Stuttgart und Baden-Württemberg

Interessant ist schließlich auch noch die Frage, welchen Anteil der Finanzplatz Stuttgart/ Baden-Württemberg an der Wertschöpfung des deutschen Finanzsektors hat bzw. welcher Teil der bundesdeutschen Finanzdienstleistungswertschöpfung in Baden-Württemberg bzw. in der Region Stuttgart erwirtschaftet wird. Es geht damit um den Grad der räumlichen Konzentration auf den Finanzplatz Stuttgart bzw. auf Baden-Württemberg.

Auf der Basis der durch Abschätzmethode 2.a abgeleiteten Ergebnisse – vgl. Tabelle 5 – ergibt sich für den Anteil Baden-Württembergs an der bundesdeutschen Wertschöpfung im Finanzsektor (im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2005) Folgendes:

$$\frac{WS_{Finanz}^{BW}}{WS_{Finanz}^{BRD}} = \frac{12,46 + x_1}{89,87} = \frac{12,46}{89,87} + x_3 = 13,9\% + x_3$$

Der entsprechende Wertschöpfungsanteil Baden-Württembergs liegt im Bereich über 13,9%. Wie hoch der Zuschlag  $x_3$  (in Prozentpunkten) nun konkret ist, kann nicht ermittelt werden. Dieser Zuschlag muss gleichwohl hier mit angesetzt werden, da die baden-württembergische Wertschöpfung aufgrund des in 2.2.1 angewendeten Berechnungsverfahrens mit 12,46 Mrd. Euro eine Unterschätzung impliziert und deshalb mit einem Zuschlag  $x_1$  (in Euro) „versehen“ wurde. Unter Auslassung dieses Zuschlages würde sich für den Wertschöpfungsanteil Baden-Württembergs derselbe Wert ergeben wie für den Beschäftigtenanteil.

Für die Region Stuttgart ergibt sich bei analogem Vorgehen – und unter Berücksichtigung von zwei Unterschätzungsaspekten – der folgende Zusammenhang:

$$\frac{WS_{Finanz}^{Reg}}{WS_{Finanz}^{BRD}} = \frac{4,65 + y_1}{89,87} = \frac{4,65}{89,87} + y_3 = 5,2\% + y_3,$$

mit  $y_3 > x_3$ , da die relative Unterschätzung des Wertschöpfungsanteils der Region gegenüber der Unterschätzung auf Landesebene durch weitere Einflüsse verstärkt wird.

Der Anteil der Region Stuttgart an der bundesdeutschen Wertschöpfung in der Finanzbranche liegt demnach mehr oder weniger weit über 5,2%. Auch hier kann nicht gesagt werden, wie hoch der entsprechende Zuschlag  $y_3$  (in Prozentpunkten) ausfällt.

Vergleicht man die Beschäftigtenanteile mit den Wertschöpfungsanteilen, so kommt dem Finanzplatz Stuttgart/Baden-Württemberg gemessen an der Wertschöpfung eine größere Bedeutung innerhalb Deutschlands zu als dies der Beschäftigungsanteil suggeriert. Dies verdeutlicht Tabelle 10.

Tabelle 10: Räumliche Konzentrationsanteile am Finanzsektor – Beschäftigung versus Wertschöpfung

	BaWü / BRD	Reg. Stgt / BRD
Beschäftigungsanteil	13,9%	5,2%
Wertschöpfungsanteil	$13,9\% + x_3$	$5,2\% + y_3$

Quelle: VGR der Länder, IAW-Berechnungen

### 3 Der Finanzplatz Stuttgart im europäischen Standortvergleich auf der Wahrnehmungsebene

#### 3.1 Zielsetzung

Vor dem Hintergrund der geschilderten Bedeutung des Finanzplatzes Stuttgart erscheint es in einem Folgeschritt von Interesse, seine Beurteilung aus der Wahrnehmung der auf Finanzplätzen aktiven Mitarbeiter zu untersuchen. Ursächlich hierfür ist die in Kapitel 1 erläuterte Definition von Finanzplätzen, nach der sich deren Erfolg insbesondere daraus bemisst, wie ihr Standortpotenzial aus Sicht der beteiligten Akteure beurteilt wird.

In diesem Zusammenhang erscheinen für die empirische Untersuchung insbesondere folgende Fragestellungen von Interesse:

- (1) Wie wird der Standort Stuttgart im Vergleich zu anderen europäischen Finanzplätzen beurteilt? (*Positionierungsanalyse*)
- (2) Welche Eigenschaften bestimmen den Erfolg von Finanzplätzen aus Sicht der beteiligten Akteure? Über welche Eigenschaftsausprägungen verfügt Stuttgart hierbei im Vergleich zu dem idealtypisch eingestuften Finanzmarktplatz? (*Präferenzanalyse*)

Die entsprechenden Fragestellungen sind gerade auch dann von Bedeutung, wenn es um die Ableitung von Handlungsempfehlungen geht.

#### 3.2 Vorgehensweise

Um die beschriebenen Fragestellungen umfassend analysieren und beantworten zu können, wurde jeweils eine für die Positionierungs- als auch eine für die Präferenzanalyse geeignete Untersuchungsmethode ausgewählt. Die für die Anwendung der beiden Verfahren benötigten Informationen wurden im Rahmen einer Online-Befragung erhoben. Während die Komplexität der Verfahren zum einen eine software-technische Unterstützung erforderlich machte, war durch diese Form der Erhebungsmethode zugleich eine möglichst hohe Effizienz gewährleistet.

##### 3.2.1 Auswahl geeigneter Untersuchungsmethoden

###### ***Positionierungsanalyse auf Basis der multidimensionalen Skalierung***

Um der Fragestellung nachzugehen, wie der Finanzplatz Stuttgart im Standortvergleich wahrgenommen wird, wurde die multidimensionale Skalierung (MDS) als geeignetes Untersuchungsverfahren gewählt (vgl. Backhaus et al. 2006, S.621 ff). Die multidimensionale Skalierung zielt darauf ab, die subjektive Wahrnehmung von Untersuchungsobjekten durch die Auskunftspersonen – in dem vorliegenden Fall sind diese Untersuchungsobjekte die in die Analyse einzubeziehenden Finanzplätze – zu bestimmen. Dabei wird davon ausgegangen, dass der Wahrnehmungsraum einer Person in der Regel mehrdimensional ausgelegt ist, d.h.

dass die zur Disposition stehenden Objekte im Hinblick auf verschiedene Dimensionen beurteilt werden. Die Dimensionen sind hierbei als Entscheidungskriterien zu betrachten, die der Proband seiner Beurteilung zu Grunde legt.

Der sich aus dieser multidimensionalen Beurteilung unterschiedlicher Vergleichsobjekte ergebende subjektive Wahrnehmungsraum wird in einer graphischen Veranschaulichung als Konfiguration bezeichnet. In unserem Fall beschreibt diese die subjektive Positionierung unterschiedlicher Finanzplätze in der Wahrnehmung der Probanden. Um zu dieser „Finanzplatz-Landkarte“ zu gelangen, sind im Rahmen der MDS folgende Untersuchungsschritte erforderlich:

1. Bestimmung der in die Untersuchung einzubeziehenden Vergleichsobjekte
2. Beurteilung dieser Vergleichsobjekte durch die Probanden
3. Interpretation der erhobenen Daten

#### *1. Bestimmung der in die Untersuchung einzubeziehenden Vergleichsobjekte*

Wie in Kapitel 1 angedeutet, entwickeln sich neben den beiden als zentral einzustufenden Finanzplätzen (New York und London) immer mehr kleinere Finanzplätze, die erfolgreich zu diesen zentralen Finanzplätzen komplementäre Funktionen zu erfüllen in der Lage sind. Da es sich bei dem in unserer Studie im Mittelpunkt stehenden Finanzplatz Stuttgart um einen kleineren Finanzplatz mit komplementärer Funktion handelt, erscheint es für die später geplante Ableitung von Handlungsimplikationen sinnvoll, insbesondere eine Vielzahl weiterer kleiner Finanzplätze in die Studie aufzunehmen, die in dieser Hinsicht mit dem hier betrachteten Finanzplatz in einem direkten Konkurrenzverhältnis stehen. Für eine bessere Interpretation der Konfiguration wurden jedoch darüber hinaus drei der zentralen, d.h. großen Finanzplätze in die Studie integriert. Die Auswahl der Vergleichsobjekte erfolgte auf der Grundlage von Expertengesprächen im Vorfeld der eigentlichen Befragung. Die Gesamtheit aller Vergleichsobjekte ist in Abbildung 8 dargestellt.

Abbildung 8: Vergleichsobjekte der Positionierungsanalyse

<b>Kleine Finanzplätze</b>	<b>Große Finanzplätze</b>
▪ <b>Luxembourg</b>	▪ <b>Zürich</b>
▪ <b>Dublin</b>	▪ <b>London</b>
▪ <b>Mailand</b>	▪ <b>Frankfurt</b>
▪ <b>München</b>	
▪ <b>Stuttgart</b>	
▪ <b>Düsseldorf</b>	
▪ <b>Wien</b>	
▪ <b>Brüssel</b>	
▪ <b>Warschau</b>	

Quelle: Eigene Zusammenstellung

### *2. Beurteilung der Vergleichsobjekte durch die Probanden*

Um die Positionen der oben dargestellten Finanzplätze im Wahrnehmungsraum zu bestimmen, ist eine Beurteilung der Ähnlichkeiten zwischen den Finanzplätzen durch die Probanden vorzunehmen. Hierzu werden die Probanden lediglich gebeten, die subjektiv empfundene Ähnlichkeit bzw. Unähnlichkeit zwischen jeweils zwei Finanzplätzen einzuschätzen. Dabei müssen genau so viele Paarvergleiche beurteilt werden, dass jeder in die Untersuchung einbezogene Finanzplatz genau einmal mit jedem der anderen zu untersuchenden Finanzplätze verglichen wird. Im betrachteten Fall muss etwa der Finanzplatz Stuttgart mit allen anderen in Abbildung 8 dargestellten Finanzplätzen verglichen werden.

Aus dieser Vielzahl von Vergleichen lässt sich mit Hilfe der methodischen Berechnungen der multidimensionalen Skalierung ermitteln, wie die Finanzplätze in einem zweidimensionalen Wahrnehmungsraum konfiguriert sind. Ein Vorteil der MDS gegenüber anderen Verfahren, die sich auf Eigenschaftsbeurteilungen stützen (so z.B. der Faktorenanalyse, vgl. Backhaus et al. 2006, S.260 ff.) ist dabei, dass keine exogene Festlegung der für die Beurteilung relevanten Eigenschaften durch den Befrager und damit keine Beeinflussung des Ergebnisses durch diese Auswahl erfolgt.

### *3. Interpretation der Daten*

Die Dimensionslosigkeit der Ausgangsdaten der multidimensionalen Skalierung bringt es mit sich, dass der Bezug zwischen den gefundenen Dimensionen des Wahrnehmungsraumes und den empirisch erhobenen Eigenschaften der Finanzplätze nicht unmittelbar einsichtig ist. Daher ist eine Einschätzung des sachlichen Gehalts der beiden Abbildungsdimensionen durch Experten erforderlich. Den dabei möglicherweise auftretenden Interpretationsschwierigkeiten kann eventuell durch Rotation des Wahrnehmungsraumes begegnet werden. Dies bedeutet, dass die Achsen der Wahrnehmungslandkarte unter Beibehaltung ihrer empirisch erhobenen Winkelbezüge um ihren Mittelpunkt gedreht werden, um durch eine somit veränderte Darstellung des Wahrnehmungsraumes eine bessere Interpretation der Daten zu ermöglichen.

## ***Präferenzanalyse auf Basis der Hierarchischen Individualisierten Limit Conjoint-Analyse***

Die MDS stellt – wie oben aufgeführt – eine vielversprechende Methode im Hinblick auf eine valide Darstellung der wahrgenommenen Positionierung von Finanzplätzen dar. Das Verfahren vermag jedoch nicht, die der Beurteilung zu Grunde liegenden Eigenschaften von Finanzplätzen detailliert zu benennen. Der zweite Aufgabenbereich des Wahrnehmungsvergleichs ist daher die Durchführung einer ergänzenden Präferenzanalyse. Sie geht der Fragestellung nach, welche Eigenschaften den Erfolg von Finanzplätzen aus Sicht der beteiligten Akteure bestimmen. Damit liefert sie wertvolle Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Positionierung des Finanzplatzes Stuttgart.

Für die Bewältigung einer derartigen Problemstellung eignet sich insbesondere die Conjoint-Analyse. Dieses Verfahren hat seinen Ursprung in der mathematischen Psychologie und ist eine der am häufigsten eingesetzten multivariaten Analysemethoden innerhalb der Marktforschung (vgl. Backhaus et al. 2006, S.558 ff.). Ursächlich für diese große Bedeutung in der Marktforschung ist insbesondere die Tatsache, dass sich mit Hilfe dieses Verfahrens multiaattributive Beurteilungs- bzw. Nutzenstrukturen von Nachfragern abbilden lassen.

In der Conjoint-Analyse werden auf der Basis eines in der Regel linear-additiven Verknüpfungsmodells aus ganzheitlich vorgenommenen Probandenbeurteilungen von Objekten die Beurteilungsbeiträge der zur Beschreibung der Objekte herangezogenen, systematisch variierten Merkmalsausprägungen ermittelt. Für die vorliegende Problemstellung bedeutet dies, dass Finanzplätze in ihrer Gesamtheit anhand zuvor festgelegter Merkmale bzw. deren Ausprägungen beurteilt und die dezidierte Ermittlung der Merkmalsbedeutung hierauf durch das dem Verfahren zu Grunde liegende Nutzenmodell erschlossen werden.

Diese für conjointanalytische Verfahren typische dekompositionelle Vorgehensweise führt zu vergleichsweisen validen Schätzergebnissen im Hinblick auf Nutzen und Bedeutung von Merkmalen als auch Merkmalsausprägungen. Auf der Basis conjointanalytischer Schätzergebnisse lassen sich viele wichtige Entscheidungen in Unternehmen begründen, beispielsweise innerhalb der Neuproduktentwicklung, zur Produktvariation, innerhalb der Preissetzung oder der Vertriebskanalgestaltung. Darüber hinaus findet das Verfahren auch in anderen geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereichen Verwendung, etwa in der empirischen Wahlforschung, der Organisationspsychologie oder der Soziologie.

Die Grundform der Conjoint-Analyse ermöglicht allerdings nur die Aufnahme von vergleichsweise wenigen Merkmalen und Merkmalsausprägungen (4 bis 5 Merkmale mit maximal 3 bis 4 Ausprägungen), da eine kognitive Überforderung der Auskunftspersonen vermieden werden muss. Daher wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Conjoint-Varianten entwickelt, deren Ziel es jeweils ist, eine größere Zahl an Merkmalen und Merkmalsausprägungen in Conjoint-Studien aufnehmen zu können. Auch für den vorliegenden Kontext ist davon auszugehen, dass für die Standortbeurteilung von Finanzplätzen eine Vielzahl von

Einflussfaktoren zu berücksichtigen ist. So geht bereits aus den Eingangsüberlegungen in Kapitel 1 hervor, dass für die individuelle Einschätzung der Attraktivität eines Standortes neben zahlreichen „harten“ Faktoren auch „weiche“ Einflüsse, wie etwa verschiedene die Lebensqualität betreffende Aspekte, ausschlaggebend sein können. In unserer Studie müssen wir daher auf eines dieser neueren Verfahren rekurrieren.

Man kann zwei Grundtypen von Weiterentwicklungen des Conjoint-Verfahrens ausmachen:

1. Verfahren, die allein auf die Vergrößerung der Merkmalsanzahl abzielen. Diese Verfahren, die zumeist auf computergestützten Erhebungen aufbauen, basieren dabei entweder auf der Splitting-Idee (die Ergebnisse verschiedener Probanden werden im Rahmen der Nutzenschätzung zusammengeführt) oder der Komplexitätsreduktion (bei Probanden werden nur die individuell relevanten Merkmale erhoben). Typische Beispiele für diese Verfahrensgruppe sind die Hybride Conjoint-Analyse, die Adaptive Conjoint-Analyse (ACA), die Bridging Conjoint-Analyse, die Individualisierte Conjoint-Analyse und die Hierarchische Conjoint-Analyse (für eine Übersicht über die Verfahren siehe Voeth 2000).

2. Verfahren, die neben der Vergrößerung der Merkmalszahl auch der Integration von Auswahlabsichten dienen. Ein Ansatz, dessen Software-technische Entwicklung von einem der Bearbeiter dieser Studie vorangetrieben wurde und der ebenfalls in diese Gruppe gehört, stellt die Hierarchische Individualisierte Limit Conjoint-Analyse (HILCA) dar (vgl. Voeth 2000).

Vergleichende Studien zu den verschiedenen merkmalsgestützten Verfahren zeigen, dass die HILCA der in der Marktforschungspraxis im Bereich „Conjoint-Analysen mit vielen Merkmalen“ dominierenden ACA (vgl. Hartmann/Sattler 2002) im Hinblick auf die prädikative Validität signifikant überlegen ist (vgl. Kraus 2004). Dies wird in der Literatur u. a. damit begründet, dass die ACA allein auf einem „erhebungstechnischen Trick“ aufbaut, um mit einer großen Zahl von Merkmalen in Interviews umgehen zu können. Hingegen baut die HILCA auf den Erkenntnissen der Informationsverarbeitungstheorie auf und weist damit ein theoretisches Fundament in Bezug auf die Frage auf, wie Menschen in komplexen, multiattributiven Entscheidungssituationen die Informationsverarbeitungsaufgabe zielgerichtet bewältigen.

Da auf der zweiten Stufe des Wahrnehmungsprozesses eine Vielzahl von Einflussfaktoren zur Verbesserung der ermittelten Positionierung in Fragen kommen, wurde – angesichts der beschriebenen Vorteile – die Durchführung einer HILCA als geeignete Methode ausgewählt. Um die relativen Wichtigkeiten der einzelnen Einflussfaktoren sowie deren Nutzenbeitrag erheben zu können, waren folgende Untersuchungsschritte erforderlich:

1. Bestimmung der abzufragenden Merkmale und Merkmalsausprägungen
2. Durchführung der HILCA-Studie durch die Probanden
3. Berechnung der Daten

### 1. Bestimmung der abzufragenden Merkmale und Merkmalsausprägungen

Um bedeutende Einflussfaktoren für die Standortentscheidung ableiten zu können, müssen in einem ersten Schritt die als relevant erachteten Merkmale sowie Merkmalsausprägungen im Hinblick auf das Conjoint-Design für die Finanzplatzstudie festgelegt werden. Hierzu wurde in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Lehrstuhls für Bankwirtschaft und Finanzdienstleistungen der Universität Hohenheim ein Merkmalsworkshop durchgeführt. Das hierbei definierte Conjoint-Design wurde sodann in Gesprächen mit drei international tätigen Akteuren aus dem Finanzdienstleistungsbereich sprachlich präzisiert, korrigiert, ergänzt und erweitert. Das abschließende Conjoint-Design ist im Anhang abgebildet.

### 2. Durchführung der HILCA

Beim Einsatz der HILCA innerhalb von Präferenzstudien werden computergestützte Interviews mit Probanden geführt. Dabei wird versucht, mit den gewählten Ablaufschritten den tatsächlichen Ablauf eines Beurteilungsprozesses abzubilden. Bei den Interviews werden deshalb in Anlehnung an die von Voeth vorgeschlagenen Ablaufschritte der HILCA folgende Erhebungsschritte durchlaufen:

*Auswahl relevanter Merkmale:* Hier erhält der Proband eine Liste aller Merkmale und Merkmalsausprägungen, die bei der Erhebung zur Beschreibung der Objekte, im vorliegenden Fall Finanzplätze, verwendet werden können. Er wählt die Merkmale aus, auf die er bei der Beurteilung eines Finanzplatzes achtet („bedeutsame Merkmale“). Wird ein Merkmal nicht ausgewählt, so ist davon auszugehen, dass es für den Probanden bei der Beurteilung keine Rolle spielt. Daher wird es im weiteren Verlauf der Erhebung bei diesem Probanden nicht mehr beachtet.

*Kompositionelle Bewertung der Ausprägungen relevanter Merkmale und Benennung von K.O.-Ausprägungen:* Aus der Gruppe der zuvor als bedeutsam eingestuften Merkmale sollen nun die Merkmale extrahiert werden, auf die der Proband besonderen Wert legt und mit deren Ausprägungen er sich im Beurteilungsprozess daher vermutlich intensiver auseinandersetzt. Um die Merkmale zu ermitteln, die anschließend in das individuelle Conjoint-Design Eingang finden, werden dem Probanden die Ausprägungen der zuvor von ihm ausgewählten bedeutsamen Merkmale nacheinander vorgelegt. Der Proband hat nun jede einzelne Ausprägung auf einer Punkteskala von 0 bis 100 zu bewerten. Ihm wird dabei im Vorfeld der Beurteilung erläutert, dass (nur) die Bewertung „0“ für inakzeptable Ausprägungen (K.O.-Ausprägung) steht. Hingegen steht eine 100 für das andere Extrem der Skala. Hier wird unterstellt, dass diese Eigenschaft den Probanden begeistert. Um die der anschließenden conjointanalytischen Untersuchungsaufgabe zugrunde zu legenden Merkmale bestimmen zu können, wird die maximale Spanne der Punktbewertungen der nach Ausschluss der K.O.-Ausprägungen verbleibenden Ausprägungen für jedes Merkmal ermittelt. Durch Vergleich dieser Spannen können erste Hinweise auf die Wichtigkeit der Merkmale gewonnen und die besonders wichtigen Merkmale identifiziert werden. So ist davon auszugehen, dass vor allem den Merkmalen mit hohen Spannen eine besondere Bedeutung für die Nutzenveränderung zukommt. Die anschließende conjointanalytische Beurteilungsaufgabe wird allein im Hinblick

auf die Merkmale mit den höchsten Spannen der vorgeschalteten kompositionellen Bewertung durchgeführt.

*Rating von Objekt Konzepten:* Dem Probanden werden in diesem Schritt Objekt Konzepte zur vergleichenden Rating-Bewertung vorgelegt, die durch unterschiedliche Ausprägungen der fünf individuell wichtigsten Merkmale gekennzeichnet sind. Im Rahmen der vorliegenden Problemstellung sind die Objekt Konzepte dabei als Finanzplatz-Szenarien zu werten, die sich aus unterschiedlichen Kombinationen der Merkmalsausprägungen ergeben. In Abhängigkeit von der Anzahl der Ausprägungen bei den individuell wichtigsten Merkmalen sind von den Probanden zwischen 8 und 25 Szenarien auf einer weiteren 100-Punkte-Skala (0 = „entspricht überhaupt nicht meinen Vorstellungen“; 100 = „entspricht vollständig meinen Vorstellungen“) zu beurteilen.

*Setzen der Limit-Card:* Im letzten Schritt wird die so genannte Limit-Card gesetzt, um akzeptable von nicht akzeptablen Stimuli zu trennen. Zu diesem Zweck werden dem Probanden nochmals alle Konzepte bzw. im vorliegenden Fall Szenarien mit den von ihm vergebenen Punktbewertungen in absteigender Reihenfolge vorgelegt. Der Proband hat nun anzugeben, ab welchem Rang er ein Objekt als akzeptabel einstuft. Übertragen auf die vorliegende Problemstellung bedeutet dies, dass ein Proband angeben muss, bis zu welcher Finanzplatzbewertung er einen Finanzplatz noch als attraktiv einstuft und ihn damit möglicherweise als Standort für seine berufliche Tätigkeit auswählen würde.

### 3. Berechnung der Daten

Im Anschluss an die Durchführung der Befragung können die interessierenden Wichtigkeiten und Nutzenwerte sowohl auf aggregierter als auch auf individueller Ebene mit Hilfe eines softwaregestützten Conjoint-Algorithmus ermittelt werden. Während die Nutzenwertberechnung für diejenigen Ausprägungen der Merkmale, die nach der Conjoint-Analyse sich als die wichtigsten herausgestellt haben, auf die in der Limit Conjoint-Analyse typische Art erfolgt,<sup>5</sup> liegen für die übrigen bedeutsamen, aber nicht wichtigsten Merkmale nur kompositionelle Nutzenbeurteilungen vor. Um die durch unterschiedliche Verfahren generierten Nutzeinschätzungen der Merkmale vergleichbar zu machen, sind die kompositionellen Nutzenwerte im Skalenniveau der conjointanalytisch generierten Nutzenwerte auszudrücken. Hierzu wird für jeden einzelnen Probanden eine Regression der Punktwerte einzelner Merkmalsausprägungen auf die entsprechenden Conjoint-Teilnutzenwerte durchgeführt. Der erhaltene Regressionskoeffizient wird zusammen mit einer Niveauekorrektur<sup>6</sup> zur individuellen Umrechnung der restlichen Punktwerte in Nutzenwerte verwendet.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Bei der HILCA wird zunächst von den für die Produktkonzepte vergebenen Punktwerten der Wert der Limit-Card abgezogen, was einer individuellen Skalentransformation entspricht. Danach werden die Nutzenwerte mit Hilfe der normalen Conjoint-Prozedur, also einer „Kleinste-Quadrate-Schätzung“ berechnet.

<sup>6</sup> Die Niveauekorrektur ist ein Quotient aus der durchschnittlichen Spannweite aller Punktwerte, die *nicht* im Rahmen der Conjoint-Prozedur ermittelt wurden, und der durchschnittlichen Spannweite aller Punktwerte, die mittels Conjoint-Prozedur berechnet wurden.

<sup>7</sup> Die Umrechnung erfolgt durch die Multiplikation der Punktwerte mit dem Regressionskoeffizienten und mit der in Fußnote 6 beschriebenen Niveauekorrektur.

### **3.2.2 Gestaltung der Erhebung**

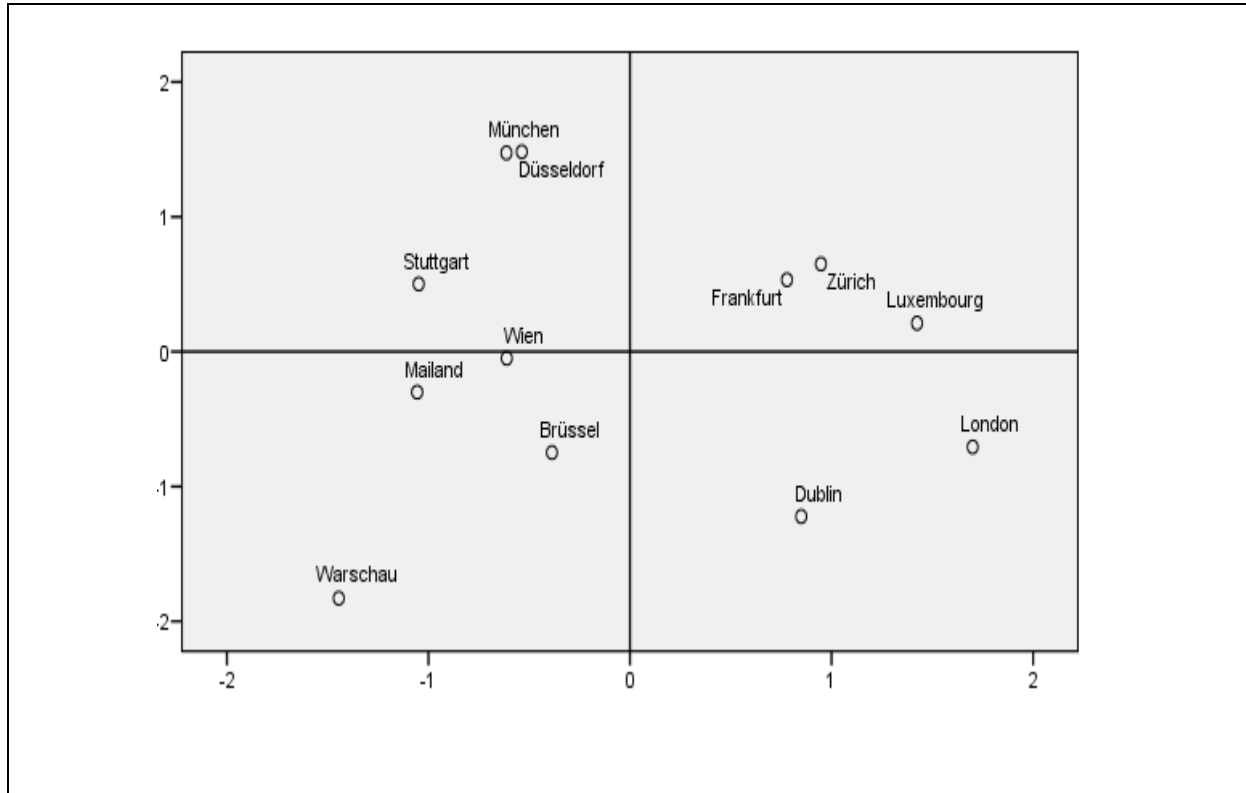
Für die effiziente Gestaltung der empirischen Erhebung wurden die Befragungsschritte der Positionierungs- und Präferenzanalyse im Rahmen einer Online-Befragung kombiniert. Dabei konnten im Zeitraum Juni/Juli 2007 insgesamt 110 telefonisch unterstützte Interviews mit Mitarbeitern aus dem Finanzdienstleistungsbereich geführt werden. Bei ihrer Auswahl wurde darauf geachtet, dass diese an unterschiedlichen Finanzplätzen europaweit und in verantwortungsvollen Positionen arbeiten.

## **3.3 Ergebnisse und Interpretation**

### **3.3.1 Ergebnisse der Positionierungsanalyse**

Aus der Angabe der wahrgenommenen Ähnlichkeiten zwischen den einzelnen Finanzplatz-Paaren wurde mit Hilfe der methodischen Berechnungen der multidimensionalen Skalierung zunächst die in Abbildung 9 dargestellte Wahrnehmungslandkarte der berücksichtigten Vergleichsobjekte (Finanzplätze) generiert. Dieses Ergebnis ergibt sich – wie oben bereits erläutert – aus der Einschätzung der Ähnlichkeiten bzw. der Unähnlichkeiten aller kombinierbaren „Finanzplatz-Paare“. Die beiden Richtungsdimensionen dieser zweidimensionalen Abbildung sind zunächst inhaltsleer und bedürfen einer expertengestützten Interpretation. Diese Interpretation erfolgte im Rahmen eines Expertenworkshops mit Vertretern der Finanzwirtschaft an der Universität Hohenheim am 25. Mai 2007. Dabei erwiesen sich die aus der Berechnungsmechanik und den damit letztlich willkürlich ergebenden vertikalen und horizontalen Achsen als nicht sehr ergiebig. Eine Rotation der Achsen führt auf eine hinsichtlich der horizontalen und vertikalen Dimensionen besser interpretierbare Wahrnehmungslandkarte. Wie bereits dargelegt ist dieses Vorgehen bei einer multidimensionalen Skalierung ohne Informationsverlust möglich.

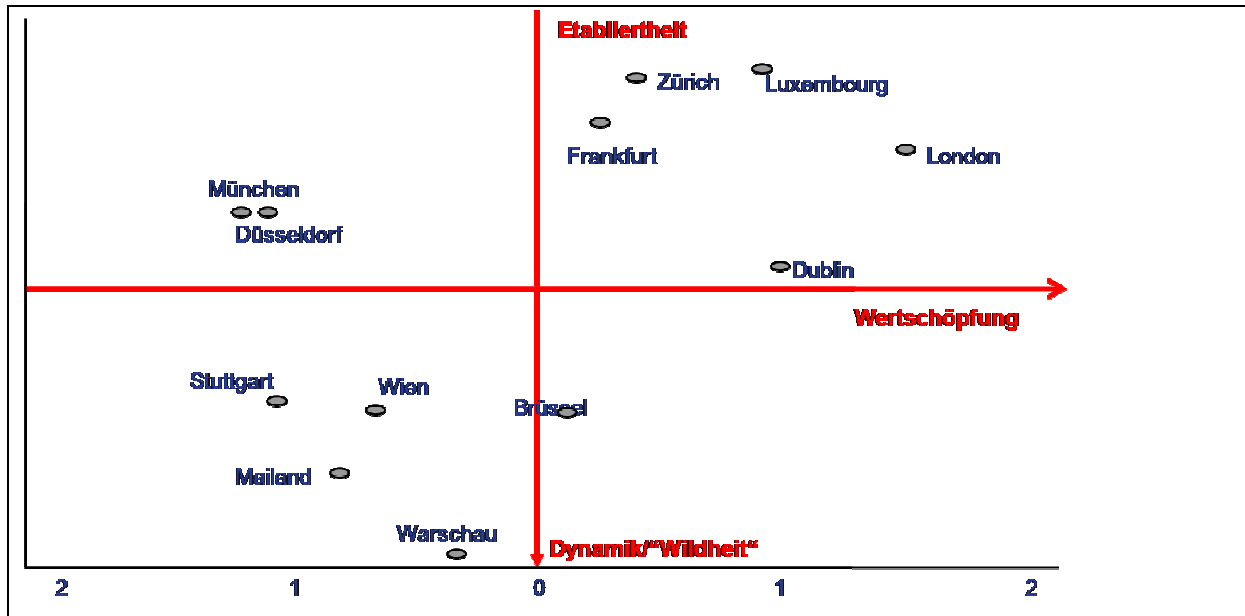
Abbildung 9: Unrotiertes Ergebnis der Positionierungsanalyse zu den Finanzplätzen



Quelle: Eigener Entwurf

Im Ausgangsbild (Abbildung 9) liegen vor allem auf der horizontalen Dimension auf einer Ebene sehr unterschiedlich geartete Finanzplätze wie etwa Zürich, Frankfurt und Stuttgart, Luxemburg und Wien sowie auch London und Brüssel. Es gelingt nicht, für diese Gruppen jeweils eine vergleichbare Ausprägung eines relevanten Charakteristikums eines Finanzplatzes auszumachen. Dieses Bild verändert sich jedoch bei einer Rotation der Wahrnehmungslandkarte um etwa 40 Grad gegen den Uhrzeigersinn (vgl. Abbildung 10). Finanzplätze, deren Erscheinungsbild Experten als besonders dynamisch bis turbulent einschätzen, wandern nun nach unten, etablierte und besonders seriös wirkende Plätze nehmen die oberen Positionen ein. Auf der horizontalen Achse sortieren sich die Finanzplätze danach, ob es ihnen in der Wahrnehmung der Befragten gelungen ist, hinsichtlich der Wertschöpfung besonders hochwertige Aktivitäten zu attrahieren und so einen besonders wertvollen Beitrag zum Wohlstand ihrer jeweiligen Region zu leisten.

Abbildung 10: Ergebnis der Positionierungsanalyse zu den Finanzplätzen - nach Achsenrotation



Quelle: Eigener Entwurf

Diese Ausdeutung der beiden Dimensionen eröffnet den Weg zu einer Vielzahl interessanter Interpretationen. So lässt sich mit Blick auf die führenden Finanzplätze festhalten, dass nach dem eindeutig erstplatzierten Finanzplatz London mit Luxemburg und Dublin zwei extrem erfolgreiche Nischenanbieter die nachfolgenden Positionen einnehmen, während die großen kontinentalen Finanzplätze Zürich und Frankfurt in dieser Reihenfolge auf die Plätze verwiesen werden. Diese Platzierungen stützen die Interpretation der horizontalen Dimension als Wertschöpfungsniveau pro Mitarbeiter (bzw. Beschäftigtenproduktivität) und nicht als Gesamtwertschöpfung des jeweiligen Finanzplatzes. Man kann hierin auch schon einen ersten Hinweis auf die relevanten Kriterien für die Beurteilung eines Finanzplatzes sehen, bei der es anscheinend weniger auf die absolute Größe, sondern vielmehr auf den individuellen Anteil des einzelnen Mitarbeiters ankommt.

Die Reihung der Spitzenplätze deutet auch auf das Erfolgspotenzial komplementärer Finanzplätze hin. Sowohl in Luxemburg als auch in Irland trägt die Finanzindustrie ganz wesentlich zum Wohlstand des jeweiligen Gesamtstaates bei, der den deutschen in beiden Fällen inzwischen deutlich übertrifft.<sup>8</sup> Luxemburg und Dublin ist diese Position allerdings nicht in den Schoß gefallen. Sie ist vielmehr und bekanntermaßen das Ergebnis einer langfristigen und intensiven Standortpolitik. Dies gilt insbesondere für Dublin als dem „Shooting Star“ unter den europäischen Finanzplätzen. Die größere Dynamik dieses jungen Finanzplatzes kommt in Abbildung 10 in einer deutlich niedrigen Positionierung auf der vertikalen Dimension zum Ausdruck. Damit wird deutlich, dass die Positionierung auf der vertikalen Achse ambivalent zu werten ist. Ein erfolgreich etablierter Finanzplatz mag eine Reputationsrente ge-

<sup>8</sup> Stellt man auf das Bruttoinlandsprodukt (in Kaufkraftstandards) je Einwohner ab, dann kam Luxemburg im Jahr 2006 auf 233% und Irland auf 127% des deutschen Niveaus.

nießen. Für jüngere oder bisher weniger erfolgreiche Finanzplätze dürfte eine Einordnung unter die auf ihrem jeweiligen Niveau etablierten Finanzplätze dagegen von Nachteil sein.

Unter den kleineren Finanzplätzen fällt auf, dass sich München und Düsseldorf in der Wahrnehmung kaum unterscheiden. Beide sind „etabliert“ auf niedrigem Niveau. Vor allem für München als einem der in manch anderer Hinsicht erfolgreichsten deutschen Wirtschaftsstandorte dürfte sich hinter diesem Ergebnis ein deutliches Imageproblem verbergen. Bemerkenswert sind dagegen die erreichten Positionen von Warschau und Brüssel, die hinsichtlich des Wertschöpfungsniveaus deutlich besser dastehen als die anderen kleineren Finanzplätze. In beiden Fällen ist seit relativ kurzer Zeit eine sehr engagierte Standortpolitik mit einem Fokus auf die Finanzindustrie wahrzunehmen, die aber offenbar relativ rasch Erfolge zeitigt und bereits in die Beurteilung von Finanzplätzen durch die Finanzmarktakteure einfließt.

Der Finanzplatz Stuttgart erreicht bei der Wertschöpfung bzw. Beschäftigtenproduktivität nur das Niveau von Düsseldorf und München, wird aber in der vertikalen Dimension deutlich anders eingeschätzt. Hier zählt Stuttgart zu der Gruppe der kleineren Finanzplätze im unteren linken Quadranten. Er wird als weniger etabliert und damit zumindest von seinem Potenzial her sehr viel dynamischer wahrgenommen. In einem positiven Verständnis findet er sich auf der Ausgangsposition eines Entwicklungspfades, der auf der Wahrnehmungslandkarte über Wien und Brüssel in Richtung auf die heutige Positionierung von Dublin führen könnte. Das Beispiel dieser alternativen Standorte zeigt, dass dieser Weg unter sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen gangbar ist. Die Abbildung verdeutlicht aber auch, dass eine Orientierung an den anderen deutschen Finanzplätzen in ihrer relativ statischen Positionierung wahrscheinlich wenig Erfolg verspricht.

Während Abbildung 10 die aktuelle Positionierung des Finanzplatzes Stuttgarts in der Wahrnehmung der beteiligten Akteure wiedergibt und darauf aufbauend, eine sehr grobe strategische Zielbildung für mögliche standortpolitische Maßnahmen ermöglicht, lassen sich aus diesem Konzept keine konkreten Handlungsimplicationen ableiten. Diese Fragestellungen können jedoch mit Hilfe der Ergebnisse aus der Präferenzanalyse angegangen werden.

### **3.3.2 Ergebnisse der Präferenzanalyse**

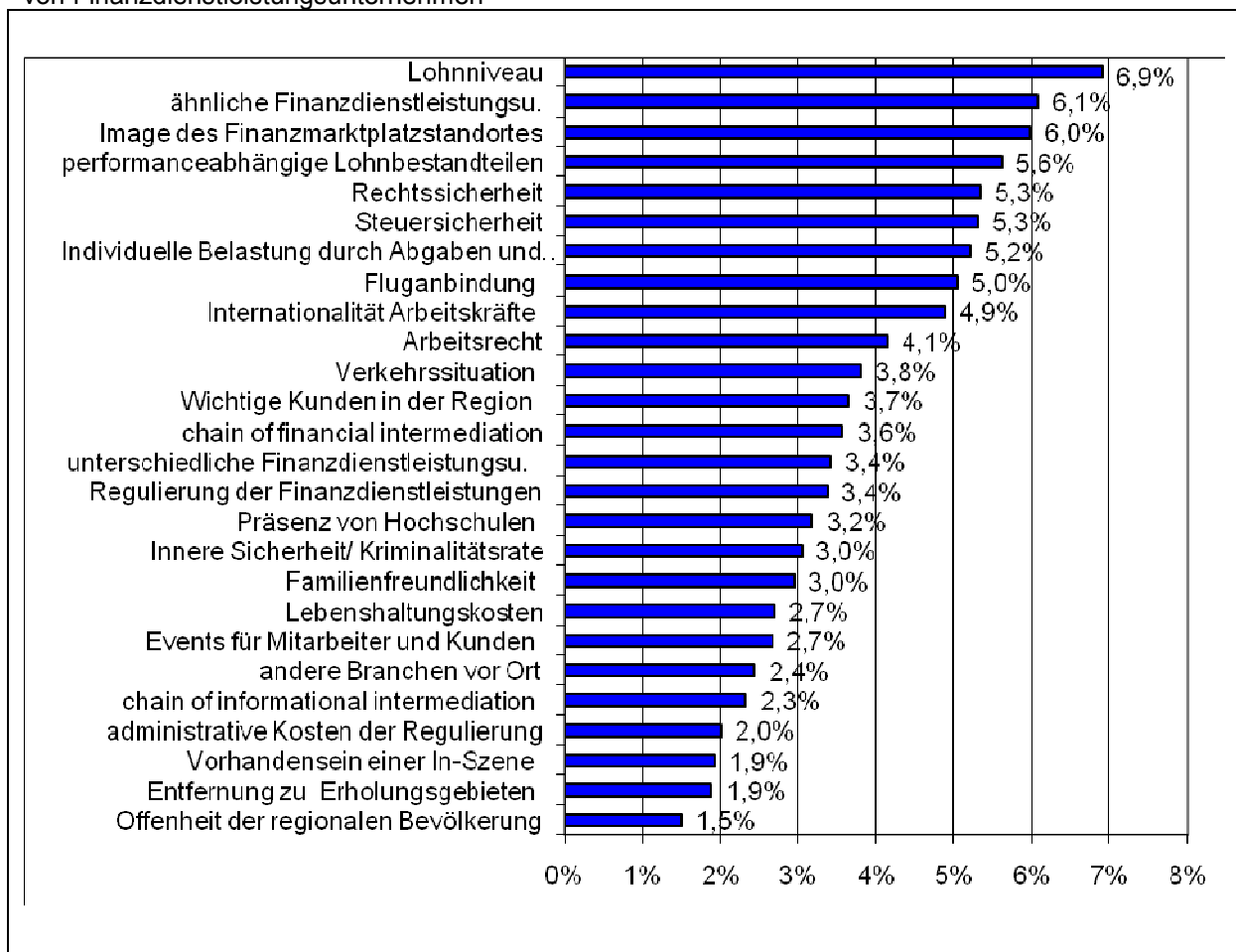
Aus den auf Basis der HILCA ermittelten Nutzenwerten (vgl. Kapitel 3.2.1) lassen sich die Wichtigkeiten der in die Untersuchung integrierten Merkmale berechnen. Hierfür wird die Spannweite der aus der HILCA resultierenden Nutzenwerte jedes einzelnen Merkmales durch die Gesamtspannweite aller Merkmale geteilt. Die sich hieraus ergebenden Wichtigkeiten aller Merkmale ergeben eine Rangordnung der für die Beurteilung eines Standortes wichtigen Merkmale bzw. Eigenschaften.

Im Ergebnis zeichnet sich, wie in Abbildung 11 dargestellt, mit bemerkenswerter Klarheit eine eindeutige Hierarchie der besonders relevanten Typen von Eigenschaften ab, denen eine besondere Bedeutung für die Beurteilung der Attraktivität eines Standortes beigemessen wird. Drei solche Gruppen stehen besonders hervor und decken die vorderen Ränge vollständig ab. Dies sind in absteigender Bedeutung:

1. Persönliche Karriereperspektiven (Rang 1-4)
2. Rahmenbedingungen für Unternehmen (Rang 5-7)
3. Mobilitätsaspekte (Rang 8-11)

Auf diese zentralen Merkmale folgt eine Mischung dieser Eigenschaften sowie die Nennung weiterer Aspekte aus dem Bereich der Kundenstruktur, im Bereich regionaler Aspekte, der Hochschullandschaft sowie im Bereich von weichen Faktoren. Mit Blick auf die neuere Standorttheorie der „kreativen Klasse“ nach Florida (siehe 1. Kapitel) kann man festhalten, dass bestimmte nach dieser Theorie besonders wichtige weiche Umfeldfaktoren (Toleranz, Offenheit) für Mitarbeiter der oftmals etwas konservativeren Finanzdienstleistungsbranche eine geringere Bedeutung zu haben scheinen als für andere Gruppen der kreativen Gemeinschaft, dass aber Internationalität auch hier sehr groß geschrieben wird.

Abbildung 11: Relative Wichtigkeiten der Eigenschaftsbereiche in Bezug auf den Standort von Finanzdienstleistungsunternehmen



Quelle: Eigener Entwurf

Eine Verbesserung der Positionierung des Finanzplatzes Stuttgart sollte zunächst bei Faktoren ansetzen, welche die *persönlichen Karriereperspektiven* der beteiligten Akteure betreffen. Zu denken ist dabei bspw. an eine stärkere erfolgsabhängige Entlohnung, an eine Ansiedlung weiterer Finanzdienstleistungsunternehmen sowie insgesamt an eine umfassende Imagekampagne zur Bewerbung der „Nische Stuttgart“.

Die Ableitung von Maßnahmen, die in den benannten Eigenschaftsbereich der „Persönlichen Karriereperspektiven“ fallen, erscheint dabei umso dringlicher, wenn man die Ergebnisse eines subjektiven Standortvergleichs mit Frankfurt in Hinblick auf die gelisteten Faktoren betrachtet. Diese Befragung der Probanden wurde im Anschluss an die Aufnahme der Informationen für die HILCA-Studie durchgeführt. Hierbei wurden die Probanden gebeten, die in die HILCA integrierten Merkmale nochmals im Hinblick auf ihre Ausprägungen in Bezug auf den ihrer Vorstellung idealen Finanzplatz sowie in Bezug auf die Finanzplätze Stuttgart und Frankfurt zu bewerten (vgl. Abb. 12). Neben dem idealen Vergleichsmaßstab erschien dabei der Referenzmaßstab Frankfurt als deutschlandweiter „idealer“ Finanzplatz für die Ableitung möglicher Handlungsempfehlungen für den Finanzplatz Stuttgart am geeignetsten.

Abbildung 12: Relative Wichtigkeiten der Eigenschaftsbereiche

	<b>Finanzplatz Frankfurt</b>	<b>Finanzplatz Stuttgart</b>	<b>„Idealer“ Finanzplatz</b>
Lohnniveau [von niedrig (1) bis hoch (3)]	2	1,8	3
Konzentrationsgrad ähnlicher Finanzdienstleister [von hoch (1) bis niedrig (3)]	1,2	2	1
Image des Finanzdienstleistungsstandortes [von sehr gut (1) bis gering (3)]	1,7	2	1
Anteil von performanceabhängigen Lohnbestandteilen [von 40% (1) bis 80% (3)]	1,5	1,4	3
Rechtssicherheit [von hoch (1) bis gering (3)]	1,65	1,2	1
Steuersicherheit [von hoch (1) bis gering (3)]	1,65	1,65	1
Individuelle Belastung durch Steuern [von <30% (1) bis >60% (3)]	2,2	2	1
Fluganbindung [von sehr gut (1) bis schlecht (3)]	1	1,7	1

Anteil hochqualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland [von 25% (1) bis 50% (3)]	1,55	1,7	3
Arbeitsrecht/Entlassungsmöglichkeit [von schnell (1) bis geringkaum möglich (3)]	2,45	2,45	2
Verkehrssituation [von sehr gut (1) bis schlecht (3)]	1,3	2,1	1
Anzahl wichtiger Kunden [von viele (1) bis kaum (3)]	1,55	1,55	1
Abdeckung „Chain of Financial Intermediation“ [von komplett (1) bis lückenhaft (3)]	1,65	2,3	1
Typen unterschiedlicher Finanzdienstleister [von sämtliche (1) bis wenige (3)]	1,65	1,8	1
Regulierung der Finanzdienstleistungen [von niedrig (1) bis hoch (3)]	1,8	2,1	1
Präsenz von Hochschulen [von niedrig (1) bis hoch (3)]	1,4	1,75	1
Kriminalitätsrate [von gering (1) bis hoch (3)]	1,85	1,6	1
Familienfreundlichkeit [von hoch (1) bis gering (3)]	1,85	1,7	1
Lebenshaltungskosten [von hochniedrig (1) bis hoch (3)]	1,8	2	1
Angebot an Events für Mitarbeiter und Kunden [von sehr gut (1) bis gering (3)]	2	1,8	1
Anzahl wichtiger anderer Branchen [von viele (1) bis kaum (3)]	1,55	1,7	1
Abdeckung „Chain of Informational Intermediation“ [von komplett (1) bis lückenhaft (3)]	1,55	2,15	1

Administrative Kosten der Regulierung [von eher hoch (1) bis eher niedrig (3)]	1,65	1,8	3
Vorhandensein einer In-Szene für Finanzdienstleister [von sehr gut (1) bis gering (3)]	1,85	2,1	1
Entfernung zu Erholungsgebieten [von <1h (1) bis >3h (3)]	2,2	1,7	1
Offenheit der regionalen Bevölkerung [von hoch (1) bis gering (3)]	1,85	2	1

Quelle: Eigener Entwurf

Aus den Ergebnissen dieses subjektiven Standortvergleiches geht hervor, dass der Finanzplatz Stuttgart, im Hinblick auf alle vier persönlichen Karriereinflussfaktoren dieses Bereichs, nicht die Idealvorstellung von Finanzakteuren trifft und darüber hinaus auch noch in jeder dieser Dimensionen schlechter als der Finanzplatz Frankfurt wahrgenommen wird. Gravierend ist der Unterschied hinsichtlich der Konzentration gleichartiger Finanzintermediäre. Hier genießt der Finanzplatz Frankfurt durch seine bloße Größe einen wesentlichen Wettbewerbsvorteil. Da für Stuttgart nicht mit der Ansiedlung der Firmensitze zahlreicher Großbanken zu rechnen ist, kann die Stuttgarter Standortpolitik diesen Nachteil nur wettmachen, wenn sie sich auf bestimmte Nischen konzentriert und in diesen eine kritische Masse anstrebt. Die Beispiele Luxemburg und Dublin zeigen, wie erfolgreich eine solche Strategie sein kann. Die Unterschiede beim Lohnniveau, der performanceabhängigen Entlohnung und sogar dem Image fallen dagegen eher gering aus. Maßnahmen zur Verbesserung der Situation sind eine noch stärkere Betonung von performanceabhängigen Entlohnungskomponenten durch die Arbeitgeber sowie die Entwicklung einer Kultur der positiven Einstellung zum Risiko und kontrollierten Risikoübernahmebereitschaft in der Finanzplatzgemeinschaft. Ein höheres Lohnniveau dürfte sich dagegen von selbst einstellen, wenn der Finanzplatz erfolgreich ist. Schließlich ist das Image eines Finanzplatzes durch geeignete Standortwerbung in Grenzen gestaltbar, worauf Stuttgart in der Vergangenheit fast vollständig verzichtet hat.

Anders ist der Handlungsbedarf in der zweiten Eigenschaftsgruppe „*Rahmenbedingungen für das Unternehmen*“ zu beurteilen. So haben zwar die Rechts- und Steuersicherheit sowie die Steuerbelastung im internationalen Vergleich eine hohe Bedeutung für die Beurteilung der Attraktivität eines Finanzplatzes. Für die Standortpolitik des Finanzplatzes Stuttgart bestehen hierbei aber nur geringe Handlungsspielräume, da die Mehrzahl der relevanten rechtlichen Regelungen dem Bundesrecht zuzuordnen sind. Eine Verbesserung wäre für alle deutschen Finanzplätze gemeinschaftlich etwa im Rahmen der Initiative Finanzstandort Deutschland anzustreben. Allerdings sind die auf regionaler Ebene durchaus vorhandenen Spielräume bei der Umsetzung der bundesrechtlichen Regelungen kaum ausgelotet. Dass

hier erhebliche Möglichkeiten bestehen, deutet die Wertung des Kriteriums der Rechtssicherheit an. Hier schneidet Stuttgart wesentlich besser ab, obwohl beide Standorte dem gleichen Rechtssystem angehören.

Im Bereich der dritten Kategorie wird die Attraktivität eines Finanzplatzes durch sein Angebot an räumlicher und gesellschaftlicher *Mobilität* bestimmt. Hierbei lassen sich insbesondere im Hinblick auf die Einflussfaktorengruppe „Verkehr“ direkte Maßnahmen für eine bessere Beurteilung des Standortes Stuttgarts ableiten. So wird er insbesondere im Hinblick auf seine Fluganbindungen als auch seine innerstädtische Verkehrslage erneut schlechter als das Ideal, aber auch schlechter als der Standort Frankfurt wahrgenommen. Aus der Studie ergibt sich auch eine sehr deutliche Aussage zugunsten der Durchführung des Verkehrsprojekts „Stuttgart 21“. Schließlich dürfte Stuttgart auch für hochqualifizierte ausländische Mitarbeiter umso attraktiver sein, je weltoffener und toleranter sich das Klima in der Stadt entwickelt.

Im Gegensatz zu den soeben erläuterten „Schwachstellen“ wird die Nähe des Standortes Stuttgarts zu einer Vielzahl von Naherholungsgebieten, seine geringe Kriminalitätsrate, die hohe Kundendichte sowie seine Familienfreundlichkeit als positiv beurteilt. Gleichwohl wird diesen Einflussfaktoren, betrachtet man Abbildung 12, insgesamt eine eher geringe Bedeutung im Hinblick auf das Attraktivitätsprofil eines Finanzplatzes beigemessen. Damit einhergehend behält der aus dem subjektiven Wahrnehmungsvergleich ermittelte Handlungsbedarf seine Gültigkeit.

Inwiefern die einzelnen identifizierten Implikationen nicht nur in der Wahrnehmung der Akteure bestehen, sondern auch auf der Basis objektiver Daten bestätigt werden können, kann erst durch eine weitere Analyse des Standortvergleichs auf der Faktenebene ermittelt werden. Je nach Ergebnis kann nämlich erst dann bestimmt werden, ob die abgeleiteten Maßnahmen jeweils „nur“ in der Wahrnehmung der Akteure durchgeführt und Schwachstellen somit auf kommunikativer Ebene behoben werden können, oder ob tatsächlicher Handlungsbedarf auf der Faktenebene besteht. In diesem Fall wäre allerdings in einem zweiten Schritt zu überprüfen, inwiefern der Einflussfaktor überhaupt durch das Standortmanagement beeinflussbar ist.

## 4 Der Finanzplatz Stuttgart im europäischen Standortvergleich auf der Faktenebene

Im Folgenden wird zur Ergänzung des Standortvergleichs der europäischen Finanzplätze auf der Wahrnehmungsebene ein Vergleich auf der Faktenebene vorgenommen, der insbesondere auf empirische Daten der amtlichen Statistik abstellt. In diesem Zusammenhang ist von Interesse, inwieweit die für den Finanzplatz Stuttgart beim Wahrnehmungsvergleich abgeleiteten Ergebnisse sich auch beim Standortvergleich auf der Faktenebene bestätigen (vgl. Kapitel 5). Allerdings ist eine solche Gegenüberstellung nur in begrenztem Maße möglich, da nur zu einem Teil der beim Wahrnehmungsvergleich herangezogenen Standortfaktoren auch empirisch „belastbare“ Daten der amtlichen Statistik vorliegen. Andererseits gibt es aber auch einige in den Standortvergleich der Faktenebene einbezogene standortrelevante Daten, die beim Wahrnehmungsvergleich nicht abgefragt wurden, da es hierbei um „harte Fakten“, wie etwa Produktivitätswerte, ging, zu denen eine Befragung auf der Wahrnehmungsebene keine zusätzlichen Erkenntnisse liefern konnte.<sup>9</sup>

Der Standortvergleich der Finanzplätze basiert, soweit es sich um einen Vergleich auf der europäischen Ebene handelt, im Wesentlichen auf Daten der „Urban Audit“-Datenbank von EUROSTAT. Diese beinhaltet Daten zu Städten und zu den entsprechenden räumlich weiter gefassten Stadtregionen. Da für die standortwettbewerbliche Positionierung eines Finanzplatzes nicht nur die Standortausrüstung auf der lokalen Ebene, sondern auch die im jeweiligen regionalen Umfeld von Relevanz ist, wurden bei den betreffenden Standortfaktoren sowohl die Daten auf der städtischen als auf der stadtreionalen Ebene berücksichtigt. Für den Finanzplatz Stuttgart implizierte dies, dass nicht ganz Baden-Württemberg, sondern nur der Raum Stuttgart, und zwar als Stadt(kreis) Stuttgart und die Stadtregion Stuttgart, herangezogen wurde, wobei Letztere auch die den Stadtkreis Stuttgart umgebenden Nachbarkreise mit einschließt. In diesem Zusammenhang bestand allerdings das Problem, dass sich Stuttgart an der letzten „Urban Audit“-Runde von EUROSTAT nicht beteiligt hatte, so dass die Daten für die Stadt und die Stadtregion auf der Basis einer Reihe von amtlichen deutschen Datenquellen erst noch „kreiert“ werden mussten. Die Vergleichbarkeit der so gewonnenen Stuttgarter Daten mit den EUROSTAT-Daten zu anderen Finanzplätzen ist aber dadurch sichergestellt, dass die Modalitäten der Datenaufbereitung mit dem Amt für Statistik der Stadt Frankfurt abgestimmt wurden, das für die deutschen Urban Audit-Daten die fachliche Federführung innehat.

Für den Standortvergleich auf europäischer Ebene standen bei den einzelnen Indikatoren entsprechende Urban Audit-Daten nicht durchweg für alle Finanzplätze bzw. deren statistische Raumeinheiten, d.h. Städte bzw. Stadtregionen, zur Verfügung. Mitunter lagen aufgrund fehlender Meldungen Standortdaten nur zu wenigen Finanzplätzen vor, so dass der europäische Finanzplatzvergleich über die verschiedenen Standortindikatoren hinweg nicht

---

<sup>9</sup> An dieser Stelle sei noch einmal explizit darauf hingewiesen, dass die für den Finanzsektor relevanten Standortfaktoren sich zum Teil erheblich von denjenigen unterscheiden, die für Industrieunternehmen von Interesse sind. Vgl. zu Letzteren Krumm/Rosemann/Strotmann (2007).

einheitlich breit angelegt ist. Zudem gab es eine Reihe von für Finanzplätze relevanten Standortfaktoren, zu denen europäische Vergleichsdaten überhaupt nicht vorlagen. Für diesen Fall musste sich der Standortvergleich auf eine Gegenüberstellung zwischen den deutschen Finanzplätzen beschränken. Auch hier wurde eine Differenzierung in Stadt- und Stadtregionsebene vorgenommen. Dazu standen recht zeitnahe Daten aus verschiedenen deutschen Datenquellen zur Verfügung. Bei den für den Vergleich auf der europäischen Ebene verwendeten aktuellsten Urban Audit-Daten von EUROSTAT handelt es sich dagegen um statistische Angaben, die sich auf den Zeitraum von 1999 bis 2003 beziehen.

#### 4.1 Immobilienpreise und Lebenshaltungskosten

Ein auch für die Finanzbranche sehr relevanter Standortfaktor sind die Immobilienpreise. Dies sind zunächst die Preise für Bauland. Diese betreffen zum einen die Preise für Grundstücke zur Errichtung von Bürogebäuden der Unternehmen, zum anderen aber auch die Preise für Wohnbaugrundstücke für die Mitarbeiter der Finanzdienstleister.

Tabelle 11: Baulandpreise im Stadtkreis bzw. der Stadtregion der Finanzplätze (in Euro pro Quadratmeter), 2002 - 2004

	Baulandpreise im betreffenden Stadtkreis	Baulandpreise in der betreffenden Stadtregion
Stuttgart	585	291 – 585
Düsseldorf	336	177 – 336
Frankfurt/M.	777	147 – 777
München	908	337 – 908

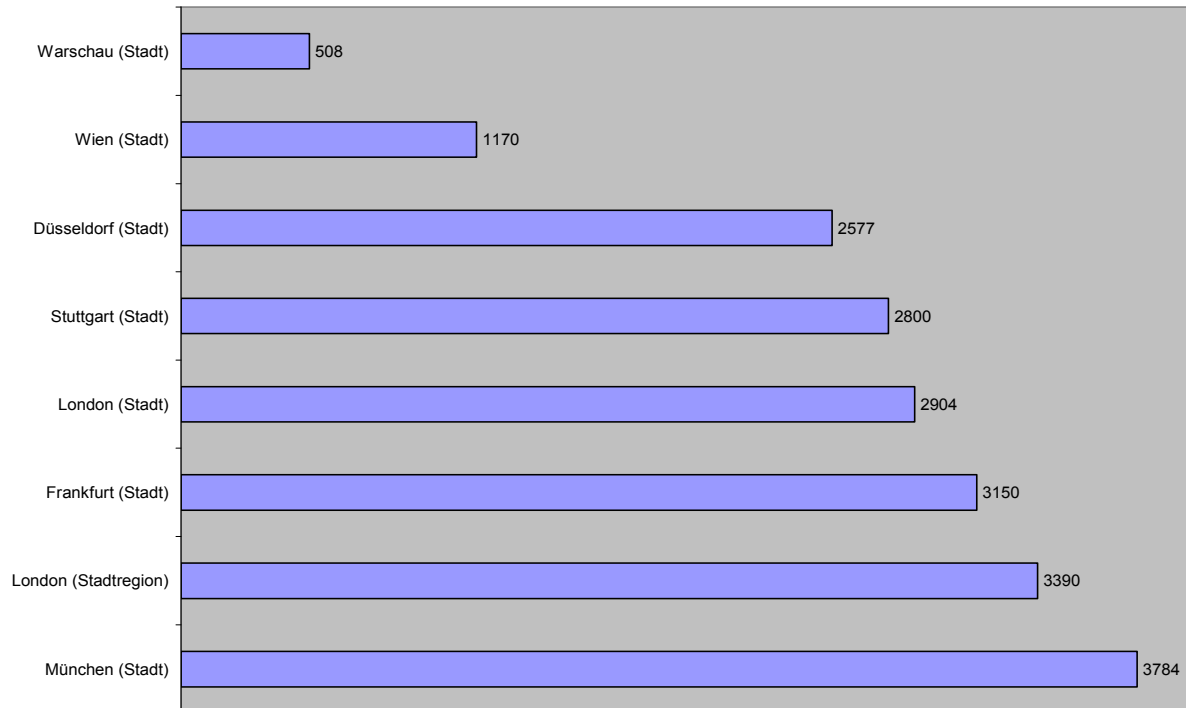
Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, IAW-Berechnungen

Zu den Baulandpreisen standen keine europäischen Daten zur Verfügung, so dass sich der Vergleich zwischen den Finanzplätzen auf die deutsche Ebene beschränken muss. Stellt man für die Finanzplätze jeweils nur auf das Gebiet des betreffenden Stadtkreises und damit auf das eigentliche räumliche Zentrum eines Finanzplatzes ab, dann kommt der Finanzplatz Stuttgart mit einem Baulandpreis von 585 Euro pro Quadratmeter auf das zweitniedrigste Preisniveau der vier hier betrachteten deutschen Finanzplätze. Bezieht man allerdings die Baulandpreise der Nachbarkreise der jeweiligen „zentralen“ Stadtkreise mit ein („Stadtregion“), dann ergibt sich ein differenziertes Bild. Die in der Tendenz niedrigsten Baulandpreise ergeben sich bei dieser räumlichen Abgrenzung für den Finanzplatz Düsseldorf. Es folgen die Finanzplätze Stuttgart und Frankfurt, wobei die Stadtregion Frankfurt eine recht große Spreizung zwischen dem zentralen Stadtkreis und seinen umliegenden Kreisen aufweist. Dies gilt auch für den Finanzplatz München, der insgesamt jedoch auf die höchsten Baulandpreise kommt. In Bezug auf die Baulandpreise ergibt sich für den Finanzplatz Stuttgart allenfalls ein geringer Standortvorteil gegenüber den anderen deutschen Finanzplätzen.

Eng verknüpft mit den soeben behandelten Grundstückspreisen für Bauland sind die Kosten für ein Wohnhaus. Dies betrifft unmittelbar zwar nur die Mitarbeiter von Unternehmen, aufgrund der hohen Mobilität zumindest eines Teils der Belegschaft von Finanzdienstleistern ist

dies damit aber indirekt auch ein nicht zu vernachlässigender Standortfaktor für die Unternehmensebene selbst. Zu diesem Indikator liegen nun zwar entsprechende „Urban Audit“-Daten von EUROSTAT vor, jedoch nur für einen kleinen Teil der europäischen Finanzplätze, so dass sich ein eher unvollständiges Bild ergibt (vgl. Abbildung 13).

Abbildung 13: Kaufpreis für ein Ein- und Zweifamilienhaus (in Euro pro Quadratmeter), 1999 - 2003



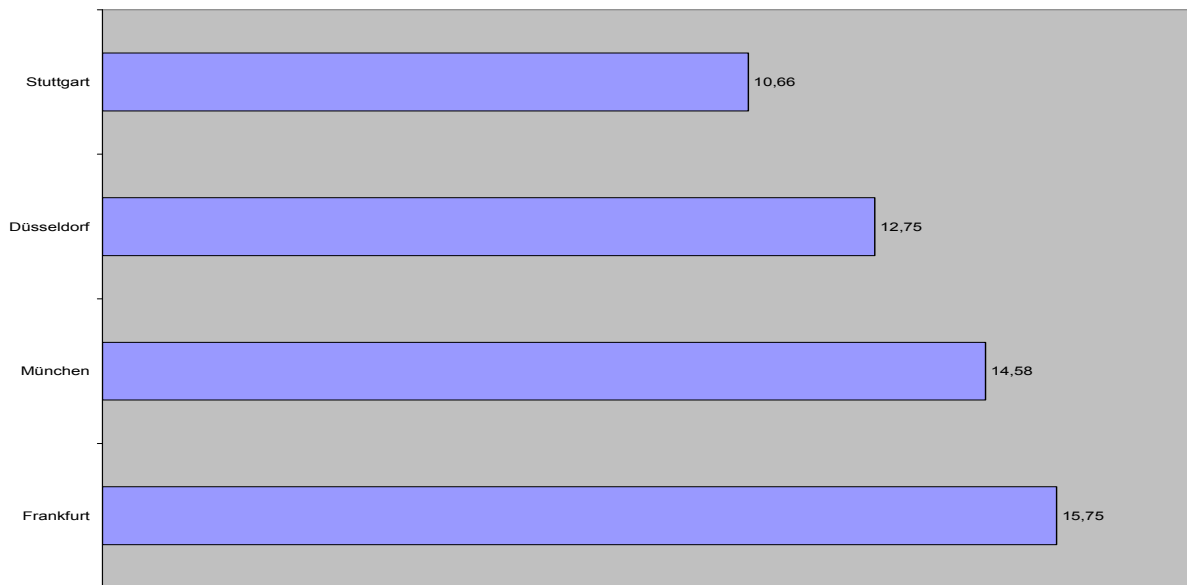
Quelle: EUROSTAT (Urban Audit-Datenbank), Gutachterausschuss Stadt Stuttgart (nachrichtlich), IAW-Darstellung

Dabei zeigt sich, dass am Finanzplatz Stuttgart mit einem Kaufpreis für ein Haus von 2.800 Euro pro Quadratmeter ein mittleres Preisniveau gegeben ist. Standortvorteile ergeben sich für den Finanzplatz Stuttgart nicht nur gegenüber Frankfurt und München, sondern auch gegenüber dem Finanzplatz London. Bemerkenswert ist der deutliche Kostennachteil Münchens auch gegenüber dem sehr erfolgreichen und extrem verdichteten Finanzzentrum London. Der große Kostenvorteil des in rascher Entwicklung befindlichen Finanzplatzes Warschau dürfte sich zwischenzeitlich zumindest teilweise abgebaut haben.<sup>10</sup>

Als Standortfaktor sind nicht nur die Kaufpreise von Immobilien von Bedeutung, sondern auch die entsprechenden Mietpreise. Aus Sicht der Unternehmen sind dies zunächst einmal die Mieten für Büroräume. Abbildung 14 zeigt, dass am Finanzplatz Stuttgart (auf der Stadtkreisebene) mit einer Büromiete von 10,66 Euro pro Quadratmeter und Monat die Kosten für die Miete von Büroräumen niedriger sind als an den anderen drei deutschen Finanzplätzen. Dies stellt einen gewissen Standortvorteil für den Finanzplatz Stuttgart dar.

<sup>10</sup> Für Warschau ist seit 2004 ein starkes Wachstum der Häuserpreise zu beobachten, das in 2005 und 2006 jeweils weit über 20% lag. Vgl. Ball (2007).

Abbildung 14: Büromieten an den Finanzplätzen auf der Stadtkreisebene (in Euro pro Quadratmeter und Monat), 1. Halbjahr 2006 und 2007



Quelle: Colliers Property Partners: City Survey Büromarktbericht Deutschland, Quartalsdaten II. Quartal 2007 – Analysen, Prognosen, Projekte (2007), IAW-Berechnungen

Für die Mitarbeiter der Unternehmen sind dagegen die Wohnungsmieten relevant. Hierzu liegen für die innerdeutsche Ebene Daten zu so genannten Angebotsmieten vor (vgl. Tabelle 12).<sup>11</sup> Bei den entsprechenden Wohnungsmieten im zentralen Stadtkreis der Finanzplätze kommt Stuttgart mit einem Mietpreis von 8,57 Euro pro Quadratmeter und Monat auf Rang 2 der deutschen Finanzplätze.

Tabelle 12: „Angebotswohnmieten (nettokalt)“ an den Finanzplätzen (in Euro pro Quadratmeter und Monat), 2003 - 2005

	Angebotswohnmieten im betreffenden Stadtkreis	Angebotswohnmieten in der betreffenden Stadtregion
Stuttgart	8,57	7,08 – 8,57
Düsseldorf	7,60	4,71 – 7,60
Frankfurt/M.	9,24	6,37 – 9,24
München	10,71	8,51 – 10,71

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR-Wohnungsmarktbeobachtungssystem) (nachrichtlich), IAW-Berechnungen

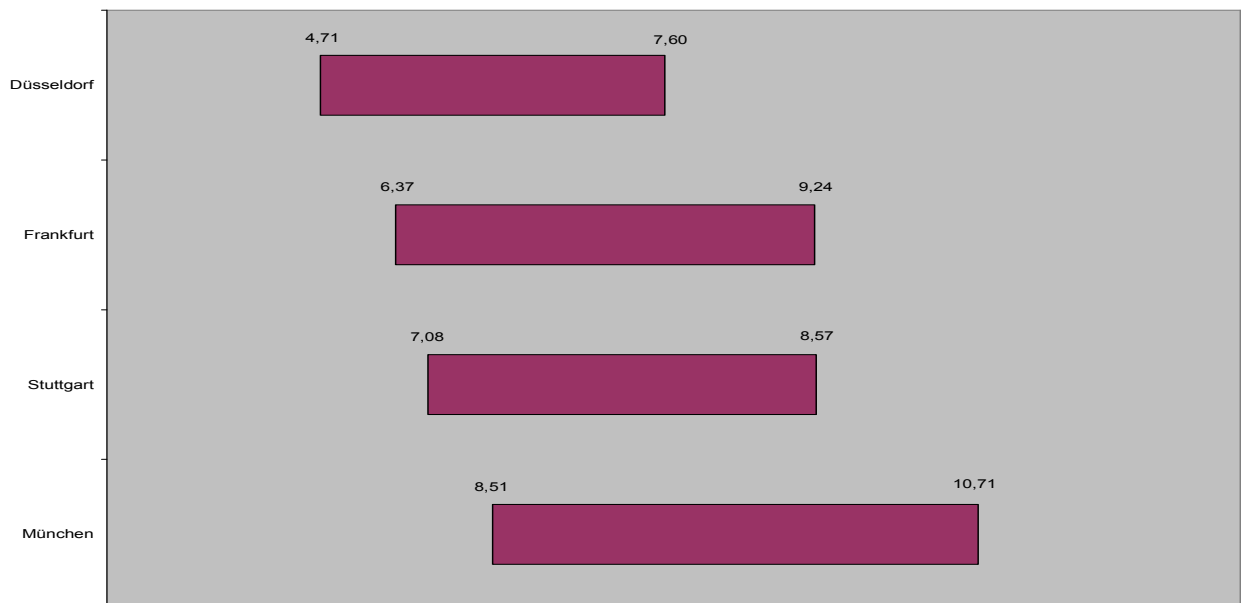
Wird nun aber auch das Mietpreisniveau der um den zentralen Stadtkreis des Finanzplatzes liegenden Nachbarkreise in den Vergleich mit einbezogen und damit auf die Stadtregion abgestellt, dann fällt das Ergebnis nicht mehr ganz so eindeutig aus, da es nun zwischen den Finanzplätzen zu wertmäßigen „Überlappungen“ kommt. Ordnet man dem Finanzplatz Düsseldorf den billigsten und dem Finanzplatz München den teuersten Rang zu, weil Ersterer bei den Kreis-Minima und -Maxima der Stadtregion jeweils den niedrigsten und Letzterer jeweils

<sup>11</sup> Die hier aufgeführten „Angebotsmieten“ stammen aus Daten des „Wohnungsmarktbeobachtungssystems“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Bei den Angebotsmieten handelt sich um Mietpreise für Wohnungen gemäß den Mietangeboten in Tageszeitungen und großen Internetangeboten. D.h., die tatsächlichen Mietabschlüsse könnten etwas niedriger als die genannten Angebotsmieten ausfallen. Mit Hilfe verschiedener Filter wurden die betreffenden Mietpreise vom BBR in Nettokaltmieten transformiert.

den höchsten Wert aufweist, dann bleibt für die Finanzplätze Stuttgart und Frankfurt eine mittlere Position, wobei in Frankfurt die Spannweite zwischen den Kreiswerten für die Wohnungsmiete ausgeprägter ist als in Stuttgart. Insgesamt gesehen lässt sich für den Finanzplatz Stuttgart aus dem Mietpreisniveau für Wohnungen weder ein Standortvorteil, noch ein Standortnachteil ableiten.

Die Wohnungsmieten werden mitunter auch als Indikator für die jeweiligen Lebenshaltungskosten herangezogen. Dies ist im vorliegenden Fall jedoch allein schon deshalb mit großer Skepsis zu sehen, da bei den hier angeführten Wohnungsmieten der einzelnen Finanzplätze recht große Spannweiten gegeben sind (vgl. Abbildung 15). So liegt zum Beispiel im Fall des Finanzplatzes Düsseldorf das niedrigste in einem Nachbarkreis festzustellende Mietniveau um nicht weniger als 38 % unter dem Niveau des zentralen Stadtkreises. Insofern soll davon Abstand genommen werden, aus dem an den Finanzplätzen gegebenem Mietpreisniveau irgendwelche Rückschlüsse auf die dortigen Lebenshaltungskosten zu ziehen.

Abbildung 15: Spannweiten der „Angebotswohnmieten (nettokalt)“ zwischen den Kreisen der Stadtregion der einzelnen Finanzplätze (in Euro pro Quadratmeter und Monat), 2003 - 2005



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR-Wohnungsmarktbeobachtungssystem) (nachrichtlich), IAW-Berechnungen

Anderweitige Daten, welche die Lebenshaltungskosten an den verschiedenen Finanzplätzen in geeigneter Weise abbilden, liegen nicht vor.<sup>12</sup> Man könnte in diesem Zusammenhang zwar versucht sein, für einen europäischen Standortvergleich die auf nationaler Ebene erhobenen „Preisindizes für die Lebenshaltung“ heranzuziehen. Diese sind jedoch für den vorliegenden Zweck insoweit ungeeignet, als die Lebenshaltungskosten an Finanzplätzen auf-

<sup>12</sup> Es gibt zwar Literatur, welche die Lebenshaltungskosten wichtiger Wirtschaftsmetropolen aus der Perspektive des angelsächsischen „Expatriates“ beschreibt, um so international tätigen Unternehmen des englischen Sprachraums eine Entscheidungsunterstützung bei der Verlagerung von Mitarbeitern an andere Standorte zu liefern. Unabhängig von der Frage nach der Validität entsprechender Daten wurde an dieser Stelle auf die Berücksichtigung solcher Kostenabschätzungen allein schon deshalb verzichtet, weil zum Standort Stuttgart keine entsprechenden Vergleichsdaten vorliegen.

grund des Metropolencharakters der Finanzzentren typischerweise stark vom jeweiligen nationalen Durchschnitt abweichen dürften.<sup>13</sup>

## 4.2 Infrastrukturelle Ausstattung

Für Finanzdienstleistungsunternehmen ist die Anbindung an den Flug- und Fernstraßenverkehr ein wichtiger Standortfaktor. Dies gilt für die Unternehmensebene nicht nur in direkter, sondern auch in indirekter Weise. Letzteres betrifft die privaten Mobilitätsansprüche der Mitarbeiter von Finanzdienstleistern. Ein Vergleich zwischen den Finanzplätzen muss sich in diesem Zusammenhang allerdings auf den innerdeutschen Bereich beschränken, da zur verkehrsinfrastrukturellen Ausstattung keine adäquaten europäischen Daten vorliegen. In Zeiten der Globalisierung ist dabei die Anbindung an den internationalen Flugverkehr von besonderem Interesse. Stellt man auf den Indikator „Reisezeit bis zum nächsten internationalen Verkehrsflughafen“ ab, dann zeigt sich für den Finanzplatz Stuttgart mit einer Pkw-Fahrtzeit von 17 Minuten kein nennenswerter Rückstand gegenüber Düsseldorf, während Frankfurt gleichauf liegt. Lediglich München fällt mit einer Fahrdauer von 31 Minuten deutlich ab.

Tabelle 13: Verkehrsinfrastrukturelle Anbindung von Finanzplätzen

	Pkw-Fahrtzeit zum nächsten internationalen Verkehrsflughafen (2004)		Anzahl der Flugziele vom nächsten internationalen Verkehrsflughafen (2007)		Pkw-Fahrtzeit zur nächsten Bundesautobahnanschlussstelle (2006)	
	in Minuten	Rang	Anzahl	Rang	in Minuten	Rang
Düsseldorf	12	1	179	3	9	3
Frankfurt	17	2	307	1	6	1
Stuttgart	17	2	111	4	15	4
München	31	4	196	2	8	2

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Homepage der jeweiligen Flughäfen, IAW-Zusammenstellung

Von noch größerer Bedeutung dürfte die Anzahl der Flugziele sein, die vom jeweiligen Flughafen aus erreichbar ist.<sup>14</sup> Hier nimmt Frankfurt mit circa 307 Destinationen eine uneingeschränkte Spitzenstellung ein. Es folgen München (196) und Düsseldorf (179), während Stuttgart mit nur 111 Destinationen deutlich abfällt.<sup>15</sup> In dieser Hinsicht ist ein deutlicher Wettbewerbsvorteil für Frankfurt auszumachen. Allerdings lassen sich die meisten wichtigen europäischen Destinationen von allen vier Flughäfen aus gut erreichen. Die Rolle des Frankfurter Flughafens vor allem im interkontinentalen Flugverkehr ist derart herausgehoben, dass für Düsseldorf und Stuttgart die relative Nähe und Schnellzugverbindung zum Frankfurter Flughafen (Stuttgart 71 Minuten, Düsseldorf 72 Minuten) ein zusätzliches Plus auch für diese Finanzplätze darstellen kann.

<sup>13</sup> In einigen Ländern werden entsprechende Preisindizes auch für die staatliche Zwischenebene (in Deutschland auf der Ebene der Bundesländer) erhoben. Diese sind für die zugehörigen Finanzplätze aufgrund des Metropolenaspekts allerdings genauso wenig repräsentativ.

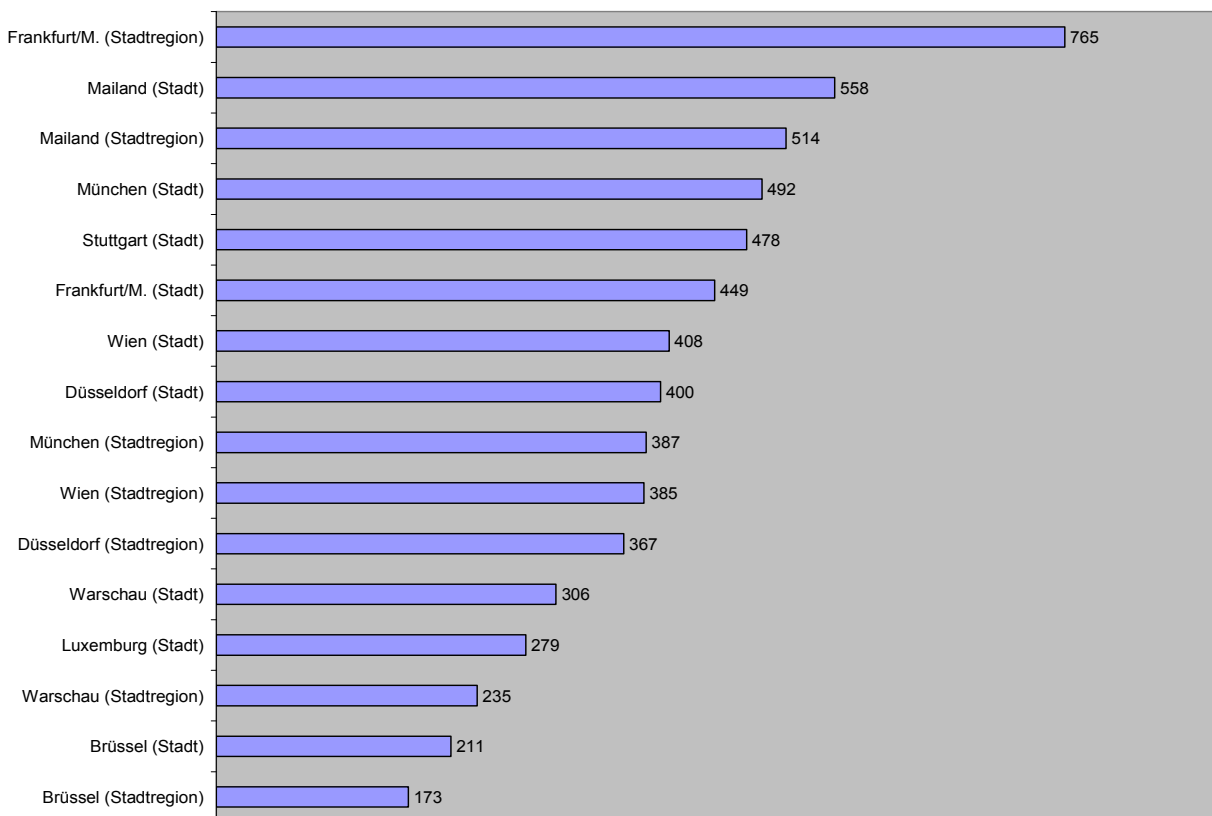
<sup>14</sup> Die Angaben sind den Webseiten der jeweiligen Flughäfen entnommen. Das relative Gewicht des Frankfurter Flughafens als Business-Airport dürfte tatsächlich noch größer ausfallen, da die wichtigen europäischen Ziele in dichter Frequenz angefliegen werden, so London 26 mal am Tag, Paris 19 mal.

<sup>15</sup> Düsseldorf als wichtiger Standort für „Ferienflieger“ dürfte aus der Perspektive einer Finanzplatzstudie hier etwas zu günstig wegkommen.

Als eher unbedeutend sind die Unterschiede in der Pkw-Fahrtzeit zur nächsten Autobahn-Anschlussstelle einzustufen, da die Differenzen im Bereich von nur wenigen Minuten liegen. Letztlich sind alle wichtigen deutschen Finanzplätze gut an das Autobahnnetz angeschlossen. Insofern lassen sich aus dieser Kennziffer zur verkehrsinfrastrukturellen Anbindung kaum Standortvor- oder -nachteile zwischen den hier betrachteten Finanzplätzen ableiten. Unterschiede könnten sich hinsichtlich der tatsächlichen Fahrzeiten ergeben, auf die der mehr oder weniger gute Ausbau der Autobahnen in den jeweiligen Regionen und der daraus folgende Grad der Verstopfung der Verkehrswege Einfluss nähme. Die Ermittlung solcher Angaben liegt jedoch außerhalb des Spektrums der vorliegenden Untersuchung.

Für Arbeitnehmer wird das Kinderbetreuungsangebot ein zunehmend wichtiger Standortfaktor. Dies gilt auch für die Mitarbeiter von Finanzdienstleistungsunternehmen, so dass dieser Standortaspekt im Konkurrenzkampf um mobile Arbeitskräfte immer relevanter wird. Zum Kinderbetreuungsangebot liegen europäische Vergleichsdaten vor, die auf die Frage abstellen, für welchen Anteil der Kinder ein Platz in einer Kindertagesstätte zur Verfügung steht.<sup>16</sup>

Abbildung 16: Kinder im Alter von bis zu 4 Jahren in Kindertagesstätten pro 1.000 Kinder gleichen Alters, 1999-2003



Quelle: EUROSTAT (Urban Audit-Datenbank), Stadt Stuttgart (nachrichtlich), IAW-Berechnungen

<sup>16</sup> Streng genommen handelt es sich hierbei nicht um eine echte so genannte „Platz-Kind-Relation“, da die betreffende Urban Audit-Statistik von EUROSTAT nur die tatsächlich belegten Kindertagesstättenplätze erfasst. Da die nicht-belegten Plätze nicht einbezogen werden, ergibt sich eine systematische Untererfassung des Kinderbetreuungsangebots, die für die einzelnen Finanzplätze jedoch unterschiedlich hoch ausfallen kann, was mögliche Verzerrungen impliziert. Tatsächlich dürfte die Quote der Nichtauslastung vorhandener Plätze in den Stadtzentren wichtiger Finanzplätze aber sehr gering ausfallen.

Abbildung 16 zeigt, dass am Finanzplatz Stuttgart bei den Kindern im Alter von bis zu vier Jahren 47,8% mit einem Platz in einer Kindertageseinrichtung versorgt sind. Dies stellt im Vergleich zu den konkurrierenden europäischen Finanzplätzen ein relativ gutes Kinderbetreuungsangebot dar.

### 4.3 Steuer- und Abgabenbelastung

Ein wichtiger Standortfaktor für Finanzdienstleistungsunternehmen und damit ein Indikator für die steuerliche Attraktivität eines Finanzplatzes ist die dortige Steuer- und Abgabenbelastung. Dies betrifft nicht nur die Abgabenbelastung der Finanzdienstleistungsunternehmen, sondern schließt auch die ihrer Mitarbeiter und Kunden mit ein. In diesem Zusammenhang ergibt sich jedoch das Problem, dass es einen aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht eindeutigen Indikator für die Messung der Steuer- und Abgabenlast nicht gibt. Insofern sollen im Folgenden mehrere Indikatoren eruiert werden, auch wenn sich diese inhaltlich bis zu einem gewissen Grad „überschneiden“. Der Grund für die Betrachtung mehrerer Kennziffern liegt darin, dass jeder dieser Indikatoren spezifische Vor- und Nachteile aufweist, die es zu berücksichtigen gilt.

Ein mitunter verwendeter, wenn auch recht umstrittener Indikator zur Messung der Belastung mit Steuern ist die so genannte Steuerquote. Diese weist für die einzelnen Länder den Anteil der insgesamt gezahlten Steuern am Bruttoinlandsprodukt aus. Würde man diese Kennziffer für einen internationalen Standortvergleich heranziehen, dann wäre daraus für die deutschen Finanzplätze nach Warschau (bzw. Polen) die zweitniedrigste Steuerbelastung unter den hier betrachteten europäischen Finanzplätzen ableitbar.<sup>17</sup> Dabei ist jedoch zu bedenken, dass die Herstellung eines Zusammenhangs zwischen der Steuer- bzw. Abgabenlast auf der einen Seite und dem Bruttoinlandsprodukt auf der anderen Seite für den vorliegenden Kontext nicht angemessen ist. Damit ist aber die Ableitung einer zwischenstaatlichen standortwettbewerblichen Positionierung aus der Steuerquote nicht möglich ist. Dies gilt in analoger Weise auch für die weiter gefasste Abgabenquote, die zusätzlich zu den Steuern auch noch die Sozialabgaben mit einbezieht. In diesem Zusammenhang stellt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2003) nämlich fest, dass entsprechende gesamtwirtschaftliche Belastungskennziffern Steuern bzw. Abgaben zusammenfassen, die auf ganz unterschiedliche ökonomische Sachverhalte wirken. So beeinflussen indirekte Steuern primär die Konsumentscheidungen, Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge vor allem das Arbeitsangebot und die Arbeitsnachfrage, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer die Investitions- und Standortentscheidungen. Wirkungsanalytisch macht es also keinen Sinn, diese Steuern zusammenzufassen. Vielmehr sollten die entsprechenden Steuern auf die jeweilige Bemessungsgrundlage bezogen werden, d.h. auf die Konsumausgaben, die Lohnsumme bzw. die unternehmerischen Gewinne, nicht aber auf aggregierte Maßgrößen wie das Bruttoinlandsprodukt. Anstatt also für einen zwischenstaatlichen Standortvergleich die Höhe der allgemeinen Steuerlast heranzuziehen und diese auf das Bruttoin-

---

<sup>17</sup> Zur Höhe der Steuerquoten nach OECD-Abgrenzungsmerkmalen, vgl. Bundesministerium der Finanzen (2006).

landsprodukt zu beziehen, müsse die steuerliche Belastung der Unternehmen verglichen werden – nur dieses Segment aus der Gesamtsteuerlast sei für den internationalen Standortwettbewerb von unmittelbarem Interesse (vgl. Krumm/Strotmann 2004).

Will man die in den einzelnen Ländern bzw. an den Finanzplätzen unterschiedlicher Länder von den Unternehmen zu tragende Steuerlast miteinander vergleichen, dann ist ein Vergleich auf der Basis nominaler Steuersätze wenig aussagekräftig, da sich die Effektivbelastung einer wirtschaftlichen Aktivität immer aus dem Produkt zweier Faktoren ergibt: der steuerlichen Bemessungsgrundlage und dem hierauf anzuwendenden Steuersatz. Ein internationaler Vergleich der effektiven Steuerbelastung erfasst also nicht nur zwischenstaatliche Unterschiede bei den nominalen Steuersätzen, sondern auch Divergenzen im Hinblick auf die Breite der Steuerbemessungsgrundlage, wie sie sich aus unterschiedlich hohen Freibeträgen, Abschreibungsmöglichkeiten etc. ergeben können. Vor diesem Hintergrund wird beim Vergleich der Steuerbelastung zwischen den europäischen Finanzplätzen auf so genannte „Effektive Steuerlastvergleiche“ abgestellt, deren Ergebnisse allerdings, da sie auf Modellrechnungen beruhen, auch von den jeweils gewählten Prämissen abhängen.

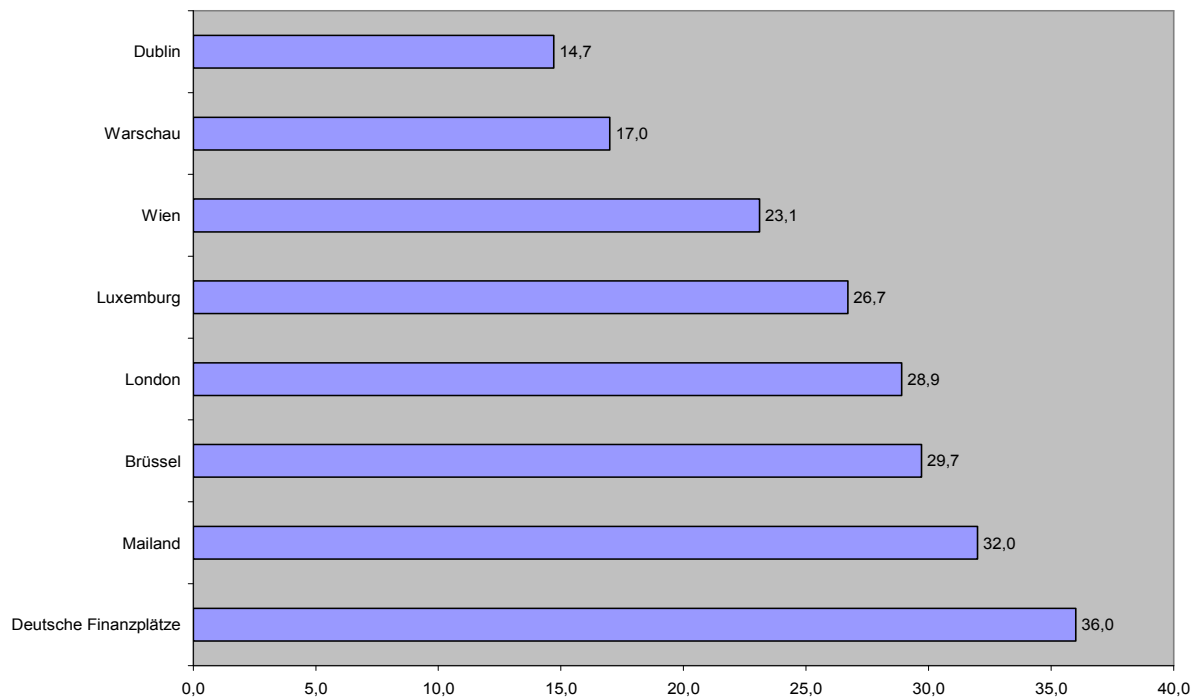
Ein Steuerlastvergleich zwischen Ländern, und damit auch zwischen den Finanzplätzen unterschiedlicher Länder, kann beispielsweise über die Messung der Effektiven Durchschnittssteuerbelastung (EATR) auf Unternehmensebene erfolgen, wie sie durch das ZEW vorgenommen wird. In die entsprechenden Berechnungen gehen alle belastungsrelevanten Ertrags- und Substanzsteuern ein. Der Ansatz berücksichtigt neben sämtlichen Steuertarifen auch die Breite der Bemessungsgrundlage, die unter anderem von den Abschreibungsmöglichkeiten mitbestimmt wird. Bei der Berechnung der Steuerlast wird eine bestimmte Modellinvestition eines Unternehmens in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft unterstellt. Für die europäischen Finanzplätze bzw. die betreffenden Länder ergaben sich die in Abbildung 17 angeführten effektiven Durchschnittssteuersätze auf Unternehmensgewinne von Kapitalgesellschaften:<sup>18</sup>

Es zeigt sich, dass die Rendite eines modellhaften Investitionsprojekts in Deutschland und damit auch an den deutschen Finanzplätzen durch die Besteuerung um 36,0% gekürzt wird. Dies ist die höchste effektive Steuerbelastung im Vergleich der europäischen Finanzplätze. Insofern haben der Finanzplatz Stuttgart und die anderen deutschen Finanzplätze in Bezug auf die Steuerbelastung von Unternehmensgewinnen gegenüber ihren europäischen Konkurrenten Standortnachteile.

---

<sup>18</sup> Für die Schweiz und damit den Finanzplatz Zürich liegen keine entsprechenden Daten vor. Vergleiche auf der Basis ähnlicher Steuerlastkennziffern zeigen jedoch, dass die Steuerbelastung in der Schweiz (und damit auch am Finanzplatz Zürich) niedriger ist als in Deutschland bzw. an den deutschen Finanzplätzen.

Abbildung 17: Effektive Durchschnittssteuersätze (EATR) auf Unternehmensgewinne, 2005



Quelle: Overesch (2005), IAW-Darstellung

Der Vollständigkeit halber soll an dieser Stelle auch noch kurz auf die EMTR-Kennziffer eingegangen werden, die statt auf den Durchschnittsteuersatz auf den marginalen Steuersatz abstellt. Auch hier zeigt sich, dass für die deutschen Finanzplätze im Vergleich zu ihren hier in die Analyse einbezogenen europäischen Konkurrenten die höchste Steuerbelastung vorliegt.<sup>19</sup> Dies bestätigt die bereits anhand der EATR-Steuerkennziffer festgestellte Tatsache, dass in Sachen Steuerlast für deutsche Finanzplätze ein klarer Standortnachteil vorliegt.

Die für den zwischenstaatlichen Steuerlastvergleich von Unternehmen herangezogenen Steuerkennziffern schließen für Deutschland auch die Belastung der Unternehmen mit der Gewerbesteuer ein. In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, dass die Gewerbesteuerlast bundesweit nicht gleich hoch ausfällt, da die deutschen Kommunen bei der Gewerbesteuer ein so genanntes Hebesatzrecht haben. Damit wird der unternehmerische Gewerbeertrag in den einzelnen Kommunen und damit auch an den einzelnen Finanzplätzen mit unterschiedlich hohen Hebesätzen belegt.<sup>20</sup> Die nachstehende Tabelle 14 zeigt die durch die Kommunen 2005 festgesetzten Gewerbesteuerhebesätze an den betreffenden deutschen Finanzplätzen.<sup>21</sup>

<sup>19</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen in Overesch (2005).

<sup>20</sup> Die Gewerbesteuer belastet, da sie nur noch in Form der Gewerbeertragsteuer erhoben wird, im Prinzip nur den Gewinn der Unternehmen. Früher wurde dagegen im Rahmen der Gewerbesteuer auch noch eine Lohnsummensteuer (bis 1979) und eine Gewerkekapitalsteuer (bis 1997) erhoben, so dass von der Besteuerung damals auch gewinnunabhängige Tatbestände betroffen waren. Vgl. Zimmermann (1999), S. 183.

<sup>21</sup> Da die Gewerbesteuerhebesätze von den Kommunen festgelegt werden, wäre die Einbeziehung der von den Kommunen der Umlandkreise festgelegten Hebesätze ein unverhältnismäßiger Aufwand. Dies gilt um so mehr, als in einem entsprechenden Fall für die Hebesätze ohnehin nur eine Spannweite angegeben werden könnte, da eine Verdichtung der Gewerbesteuerhebesätze auf einen repräsentativen Stadtregionswert mangels geeigneter kommunaler Gewichtungsfaktoren nicht möglich wäre.

Tabelle 14: Gewerbesteuerhebesätze an deutschen Finanzplätzen (Stadtebene), 2005

	Hebesatzniveau	Rang
Stuttgart	420	1
Düsseldorf	450	2
Frankfurt/M.	490	3
München	490	3

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (nachrichtlich), IAW-Zusammenstellung

Danach ist der am Finanzplatz Stuttgart relevante Satz in Höhe von 420 der niedrigste unter den vier in den Vergleich einbezogenen deutschen Finanzplätze. Die Steuerlast für die in Stuttgart angesiedelten Finanzdienstleistungsunternehmen liegt ein Fünftel (6,7%) unter der von Düsseldorf und ein Siebtel (14,3%) unter der von Frankfurt und München. Diese geringere steuerliche Belastung des Gewerbeertrags stellt einen kleinen Standortvorteil für den Finanzplatz Stuttgart dar.

In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, dass für Einzelunternehmer und die Gesellschafter von Personengesellschaften im Falle relativ niedriger Hebesätze eine volle Absetzbarkeit der Gewerbesteuerschuld von der Einkommensteuer erreicht wird (vgl. Scheffler 2006). Die Hebesätze der hier betrachteten Finanzplätze bzw. Städte übersteigen jedoch den entsprechenden bisherigen Schwellenwert, so dass selbst für solche Finanzdienstleister, die als Einzelunternehmen oder Personengesellschaft organisiert sind, der Gewerbesteuerhebesatz auch weiterhin einen wichtigen Standortfaktor darstellt. Für Finanzdienstleistungsunternehmen in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft gilt dies ohnehin, und zwar in stärkerem Maße als für die anderen Unternehmensformen.

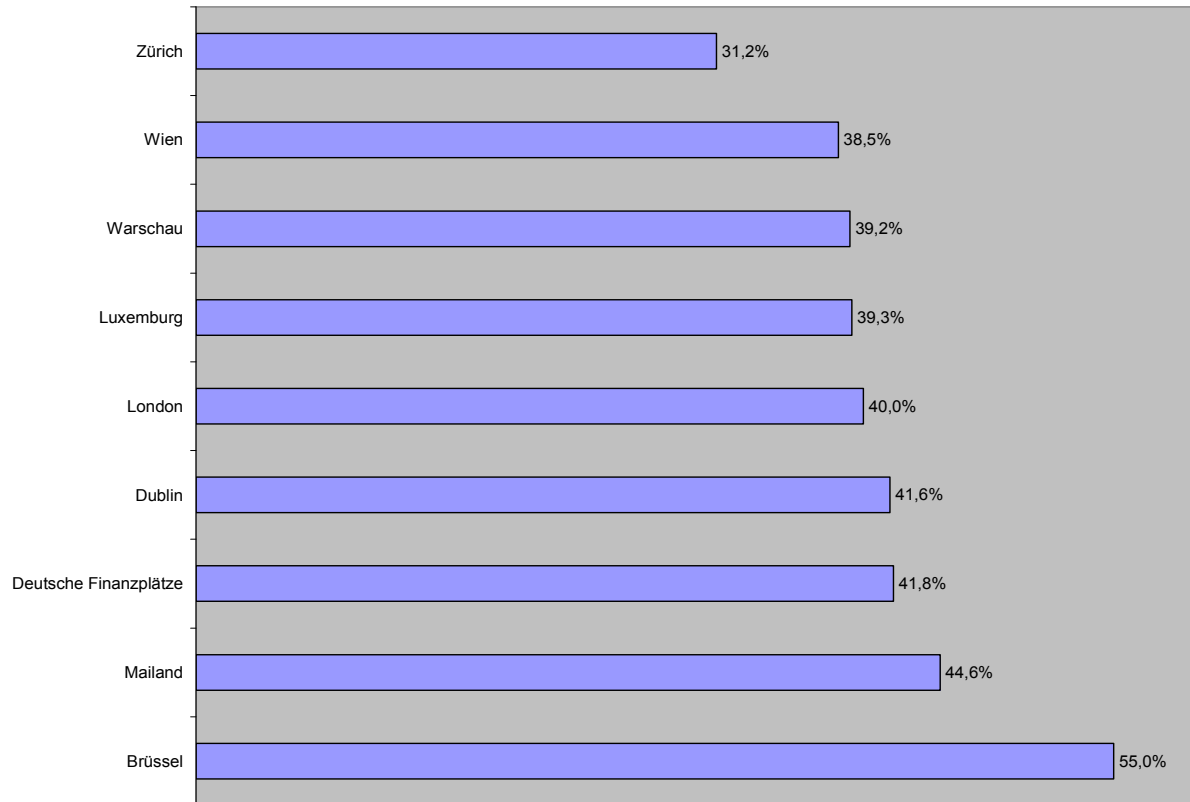
Interessant in Zusammenhang mit der Abgabenlast ist auch die Frage, welche steuer- bzw. abgabeninduzierten Arbeitskosten für hochqualifizierte Beschäftigte an den einzelnen europäischen Finanzplätzen bzw. in den betreffenden europäischen Ländern anfallen. Informationen dazu ergeben sich aus dem IBC Taxation Index für „Highly Qualified Manpower“.<sup>22</sup> Hinter diesem Konzept steht die Vorstellung, dass die Unternehmen um hochqualifizierte Arbeitskräfte konkurrieren und diese für die Steuern auf Arbeitseinkommen und steuerähnliche Sozialabgaben kompensieren müssen. Folglich wird die Steuerlast in den verschiedenen Ländern für ein bestimmtes vorgegebenes „verfügbares Einkommen“ (d.h. Einkommen nach Steuern) verglichen, welches der Beschäftigte an allen Standorten erhalten kann. Der Aspekt der Abgabenbelastung für hochqualifizierte Mitarbeiter ist gerade auch für die international mobilen Spitzenkräfte im Finanzsektor von besonderer Relevanz.

Beim IBC Taxation Index 2005 wird für Deutschland gemäß Modellrechnung davon ausgegangen, dass bei einem Unternehmen etwa 171.800 Euro an Arbeitskosten aufgewendet werden müssen, um einem Mitarbeiter ein „verfügbares Einkommen“ von 100.000 Euro garantieren zu können. Dabei wird unterstellt, dass in Deutschland für einen entsprechenden

<sup>22</sup> Vgl. IBC Taxation Index 2005. Effektive Tax Burden of Companies and on Highly Qualified Manpower (Report for the „IBC BAK International Benchmark Club“. Executive Summary), Basel and Mannheim, December 2005.

Arbeitnehmer ein Abgabensatz (Steuer auf Arbeitseinkommen und steuerähnliche Sozialabgaben) von 41,8% anzusetzen ist.<sup>23</sup>

Abb. 18: Abgabensätze für „Highly Qualified Manpower“ gemäß IBC Taxation Index 2005



Quelle: IBC Taxation Index 2005, IAW-Darstellung

Der durch die betreffenden Modellrechnungen für die deutschen Finanzplätze ermittelte Abgabensatz für hoch qualifizierte Mitarbeiter von 41,8% liegt höher als bei den meisten konkurrierenden europäischen Finanzplätzen (vgl. Abbildung 18). Die Spanne der entsprechenden Abgabensätze liegt zwischen 31,2% (Finanzplatz Zürich) und 55,0% (Finanzplatz Brüssel).

Internationale Unternehmen aus der Finanzbranche und anderen Wirtschaftszweigen wählen ihre Standorte auch nach dem Kriterium „Höhe der Steuerlast für Expatriates bei Auslandseinsätzen“ aus, denn bei Auslandseinsätzen trägt das entsendende Unternehmen die Brutto-lohnkosten inklusive der persönlichen Einkommensteuer und ähnlicher Belastungen.<sup>24</sup> Im vorliegenden Zusammenhang eines Standortvergleichs zwischen europäischen Finanzplätzen ist insbesondere der Fall so genannter Inbound-Einsätze relevant, wobei es hier konkret um die Entsendung von US-amerikanischen Mitarbeitern in alternative europäische Länder bzw. an alternative europäische Finanzplätze geht.

<sup>23</sup> Um ein „verfügbares Einkommen“ von 100.000 Euro zu gewährleisten, ist in Deutschland bei einem Abgabensatz von 41,8% für ein Unternehmen ein Kostenaufwand von genau 171.812 Euro notwendig.

<sup>24</sup> Zu den vorliegenden Ausführungen zur Besteuerung von Expatriates, vgl. ZEW News, Mai 2005.

Tabelle 15: Kosten bei der Entsendung US-amerikanischer Mitarbeiter nach Europa (2004)

Lediger US-Mitarbeiter		Verheirateter US-Mitarbeiter	
Zürich	127,5%	Zürich	173,2%
London	132,3%	London	185,2%
Luxemburg	133,1%	Luxemburg	193,1%
Wien	133,6%	Deutsche Finanzplätze	198,4%
Dublin	140,6%	Brüssel	203,4%
Warschau	143,1%	Wien	207,6%
Deutsche Finanzplätze	145,7%	Mailand	212,7%
Mailand	148,2%	Warschau	215,6%
Brüssel	155,7%	Dublin	220,2%

Referenzfall: USA = 100%; Werte für Deutschland (2005)

Quelle: ZEW/Pricewaterhouse Coopers (PwC), IAW-Darstellung

Vergleicht ein US-Finanzdienstleister die Belastung bei der Entsendung von Mitarbeitern an alternative europäische Finanzplätze, so nehmen die deutschen Finanzplätze unterschiedliche Ränge ein, und zwar je nachdem, welchen Familienstand die zu entsendenden Mitarbeiter haben. Bei der Entsendung von ledigen US-Mitarbeitern fallen in Deutschland 145,7% der Kosten an, die sich beim Inlandseinsatz in den USA ergeben würden. Hier schneidet Deutschland im Vergleich der europäischen Finanzplätze eher schlecht ab (vgl. Tabelle 15). Beim Einsatz von verheirateten Mitarbeitern erhöht sich zwar die entsprechende Belastungskennziffer auf 198,4% - dies entspricht innerhalb der konkurrierenden europäischen Finanzplätze jedoch einer guten mittleren Position.

#### 4.4 Internationalität und innere Sicherheit

Um als Arbeitsort für international mobile Spitzenkräfte attraktiv zu sein, sollte ein Finanzplatz eine hinreichende Offenheit bzw. Aufgeschlossenheit gegenüber „Internationalem“ zeigen bzw. ein gewisses internationales Flair haben. Dieser Aspekt ist mit Hilfe amtlicher Daten allerdings nur schwer zu fassen. Einer von vielen Einzelaspekten, welche dabei eine Rolle spielen, ist die Internationalität der am Finanzplatz ansässigen Hochschulen. Diese lässt sich unter anderem anhand des Anteils der ausländischen Studenten an der Gesamtstudentenzahl messen, wofür allerdings nur Daten zu den deutschen Finanzplätzen verfügbar sind. Danach hatte Stuttgart mit 21,0% den höchsten Ausländeranteil unter den Studierenden, sofern man allein auf die Hochschulen im Stadtkreis des Finanzplatzes abstellt.<sup>25</sup> Das sind immerhin 29,6% mehr als am Finanzplatz München. Stuttgart weist also bei der entsprechenden räumlichen Abgrenzung des Finanzplatzes - gemessen am Anteil der ausländischen Studierenden - den höchsten Internationalisierungsgrad unter den deutschen Finanzplätzen auf.

<sup>25</sup> Inwieweit dieses Ergebnis auch Reflex des allgemeinen Ausländeranteils in der betreffenden Stadt ist, kann nicht gesagt werden, da die entsprechende Hochschulstatistik nichts darüber aussagt, ob die betreffenden ausländischen Studenten vor Aufnahme des Studiums ihren Wohnort im In- oder Ausland hatten.

Tabelle 16: Anteil ausländischer Studenten in den Hochschulen der Finanzplätze, 2004

	Ausländischer Studentenanteil im betreffenden Stadtkreis	Ausländischer Studentenanteil in der betreffenden Stadtregion
Stuttgart	21,0%	5,7 - 21,0%
Düsseldorf	17,2%	6,5 - 19,3%
Frankfurt/M.	19,7%	0,0 - 33,3%
München	16,2%	0,0 - 16,2%

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, IAW-Darstellung

Werden für die Finanzplätze aber nicht nur der jeweilige zentrale Stadtkreis, sondern auch noch dessen Nachbarkreise in die Betrachtung mit einbezogen, dann folgt daraus für die betreffende Stadtregion ein differenzierteres Bild. So gibt es beim Finanzplatz Frankfurt einen Nachbarkreis, bei dem jeder dritte Studierende (33,3%) ausländischer Herkunft ist. Auch beim Finanzplatz Düsseldorf erhöht sich durch die Einbeziehung der Nachbarkreise die entsprechende Ausländerquote, ohne jedoch den Stuttgarter Wert zu erreichen. Unabhängig von der Frage, ob nun die Nachbarkreise mit einbezogen werden oder nicht, zeigt sich für den Finanzplatz Stuttgart ein überproportional hoher Anteil an ausländischen Studenten, was durchaus als überdurchschnittlicher Internationalitätsgrad interpretiert werden kann.

Internationale Offenheit eines Finanzplatzes zeigt sich auch daran, in welchem Maße das wirtschaftliche Umfeld der dortigen Finanzdienstleister in Handelsbeziehungen mit dem Ausland steht.<sup>26</sup> Hierzu liegen deutsche Daten in Form von Exportquoten vor, die für das Produzierende Gewerbe den Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz abbilden. Danach belief sich im Zweijahreszeitraum 2003/04 die entsprechende Exportquote im Stadtkreis Stuttgart auf 52,4%. Dies ist Rang 2 unter den hier betrachteten deutschen Finanzplätzen.

Tabelle 17: Exportquote im Produzierenden Gewerbe am Finanzplatz, Zeitraum 2003/04

	Exportquote im betreffenden Stadtkreis	Exportquote in der betreffenden Stadtregion
Stuttgart	52,4%	51,4%
Düsseldorf	43,3%	39,7%
Frankfurt/M.	45,4%	46,2%
München	61,2%	44,4%

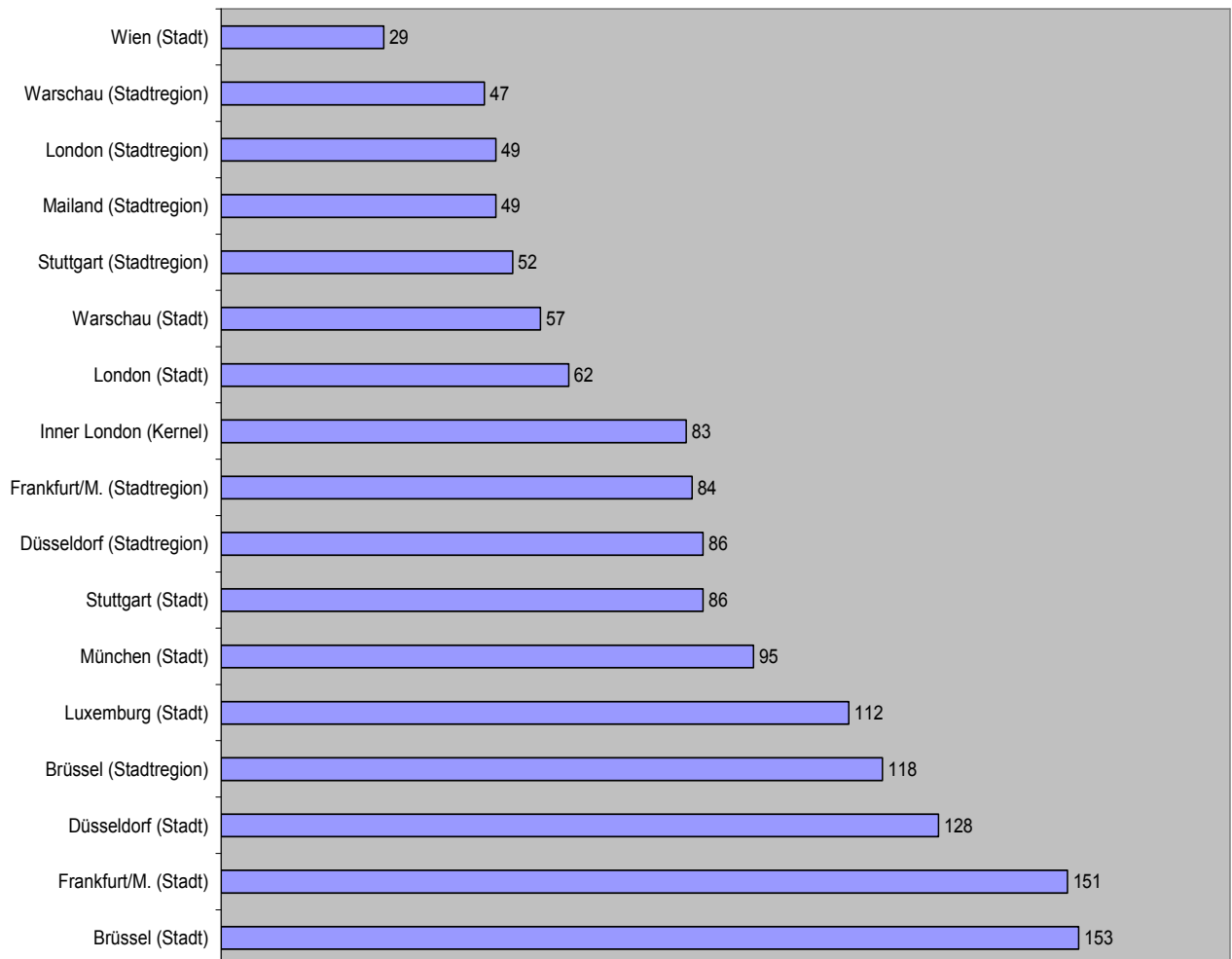
Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder, IAW-Berechnungen

Legt man für die Finanzplätze dagegen die weitere räumliche Definition zugrunde, bei der auch noch die Nachbarkreise der „zentralen“ Stadtkreise einbezogen werden, dann erreicht der Finanzplatz Stuttgart mit 51,4% die höchste Exportquote aller in die Analyse einbezogenen deutschen Finanzplätze. Damit zeigt sich für den Finanzplatz Stuttgart auch anhand der Exportquote des Produzierenden Gewerbes eine überdurchschnittliche Internationalität.

<sup>26</sup> Zum Ausmaß der „Auslandsbeziehungen“ der Finanzbranche selbst liegen keine amtlichen Daten vor.

Ein gerade auch für die Finanzbranche nicht zu vernachlässigender Standortfaktor ist die „Innere Sicherheit“. Eine aussagekräftige Kennziffer dazu ist die auf die Einwohnerzahl bezogene Anzahl der Straftaten. Während der Stadtkreis Stuttgart im europäischen Mittelfeld von 80 bis 90 Straftaten pro 1.000 Einwohner und Jahr liegt, belegt die räumlich weiter gefasste Stadtregion Stuttgart einen der hinteren Spitzenplätze (mit 52 jährlichen Straftaten pro Tausend Einwohner). Damit ist die Kriminalitätsrate am Finanzplatz Stuttgart vergleichsweise niedrig, so dass von einem eher hohen Sicherheitsniveau auszugehen ist.

Abbildung 19: Anzahl der gemeldeten Straftaten pro 1.000 Einwohner und Jahr, 1999-2003



Quelle: EUROSTAT (Urban Audit-Datenbank), Landeskriminalamt Baden-Württemberg, IAW-Berechnungen

#### 4.5 Image und Potenzial des Wirtschaftsstandorts

Wenngleich die Bedeutung räumlicher Nähe zwischen Kunden und Finanzdienstleistern in Zeiten moderner Kommunikationsmittel tendenziell abnimmt, so bleibt sie doch bis zu einem gewissen Grad auch heute noch relevant. Insofern ist für das Marktpotenzial eines Finanzplatzes nicht unerheblich, über welches Einkommensniveau die Bevölkerung vor Ort verfügt. Hierzu liegen keine geeigneten „Urban Audit“-Daten von EUROSTAT vor, die auch die Stadt bzw. die Stadtregion Stuttgart mit abdecken. Des Weiteren erscheint eine Bezugnahme auf

den Indikator „Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner“ insofern nicht allzu sinnvoll zu sein, als durch interregionale Pendlerverflechtungen durchaus ein nennenswerter Anteil des am Finanzplatz bzw. in dessen Raumeinheit erzielten Einkommens in andere Regionen abfließen kann. Entsprechende Verzerrungen können für die einzelnen Finanzplätze in recht unterschiedlichem Ausmaß auftreten, so dass bei den hier betrachteten relativ kleinräumigen Einheiten auf das Heranziehen der Kennziffer Bruttoinlandsprodukt pro Kopf verzichtet werden soll. Die entsprechende Problematik tritt jedoch dann nicht auf, wenn man auf das „Verfügbare Einkommen pro Einwohner“ abstellt, wozu zumindest Daten für einen innerdeutschen Vergleich vorliegen (vgl. Tabelle 15).

Tabelle 15: Verfügbares Einkommen je Einwohner (in Euro), 2004

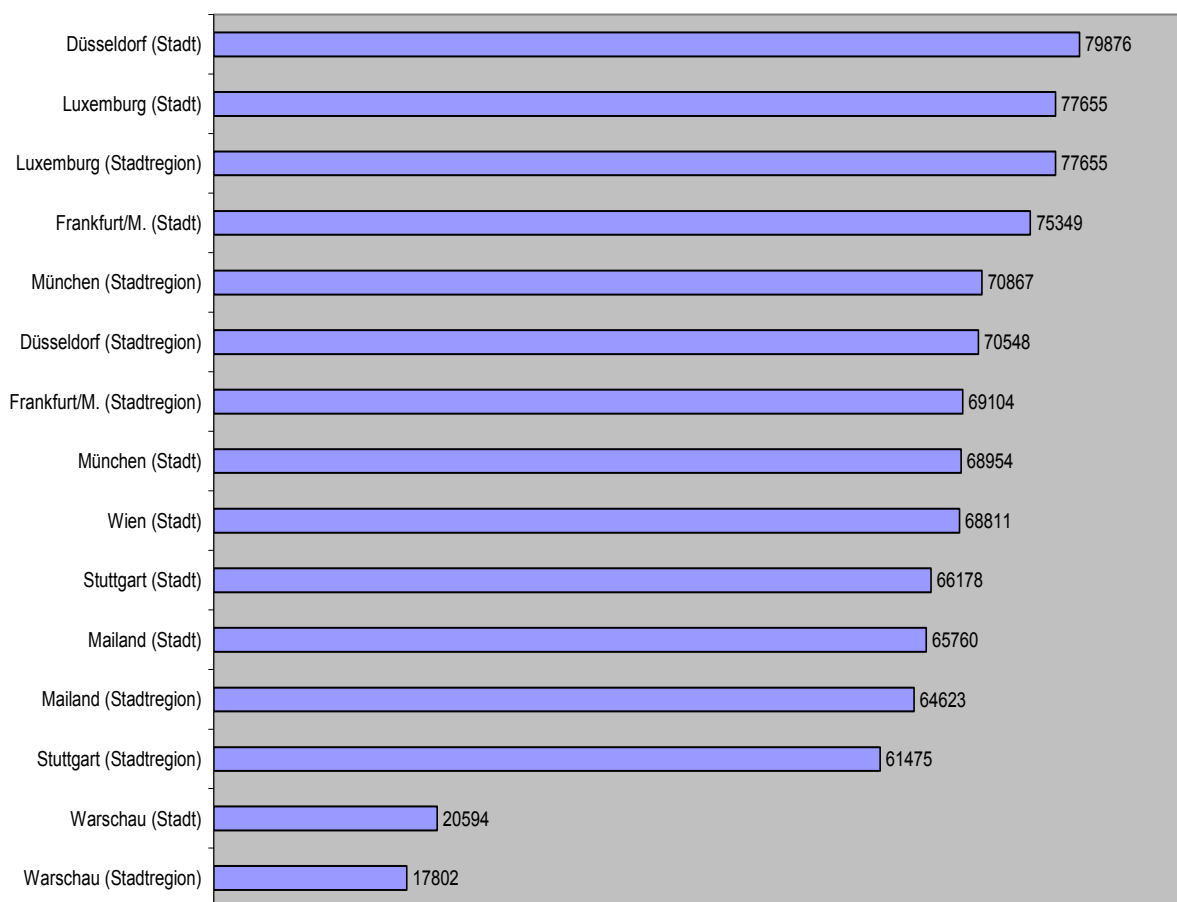
	Verfügbares Pro-Kopf-Einkommen im betreffenden Stadtkreis	Verfügbares Pro-Kopf-Einkommen in der betreffenden Stadtregion
Stuttgart	21.103	20.834
Düsseldorf	20.916	19.601
Frankfurt/M.	18.081	19.478
München	22.436	22.262

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, IAW-Berechnungen

Es zeigt sich, dass die Bevölkerung am Finanzplatz Stuttgart das zweithöchste verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der vier betrachteten deutschen Finanzplätze aufweist. Dies gilt unabhängig davon, ob man für die Finanzplätze als Raumeinheit lediglich den jeweiligen zentralen Stadtkreis heranzieht oder auch noch die dazugehörigen Nachbarkreise mit berücksichtigt und damit auf die Stadtregion abstellt. Insofern schneidet der Finanzplatz Stuttgart bei dieser Kennziffer leicht überdurchschnittlich gut ab.

Ein gewisses Maß für die wirtschaftliche Potenz einer Region ist die dort realisierte Arbeitsproduktivität. Diese lässt sich etwa dadurch abbilden, dass man das regionale Bruttoinlandsprodukt auf die Zahl der betreffenden Erwerbstätigen bezieht. Nimmt man die entsprechende Erwerbstätigenproduktivität, so kommt die Wirtschaft am Finanzplatz Stuttgart im europäischen Vergleich auf lediglich unterdurchschnittliche Produktivitätswerte. Dieses Ergebnis ändert sich auch dann nicht, wenn man nicht auf die Stadt-, sondern die Stadtregionsebene abstellt. Damit weist der Finanzplatz Stuttgart in Bezug auf die Produktivität der dortigen Wirtschaft gewisse Nachteile auf.

Abbildung 20: Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem (in Euro), 1999 – 2003



Anmerkung: Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem von Brüssel (Stadt): 154.211 Euro<sup>27</sup>  
 Quelle: EUROSTAT (Urban Audit-Datenbank), Arbeitskreis VGR der Länder, IAW-Berechnungen

Der Aspekt einer lediglich unterdurchschnittlichen Erwerbstätigenproduktivität relativiert sich für den Finanzplatz Stuttgart jedoch insofern, wenn man bedenkt, dass das Produzierende Gewerbe im Raum Stuttgart eine überdurchschnittliche Exportquote aufweist (Tabelle 16).

Tabelle 16: Exportquote des Produzierenden Gewerbes an den Finanzplätzen, Zeitraum 2003/04

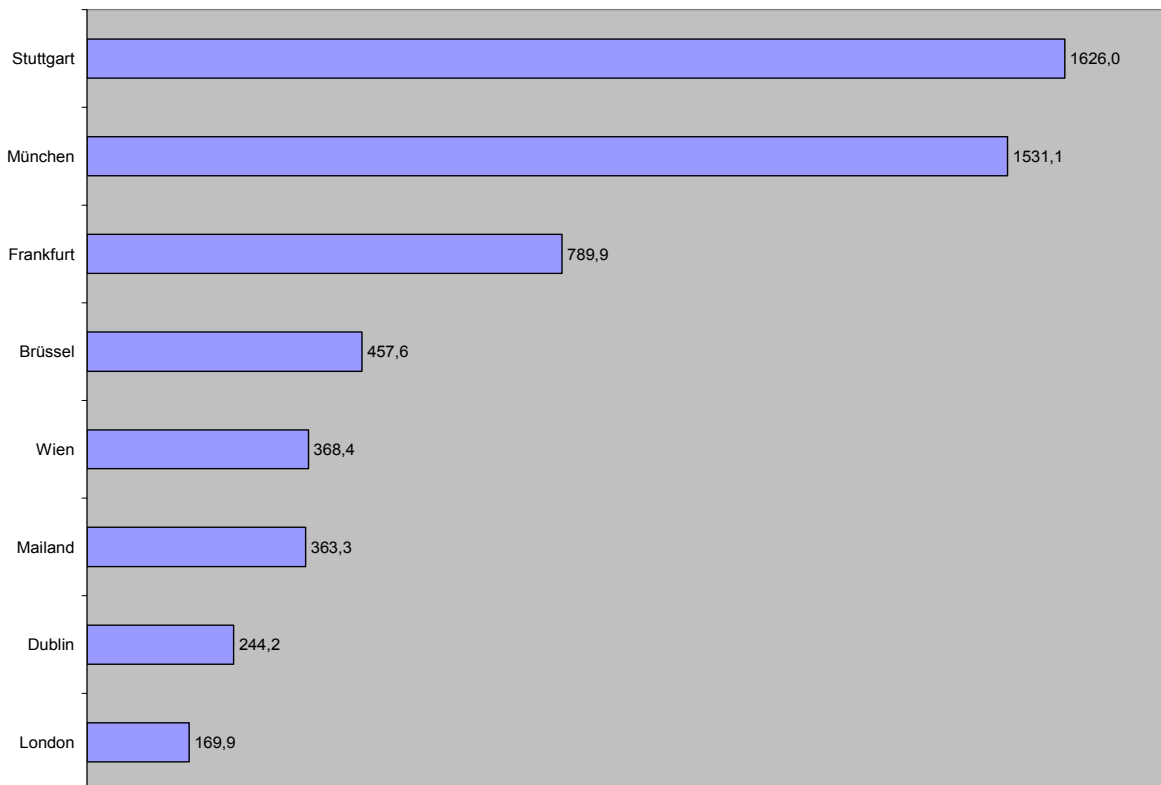
	Exportquote im betreffenden Stadtkreis	Exportquote in der betreffenden Stadtregion
Stuttgart	52,4%	51,4%
Düsseldorf	43,3%	39,7%
Frankfurt/M.	45,4%	46,2%
München	61,2%	44,4%

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder, IAW-Berechnungen

<sup>27</sup> Der Produktivitätswert für den Finanzplatz Brüssel (Stadt) wurde aufgrund seiner starken Abweichung nach oben aus darstellungstechnischen Gründen nicht direkt in Abbildung 20 aufgenommen, sondern als ergänzende Information hinzugefügt. Der außergewöhnlich hohe Wert wurde vom Amt für Statistik der Stadt Frankfurt (bzw. der dortigen deutschen Koordinierungsstelle für die Urban Audit-Datenbank) als der offizielle, von der belgischen Seite genannte Wert bestätigt. Inwieweit der entsprechende Produktivitätswert durch die Tatsache erklärbar ist, dass in Brüssel eine Reihe von EU-Institutionen angesiedelt ist, in deren Umfeld etwa eine starke Konzentration hochproduktiver Tätigkeiten der Wirtschafts- und Rechtsberatung etc. vorhanden ist, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

Die hohe Exportquote signalisiert nämlich, dass die Wirtschaft im Umfeld des Finanzplatzes Stuttgart über eine recht hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit verfügt. Die wirtschaftliche Potenz des Raums Stuttgart zeigt sich auch an seiner außergewöhnlichen Stellung als Wissenschafts- und Technologieregion. Betrachtet man die Zahl der Patentanmeldungen pro Erwerbstätigem, dann erreicht die (Metropol-)Region Stuttgart vor München die höchste „Patentintensität“.<sup>28</sup> Die anderen europäischen Finanzplätze verfügen nicht über ein vergleichbares wissenschaftlich-technologisches Umfeld. Der Finanzplatz Stuttgart dürfte insofern vom Image der Region Stuttgart als führende Technologieregion mit profitieren.

Abbildung: 21: Patentanmeldungen je 1 Million Erwerbstätige aus dem wirtschaftlichen Umfeld der Finanzplätze (auf der Ebene der Metropolregionen), 2002



Quelle: EUROSTAT-Datenbank New Cronos, IAW-Berechnungen

Das Image und das wirtschaftliche Potenzial eines Finanzplatzes werden auch dadurch mitbestimmt, ob es in einem dynamischen Umfeld liegt. Ein Indikator zur Messung einer entsprechenden Dynamik ist unter anderem die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung in der betreffenden Stadt bzw. Stadtregion. Diese erfasst nicht nur die natürliche Bevölkerungsentwicklung, sondern auch den interregionalen Wanderungssaldo. Hierzu liegen Daten für die deutschen Finanzplätze vor (vgl. Tabelle 17).

<sup>28</sup> Zu Patenten lagen europäische Daten nur für die Ebene der „Metropolregionen“ vor. Diese basieren auf der EUROSTAT-Datenbank „New Cronos“ und sind aus Werner/Fischer (2005) entnommen.

Tabelle 17: Erwartete Bevölkerungsentwicklung für den Zeitraum 2004 bis 2020

	Erwartete Bevölkerungsentwicklung im betreffenden Stadtkreis	Erwartete Bevölkerungsentwicklung in der betreffenden Stadtregion
Stuttgart	+ 1,5%	+ 1,5 bis + 5,6%
Düsseldorf	- 0,7%	- 12,7 bis – 0,7%
Frankfurt/M.	+ 2,5%	- 0,2 bis + 6,5%
München	+ 1,1%	+ 1,1 bis + 9,8%

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, IAW-Berechnungen

Nach der entsprechenden Bevölkerungsprognose wird die Einwohnerzahl im Stadtkreis Stuttgart bis 2020 im Vergleich zum Basisjahr 2004 um 1,5% zunehmen. Das ist die zweithöchste Veränderungsrate der deutschen Finanzplätze. Betrachtet man dagegen die zu den einzelnen Finanzplätzen „dazugehörigen“ Stadtregionen, also den zentralen Stadtkreis plus die diesen umgebenden Nachbarkreise, dann ergibt sich folgendes Bild: Im Umfeld des Finanzplatzes München ist mit dem tendenziell stärksten Bevölkerungswachstum zu rechnen, während der Finanzplatz Düsseldorf in einem Gebiet mit erwarteter Bevölkerungsschrumpfung liegt. Dazwischen sind die Finanzplätze Stuttgart und Frankfurt positioniert, die, gemessen an der zu erwartenden Einwohnerentwicklung, über ein relativ dynamisches Umfeld verfügen. Dabei dürfte zumindest ein Teil der Bevölkerungszuwächse auf interregionale Wandergewinne entfallen.

An dieser Stelle wäre noch die Frage von Interesse, inwieweit die Mitarbeiter von Finanzdienstleistungsunternehmen mit den Verhältnissen an ihrem Wohnort zufrieden sind. Zu dieser Fragestellung selbst liegen zwar keine Daten vor, gleichwohl gibt es entsprechende Befragungsergebnisse aus der Gesamtbevölkerung (vgl. Tabelle 18).<sup>29</sup>

Tabelle 18: Zufriedenheit der Bevölkerung mit den „Verhältnissen am Wohnort“ (Durchschnitt zwischen der heutigen und erwarteten Zufriedenheit), 2005

	Zufriedenheitsgrad im betreffenden Stadtkreis	Rang
Stuttgart	65,5%	2
Düsseldorf	60,5%	3
Frankfurt/M.	58,5%	4
München	66,5%	1

Quelle: Initiative „Perspektive Deutschland“, IAW-Berechnungen

Danach sind am Finanzplatz Stuttgart 65,5% der befragten Einwohner mit den aktuellen und zu erwartenden Verhältnissen zufrieden.<sup>30</sup> Nur am Finanzplatz München ist der Zufriedenheitsgrad der Bevölkerung noch etwas höher. Insofern werden die Lebensverhältnisse am

<sup>29</sup> Zwar gibt es von der Europäischen Kommission eine Meinungsbefragung zur Lebensqualität in 75 europäischen Städten, die Stadt Stuttgart hat sich an der entsprechenden Befragungsaktion jedoch nicht beteiligt. Somit stehen für den Finanzplatz Stuttgart keine Vergleichsdaten zur Verfügung.

<sup>30</sup> Zu dem entsprechenden Zufriedenheitsgrad liegen für die in den Standortvergleich einbezogenen Finanzplätze nur Daten für die Stadtkreisebene durchgängig vor, nicht aber die Ebene der Stadtregionen.

Finanzplatz Stuttgart als überdurchschnittlich gut eingeschätzt. Das belegt die Attraktivität des Finanzplatzes Stuttgart als Arbeitsort für mobile Mitarbeiter in der Finanzbranche.

Eine Art „Zufriedenheitsgrad“ lässt sich nicht nur durch Bevölkerungsbefragung ermitteln, sondern auch auf der Basis statistischer Daten zu entsprechenden Einflussgrößen ableiten. Eine konzeptionelle Nähe zu einem solchen Ansatz weist das von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ durchgeführte Großstadtranking auf. In dessen Rahmen wurden die 50 wichtigsten deutschen Großstädte nach über 100 Kriterien bewertet, unter anderem aus den Bereichen Wohlstand, Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Standort (vgl. Tabelle 19).

Tabelle 19: Punktzahl beim Großstadt-Ranking 2007 (Stadtebene)

	Punkte	Rang
Stuttgart	120,8	2
Düsseldorf	116,7	4
Frankfurt/M.	118,8	3
München	129,6	1

Quelle: insm-wiwo-staedteranking.de, IAW-Darstellung

Bei dem entsprechenden Großstadt-Ranking (2007) belegt die Stadt Stuttgart als Standort für den „Kern“ des Finanzplatzes Stuttgart hinter München den 2. Platz unter 50 deutschen Großstädten. Knapp dahinter folgen die Städte bzw. Finanzplätze Frankfurt und Düsseldorf. Auch bei diesem umfassenden Standortindikator schneidet der Finanzplatz Stuttgart überdurchschnittlich gut ab.

## **5 Der Finanzplatz Stuttgart im europäischen Standortvergleich auf der Wahrnehmungs- und Faktenebene – eine Gesamtschau**

Zu einem Teil der für Finanzplätze relevanten Standortfaktoren liegen sowohl Ergebnisse des Standortvergleichs auf der Wahrnehmungsebene als auch solche des Standortvergleichs auf der Faktenebene vor. Diese sollen an dieser Stelle nun miteinander verglichen werden.

Die individuelle Belastung durch Steuern und sonstige Abgaben wird von den im Rahmen dieser Studie befragten Personen aus der Finanzbranche als relativ wichtiger Standortfaktor eingestuft. So nimmt dieser Indikator in der Rangfolge der Wichtigkeit den siebten unter 26 zur Auswahl stehenden Faktoren ein. Der für die Wahl des Arbeitsortes von Mitarbeitern der Finanzbranche also recht relevante Aspekt wird damit indirekt zu einem auch für die Unternehmensebene nicht zu vernachlässigenden Standortfaktor. Beim Standortvergleich auf der Wahrnehmungs- bzw. subjektiven Einschätzungsebene wird dem Finanzplatz Stuttgart in Bezug auf die individuelle Steuer- und Abgabenlast ein mittleres Belastungsniveau „zugegeschrieben“.

Die Standortanalyse auf der Faktenebene, die sich auf empirische Daten stützt, kommt in diesem Zusammenhang zu etwas differenzierteren Ergebnissen. Dabei ist zunächst zu bedenken, dass der Finanzplatz Stuttgart nur über begrenzte Möglichkeiten verfügt, auf die individuelle Steuer- und Abgabenlast Einfluss zu nehmen, da die kommunale und regionale Ebene diesbezüglich über nur geringe rechtliche Kompetenzen verfügt. Eine gewisse Rolle spielt hier nur das den Kommunen bei der Gewerbesteuer gegebene Hebesatzrecht. Die Gewerbesteuer belastet allerdings nicht die Mitarbeiter-, sondern die Unternehmensebene, so dass die gewinnabhängige Kommunalabgabe nur dann für die individuelle Steuerlast relevant ist, wenn Unternehmen der Finanzbranche als Einzelunternehmen oder Personengesellschaft organisiert sind, denn dann unterliegen die entsprechenden Unternehmer bzw. Gesellschafter der Gewerbesteuer. Ein Vergleich der betreffenden Hebesätze zeigt, dass die Belastung mit Gewerbesteuer am Finanzplatz Stuttgart geringer ausfällt als an den konkurrierenden deutschen Finanzplätzen. Was die darüber hinausgehende individuelle Steuer- und Abgabenlast angeht, so liegen die entsprechenden Regelungskompetenzen bei der Bundesebene. Dies hat zur Folge, dass sich zwischen den einzelnen deutschen Finanzplätzen insoweit keine zusätzlichen Belastungsunterschiede ergeben.

Im Vergleich mit den Finanzplätzen im europäischen Ausland deutet der IBC Taxation Index für „Highly Qualified Manpower“ auf eine überdurchschnittlich hohe Steuer- und Abgabenlast in Deutschland hin. Da gerade in der Finanzbranche ein großer Anteil an hoch qualifizierten Mitarbeitern gegeben ist, schlägt sich für die deutschen Standorte die relativ hohe Abgabenlast im Wettbewerb der europäischen Finanzplätze als Nachteil nieder. Dies gilt um so mehr, als nach der Einschätzung von Akteuren der Finanzbranche die individuelle Abgabenlast als relativ wichtiger Standortfaktor einzustufen ist.

Aus der Sicht der Mitarbeiter von Finanzdienstleistungsunternehmen ist neben dem Einkommensniveau und der damit zusammenhängenden Abgabenbelastung auch die mit dem Nettoeinkommen realisierbare Kaufkraft von Bedeutung. Ein diesbezüglicher Indikator stellen die im Umfeld eines Finanzplatzes zu erwartenden Lebenshaltungskosten dar. Die für die Lebenshaltung anfallenden Kosten spielen aus Sicht der befragten Finanzmarktakteure zwar keine herausragende Rolle, gleichwohl darf dieser Standortfaktor nicht vernachlässigt werden. Die befragten Personen aus der Finanzbranche sehen die Lebenshaltungskosten am Finanzplatz Stuttgart in ihrer subjektiven Einschätzung auf einem mittleren Niveau. Für einen ergänzenden Standortvergleich auf der Faktenebene standen jedoch keine geeigneten Daten zur Verfügung, die eine umfassende Messung der lokalen bzw. regionalen Lebenshaltungskosten ermöglichen. Beleuchtet werden konnten allerdings Ausschnitte aus dem Bereich der Lebenshaltungskosten, der auf Kauf- und Mietpreise von Immobilien abstellt. Beim Ranking der betreffenden Immobilienpreise schneidet der Finanzplatz Stuttgart überdurchschnittlich gut ab, d.h. die entsprechenden Kosten sind im Raum Stuttgart in der Tendenz etwas niedriger als im Durchschnitt der konkurrierenden deutschen Finanzplätze.

Das Image eines Finanzplatzes ist aus der Sicht der Akteure der Finanzbranche einer der bedeutendsten Standortfaktoren. Bei der entsprechenden Befragung wurde er als der drittwichtigste unter 26 zur Auswahl stehenden Faktoren eingestuft. Im Rahmen des auf der Wahrnehmungsebene durchgeführten Standortvergleichs kam der Finanzplatz Stuttgart bei diesem Indikator auf eine mittlere Bewertung. Imageaspekte wurden ergänzend auch beim Standortvergleich auf der Faktenebene geprüft, wobei hier das Problem bestand, dass mit einer einzelnen Kennziffer das Image eines Finanzstandortes nicht umfassend abgebildet werden kann. Insofern war man auf eine Reihe von Indikatoren angewiesen, die einzelne Aspekte in Bezug auf das Ansehen von Finanzplätzen erfassen. Bei diesen Kennziffern erreicht der Finanzplatz Stuttgart im „Wettbewerb“ mit den Finanzstandorten Frankfurt, München und Düsseldorf in der Regel die zweitbeste, im Einzelfall sogar die beste Platzierung. Diese überdurchschnittlich gute, auf empirischen Daten basierende Imagebewertung des Finanzplatzes Stuttgart ist standortpolitisch relativ hoch einzuschätzen, da der betreffende Standortfaktor in „Finanzkreisen“ als sehr wichtig angesehen wird.

Zum Aspekt „Image eines Finanzplatzes“ zählt in einem weiteren Sinne auch die so genannte „Offenheit“ der dortigen Bevölkerung, welche erfassen soll, wie leicht „man“ sich in das betreffende gesellschaftliche Umfeld integrieren kann. In dieser Hinsicht gehen die Befragten der Finanzbranche davon aus, dass sich die entsprechende Integration im Raum Stuttgart weder ausgesprochen einfach noch ausgesprochen schwierig gestaltet, sondern einem eher mittleren Schwierigkeitsniveau zuzuordnen ist. Beim Standortvergleich auf der Faktenebene ließ sich der Aspekt „Offenheit der Bevölkerung“ bei der gegebenen Datenlage nur auf sehr indirekte Art und Weise messen. Gewisse Anhaltspunkte in Bezug auf einen entsprechenden Offenheitsgrad liefern der Ausländeranteil unter den Studierenden und die Exportquote der hiesigen Unternehmen. Bei diesen Kennziffern kommt der Finanzplatz Stuttgart – im Vergleich mit den anderen deutschen Finanzstandorten – auf einen überdurchschnittlich hohen Offenheits- bzw. Internationalitätsgrad.

Das Image eines Wirtschaftsstandortes wird bis zu einem gewissen Grad auch durch den jeweils vorherrschenden Schutz vor Kriminalität mit bestimmt. In diesem Zusammenhang kommt das Umfeld des Finanzplatzes Stuttgart in der Einschätzung der Finanzmarktakteure auf einen vergleichsweise hohen Sicherheitsstandard und schneidet damit besser ab als der Finanzplatz Frankfurt. Diese subjektive Bewertung bestätigt sich im Rahmen des Standortvergleichs auf der Faktenebene, wonach im Raum Stuttgart die Kriminalität nur unterdurchschnittlich ausgeprägt ist.

Aus Sicht der Beschäftigten kommt bei der Wahl des Arbeitsortes dem Aspekt Familienfreundlichkeit eine steigende Bedeutung zu. Das gilt auch für die Mitarbeiter in der Finanzbranche. Dies wird durch die Tatsache belegt, dass die im Rahmen dieser Studie befragten Finanzmarktakteure der Familienfreundlichkeit immerhin den 18. Rang unter 26 zur Auswahl stehenden Standortfaktoren zugewiesen haben. Im weiteren Verlauf der Befragung wurde dem Finanzplatz Stuttgart eine vergleichsweise hohe Familienfreundlichkeit attestiert. Dabei schneidet der Finanzstandort Stuttgart etwas besser ab als der Finanzplatz Frankfurt. Beim Standortvergleich auf der Faktenebene wurde der Aspekt Familienfreundlichkeit eines Wirtschaftsstandortes auf der Basis des dort verfügbaren Kinderbetreuungsangebots bewertet. Bei der betreffenden Betreuungsinfrastruktur erreicht der Finanzplatz Stuttgart eine überdurchschnittlich gute Platzierung.

In Bezug auf die infrastrukturelle Ausstattung eines Wirtschaftsstandortes als noch relevanter wird die Anbindung an den internationalen Flugverkehr gesehen. Dies gilt vor allem für die Finanzbranche, deren Akteure diesen Standortfaktor auf Platz 8 einer aus 26 Faktoren bestehenden Rangliste gesetzt haben. Die vergleichsweise große Bedeutung dieses Standortfaktors für die Finanzbranche betrifft zwar in erster Linie die Belange der Unternehmensebene, des Weiteren aber auch die privaten Reisemöglichkeiten ihrer Mitarbeiter. Beim Standortvergleich auf der Wahrnehmungsebene kommt der Finanzplatz Stuttgart im Hinblick auf seine Luftverkehrsanbindung in der „Notenskala“ von 1 bis 3 auf die Note 1,7 – und damit auf eine gute mittlere Platzierung. Ergänzend wurde hierzu ein Standortvergleich auf der Faktenebene durchgeführt. Im Rahmen des entsprechenden Vergleichs mit anderen deutschen Finanzstandorten belegte der Finanzplatz Stuttgart in der Kategorie „Fahrzeit zum nächsten internationalen Verkehrsflughafen“ einen mittleren Platz. Dagegen fällt er beim Standortindikator „Anzahl der Flugziele vom nächstgelegenen internationalen Verkehrsflughafen“ insbesondere gegenüber dem Finanzplatz Frankfurt deutlich ab. Vom Flughafen Frankfurt mit seinen vielen Destinationen profitiert aber nicht nur der dortige Finanzplatz, sondern aufgrund der Schnellzuganbindung in indirekter Form auch der Standort Stuttgart.

## 6 Schlussbemerkungen

Der deutsche Finanzsektor ist gekennzeichnet durch eine überdurchschnittlich hohe Beschäftigtenproduktivität insbesondere im Bereich der Kreditwirtschaft und der mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundenen Tätigkeiten. Eine erfolgreiche Konzentration auf diesen Wirtschaftssektor kann daher entscheidend zum Wohlstand einer Region beitragen. Aus den Strukturmerkmalen der Branche ergibt sich, dass dies vor allem durch die gezielte Förderung eines bestimmten Finanzplatzes geschehen kann. Dabei ergeben sich je nach Betrachtungsgegenstand für Baden-Württemberg bzw. die Region Stuttgart unterschiedliche Ausgangspositionen.

Für das Land Baden-Württemberg lässt sich weder bei der Beschäftigung noch bei der Wertschöpfung eine besondere Konzentration in der Finanzwirtschaft ausmachen. Die relative Bedeutung der Finanzbranche bewegt sich auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts, was angesichts der starken Konzentration der deutschen Finanzwirtschaft auf den Standort Frankfurt durchaus respektabel erscheint. Gleichwohl fällt Baden-Württemberg als Bundesland weder begrifflich noch von der Faktenlage her unter den Begriff eines Finanzplatzes. Die Vorstellung, das Bundesland als Finanzplatz zu fördern, trägt nur soweit, als es landeseinheitliche Regelungen betrifft, die für die Entwicklung eines letztlich als Stadtregion zu beschreibenden Finanzplatzes von Bedeutung sind. Dessen ungeachtet können, wie andere Beispiele zeigen, von einem erfolgreichen Finanzplatz große wirtschaftliche Impulse auch für eine sehr viel weiter gefasste Region ausgehen. Ungeachtet dieser Präzisierung des Finanzplatzbegriffs besteht hier also ein wichtiger landes- und bundespolitischer Gestaltungsauftrag.

Ganz anders verhält es sich mit der Stadt und der Region Stuttgart. Hier ist für die Finanzwirtschaft ein bemerkenswerter Schwerpunkt auszumachen. Während 2006 im Bundesdurchschnitt 3,8% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Finanzbranche tätig sind, liegt dieser Wert für die (sehr weit gefasste) Region Stuttgart bei 5,0%, für die Stadt Stuttgart sogar bei 9,2%. Ähnliche Werte ergeben sich für die Bruttowertschöpfung. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Stuttgarter Region weitere sehr erfolgreiche Branchen aufweist. Auch wenn der Finanzplatz Frankfurt eine noch deutlichere Konzentration auf die Finanzindustrie vorweisen kann (vgl. Spahn/Busch 2002), ist damit Stuttgart mit großer Eindeutigkeit als ein wichtiges Zentrum der deutschen Finanzwirtschaft zu identifizieren.

Ein Finanzplatz ist in der von uns verwendeten Definition dadurch gekennzeichnet, dass er von vielen Finanzdienstleistern als realer Standort der Unternehmen und damit als zumindest überwiegender Ort der Tätigkeit ihrer Mitarbeiter ausgewählt wird. Die Förderung eines Finanzplatzes muss daher an der individuellen Entscheidung ansetzen, an einem bestimmten Standort tätig zu werden. Gerade die besonders kompetenten und befähigten Mitarbeiter sind „creative professionals“ im Sinne Floridas (2007) und damit Teil einer sehr mobilen und für die Entwicklungsmöglichkeiten eines Standorts ausgesprochen relevanten „kreativen Klasse“. In einer empirischen Studie untersuchen wir daher ihre Einschätzung verschiedener Finanzplätze und die für den Erfolg eines Finanzplatzes ausschlaggebenden Faktoren.

Im Rahmen einer Positionierungsanalyse ermitteln wir die Ähnlichkeit bzw. Unähnlichkeit verschiedener in die Befragung einbezogener Finanzplätze innerhalb eines zweidimensionalen „Wahrnehmungsraums“. In einem Expertenworkshop werden die Höhe der Wertschöpfung bzw. die Höhe der dieser zugrunde liegenden Beschäftigtenproduktivität als die eine und der Grad der Etabliertheit als die andere Dimension ausgemacht, welche das Verhältnis der einzelnen Finanzplätze zueinander im Wahrnehmungsraum bestimmen. Dabei fällt auf, dass sich Stuttgart in Bezug auf die Wertschöpfung bzw. Beschäftigtenproduktivität auf einem mit Düsseldorf und München vergleichbarem Niveau bewegt, jedoch wesentlich weniger etabliert erscheint. Die letztgenannte Feststellung ist durchaus positiv zu verstehen, wenn man als Gegenbegriff zur Etabliertheit die Dynamik eines Finanzplatzes sieht. Hinsichtlich der Dynamik vergleichbare Standorte sind Wien, Brüssel und, nur noch eingeschränkt, Dublin, also Finanzplätze, die durch eine lebhafte Entwicklung gekennzeichnet sind.

In einer Präferenzanalyse werden die für die Einschätzung eines Finanzplatzes relevanten Eigenschaften bzw. Standortfaktoren ermittelt. Dabei stellt sich heraus, dass Merkmale, die die persönliche Karriereperspektive an einem Finanzplatz betreffen, für dessen Einschätzung die bedeutsamste Rolle spielen. Dies sind neben dem Image eines Finanzplatzes und den Karriereaussichten bei anderen Unternehmen das Lohnniveau und ein hoher Anteil performanceabhängiger Gehaltsbestandteile. Diese sehr individualistische Sichtweise fällt auch durch die hohe Risikoaffinität aus dem Rahmen dessen, was man für Mitarbeiter anderer Branchen erwarten würde.

Die zweite bedeutsame Kategorie sind Rahmenbedingungen des Unternehmens wie Steuersicherheit, Rechtssicherheit und Steuerlast. Daneben ist Mobilität in einem sehr weiten Verständnis wohl die wesentliche Ressource eines Finanzplatzes, hier vertreten durch die Merkmale Fluganbindung, Internationalität der Arbeitskräfte, Flexibilität des Arbeitsrechts und Verkehrssituation. Andere Merkmale, die etwa in der Beschreibung der „kreativen Klasse“ nach Florida eine bedeutsame Rolle spielen, fallen gegenüber diesen Merkmalen in ihrer Bedeutung stark ab. Es handelt sich bei den hoch qualifizierten Mitarbeitern der Finanzindustrie offenbar um eine durchaus spezifische Unterkategorie der kreativen Klasse. Hier verbinden sich eine hohe Leistungs- und Risikobereitschaft und eine starke Betonung der Individualperspektive mit der eher konservativen Grundeinstellung, nach der vor allem der Beruf und die Karriere im Mittelpunkt des Lebens stehen. Manche „weiche“ Faktoren, die für andere Untergruppen wichtig sind (In-Szene, Erholungsgebiete), spielen daher nur eine untergeordnete Rolle. Oder am Beispiel der Internationalität: Die Offenheit der regionalen Bevölkerung wird kaum hervorgehoben, wohl aber die Internationalität der Mitarbeiter. Finanzplatz ist offenbar auch eine Art geistiger und kultureller Zustand, dessen Beschaffenheit eine sachgerechte Finanzplatzförderung vorurteilsfrei in Rechnung stellen muss.

Welche Position nimmt der Finanzplatz Stuttgart nach diesen Kriterien ein? In der Einschätzung der Befragten weist Stuttgart bei wichtigen Faktoren auch gegenüber Frankfurt deutliche Defizite auf. Einige dieser Defizite ergeben sich zwangsläufig aus dem Entwicklungsstand des Finanzplatzes und können nur durch einen weiteren Ausbau überwunden werden. Andere sind durch eine aktive Standortpolitik und ein geeignetes Standortmarketing unmittelbar gestaltbar. Bemerkenswert ist die hohe Wertschätzung der Rechtssicherheit am Stutt-

garter Finanzplatz, an die Entwicklungsstrategien anknüpfen könnten. Andere erkannte Stärken beziehen sich auf über alle Befragten hinweg als weniger wichtig eingeschätzte Faktoren. Diese können aber durchaus auch zu einem spezifischen Profil des Stuttgarter Finanzplatzes beitragen, der sich ja von anderen Finanzplätzen unterscheiden muss, um erfolgreich zu sein. Es ergibt es sich für den Finanzplatz Stuttgart eine sehr spezifische Ausgangsposition, die in eine besondere Dynamik münden kann. Die Studie gibt deutliche Hinweise darauf, an welchen Faktoren eine darauf gerichtete Standortpolitik ansetzen kann.

## Literaturverzeichnis

- Backhaus, K., Erichson, B., W. Plinke und , R. Weiber (2006): *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*, Berlin, Heidelberg, New York 2006.
- Ball, Michael (2007): *European Housing Review 2007*, unter: [http://www.rics.org/NR/rdonly-res/0DD5FFBB-D02E-4FD6-A13D-E80E0207CC7B/0/36383 Euro Housing Final.pdf](http://www.rics.org/NR/rdonly-res/0DD5FFBB-D02E-4FD6-A13D-E80E0207CC7B/0/36383%20Euro%20Housing%20Final.pdf)
- Boschma, R. A. und M. Fritsch: *Creative Class and Regional Growth – Empirical Evidence from Eight European Countries*, Jena Economic Research Paper 066 - 2007.
- Bundesministerium der Finanzen (2006): *Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2006*, Berlin.
- Dietl, H., M. Pauli und S. Royer: *Internationaler Finanzplatzwettbewerb. Ein ressourcenorientierter Vergleich*, Wiesbaden 1999.
- Florida, R.: *Cities and the Creative Class*, New York/London 2005.
- Florida, R.: *The Flight of the Creative Class*, New York 2007.
- Fritsch, M.: *The Geography and the Effect of Creative People in Germany*, Jena Economic Research Paper 001-2007.
- Grote, M. H.: *Die Entwicklung des Finanzplatzes Frankfurt*, Berlin 2004.
- Hackethal, A.: *Banken, Unternehmensfinanzierung und Finanzsysteme*, Frankfurt a.M. 2000.
- Hartmann, A. und H. Sattler (2002): *Commercial Use of Conjoint Analysis in Germany, Austria and Switzerland*, Research Paper on Marketing and Retailing of the Universität Hamburg, No. 6, Hamburg 2002.
- Helaba (Hrsg.): *Finanzplatz-Monitoring. Finanzplatz Frankfurt – Ein Standort bewegt sich*, Frankfurt/Main 2006.
- IBC BAK International Benchmark Club (2005): *IBC Taxation Index 2005. Effektive Tax Burden of Companies and on Highly Qualified Manpower (Report)*, Basel and Mannheim.
- Johnson, R. M. (1987): *Adaptive Conjoint Analysis*, in: Sawtooth Software (Hrsg.): *Proceedings of the Sawtooth Software Conference on Perceptual Mapping, Conjoint Analysis, and Computer Interviewing*, Sun Valley 1987, S. 253-265.
- Kraus, J. H. (2004): *Preissetzung im Aktienfondsgeschäft: Eine empirische Analyse des Kauf- und Preisverhaltens privater Fondsinvestoren mit Hilfe der Conjoint Analysis*, Hamburg 2004.
- Krumm, R.: *Die Region Stuttgart im Standortwettbewerb und Strukturwandel*, in: IAW-Report 1/2006, S. 55-76.
- Krumm, R. und H. Strotmann (2004): *IAW-Wirtschaftsmonitor Baden-Württemberg 2004. Zur Positionierung des Landes im nationalen und internationalen Standortwettbewerb*, Tübingen.
- Krumm, R., M. Rosemann und H. Strotmann (2007): *Regionale Standortfaktoren und ihre Bedeutung für die Arbeitsplatzdynamik und die Entwicklung von Industriebetrieben in Baden-Württemberg (IAW-Forschungsbericht Nr. 67)*, Tübingen.
- Kürten, R.: *Regionale Finanzplätze in Deutschland. Funktionen, Entwicklungen und Gestaltungsansätze*, Hohenheim 2006.
- Meyer-Lindemann, H. A.: *Typologie der Theorien des Industriestandorts*, Bremen 1951.

- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2003): Jahresgutachten 2003/2004. Staatsfinanzen konsolidieren – Steuersystem reformieren, Wiesbaden.
- Scheffler, W. (2006): Besteuerung von Unternehmen I. Ertrag-, Substanz- und Verkehrsteuern, Basel et al.
- Spahn, P. B. und U. van den Busch (2002): Position und Entwicklungsperspektiven des Finanzplatzes Frankfurt, Wiesbaden.
- Thießen, F.: Standorttheorie für internationale Finanzzentren, Köln 1988.
- Voeth, M. (2000): Nutzenmessung in der Kaufverhaltensforschung: Die Hierarchische Individualisierte Limit Conjoint Analysis, Wiesbaden 2000.
- Werner, J. und B. Fischer (2005): Europäische Metropolregionen im Vergleich, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 7/2005, S. 3-11.
- Zeghal, D. (Hrsg.): Work, Lifestyle, and Productivity: Challenges for Individuals, Managers, Organizations and Society, Proceeding of the Thirteenth CGA Annual Conference 2005.
- Zimmermann, H. (1999): Kommunalfinanzen. Eine Einführung in die finanzwissenschaftliche Analyse der kommunalen Finanzwirtschaft, Baden-Baden.
- Zimmermann, J. und S. Abée: Börsenregulierung als Wettbewerbsfaktor, in: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 2007, S. 607-612.

## Anhang

### Conjoint-Design der HILCA-Studie

		<b>Merkmal</b>	<b>Merkmalsausprägung</b>
1	1	Konzentrationsgrad ähnlicher Finanzdienstleistungsunternehmen in der Region (und damit Vielzahl gleichwertiger Arbeitsplätze)	hoher Konzentrationsgrad gleichartiger Unternehmen
	2		mittlerer Konzentrationsgrad gleichartiger Unternehmen
	3		geringer Konzentrationsgrad gleichartiger Unternehmen
2	1	Typen unterschiedlicher Finanzdienstleistungsunternehmen in der Region	sämtliche Typen an Finanzdienstleistungsunternehmen vorhanden
	2		eine Auswahl von Finanzdienstleistungsunternehmen vorhanden
	3		nur wenige spezialisierte Finanzdienstleistungsunternehmen vorhanden
3	1	Abdeckung der "Chain of Financial Intermediation"	komplette Abdeckung
	2		mittlere Abdeckung
	3		stark lückenhafte Abdeckung

		<b>Merkmal</b>	<b>Merkmalsausprägung</b>
4	1	Abdeckung der „Chain of Informational Intermediation“	komplette Abdeckung
	2		mittlere Abdeckung
	3		stark lückenhafte Abdeckung
5	1	Vorhandensein für Finanzdienstleistungsunternehmen wichtiger anderer Branchen in der Region	Vielzahl wichtiger Branchen in der Region
	2		Einige andere Branchen in der Region
	3		Kaum andere Branchen in der Region
6	1	Anzahl wichtiger Kunden in der Region	Viele wichtige Kunden in der Region
	2		Einige der wichtigen Kunden in der Region
	3		Kaum wichtige Kunden in der Region
7	1	Anteil hochqualifizierter internationaler Arbeitskräfte innerhalb der Branche vor Ort	bis 25 %
	2		25–50 %
	3		> 50 %

		<b>Merkmal</b>	<b>Merkmalsausprägung</b>
12	1	Rechtssicherheit	hoch
	2		mittel
	3		gering
13	1	Arbeitsrecht	Möglichkeit einer raschen Trennung
	2		Möglichkeit einer raschen Trennung, jedoch mit hohen Entschädigungszahlen bei Entlassung
	3		langwierig, Entlassung nur mit hohen Entschädigungszahlungen möglich
14	1	Individuelle Belastung durch Abgaben und Steuern	Abschlagszahlung < 30 %
	2		Abschlagszahlung 30-60 %
	3		Abschlagszahlung > 60 %
15	1	Lebenshaltungskosten	niedrig (vgl. Warschau)
	2		mittel (vgl. Frankfurt)
	3		hoch (vgl. London)

		<b>Merkmal</b>	<b>Merkmalsausprägung</b>
16	1	Anteil von performanceabhängigen Lohnbestandteilen	40%
	2		60%
	3		80%
17	1	Lohnniveau	niedrig (vgl. Warschau)
	2		mittel (vgl. Frankfurt)
	3		hoch (vgl. London)
18	1	Angebot an attraktiven Events für Mitarbeiter und Kunden (Kulturangebot, Sightseeing der Stadt)	sehr gutes Angebot
	2		durchschnittliches Angebot
	3		geringes Angebot
19	1	Entfernung (Fahrt mit PKW) zu attraktiven Erholungsgebieten (Berge, Seen, Meer)	Entfernung bis 1 Stunde
	2		Entfernung 1 - 3 Stunden
	3		Entfernung > 3 Stunden

		<b>Merkmal</b>	<b>Merkmalsausprägung</b>
20	1	Innere Sicherheit/ Kriminalitätsrate	geringe Kriminalität
	2		mittlere Kriminalität
	3		hohe Kriminalität
21	1	Offenheit der regionalen Bevölkerung	einfache Integration
	2		mittlere Integration
	3		schwierige Integration
22	1	Vorhandensein einer In-Szene für Finanzdienstleister (Bars, Treffs)	sehr gut vorhanden
	2		mittelmäßig ausgeprägt
	3		kaum vorhanden
23	1	Verkehrssituation	schnell, zuverlässig und komfortabel
	2		schnell und zuverlässig, aber unkomfortabel
	3		unzuverlässig und unkomfortabel

		<b>Merkmal</b>	<b>Merkmalsausprägung</b>
24	1	Präsenz von Hochschulen mit finanzwirtschaftlichem Schwerpunkt	Unis mit sehr guter Reputation
	2		Unis mit durchschnittlicher Reputation
	3		Unis mit eher geringer Reputation
25	1	Familienfreundlichkeit	sehr hoch
	2		durchschnittlich
	3		gering
26	1	Image des Finanzmarktplatzstandortes	sehr gut
	2		durchschnittlich
	3		gering